



# Staats-Anzeiger

## FÜR DAS LAND HESSEN

1963

Montag, den 23. September 1963

Nr. 38

Inhalt:	Seite:	Seite:
<b>Der Hessische Ministerpräsident</b>		
Staatliche Anerkennung von Rettungstaten . . . . .	1089	1104
<b>Der Hessische Minister des Innern</b>		
Allgemeine Zulassung neuer Baustoffe und Bauarten; hier: Verzeichnis der derzeit im Lande Hessen gültigen allgemeinen Zulassungen — 6. Ergänzung . . . . .	1090	1105
Schwerpunktprogramm für die Verkehrserziehung und die Ver- kehrsüberwachung der Polizei im Monat Oktober 1963 . . . . .	1091	1105
Befreiung vom Paß- und Sichtvermerkszwang . . . . .	1094	
Einführung eines neuen Modells des Berliner behelfsmäßigen Personalausweises . . . . .	1100	
Genehmigung eines Wappens und einer Flagge der Gemeinde Neunkirchen, Landkreis Darmstadt . . . . .	1100	
Anordnung gemäß § 72 des Zweiten Wohnungsbaugesetzes . . . . .	1100	
Richtlinien über die Gewährung von Landesdarlehen zur Finan- zierung von Wohnunterkünften für Obdachlose . . . . .	1100	
<b>Der Hessische Kultusminister</b>		
Teilung der Kirchengemeinde Wißmar . . . . .	1103	
Urkunde über die Errichtung der Kirchengemeinde und Pfarrei „Zum göttlichen Erlöser“ in Witzhausen . . . . .	1103	
Urkunde über die Errichtung der Kirchengemeinde und Pfarr- kuratie St. Maria in Großalmerode, Krs. Witzhausen . . . . .	1103	
Urkunde über die Errichtung der Pfarrkuratie St. Johannes B. in Kleinlüder, Krs. Fulda . . . . .	1104	
<b>Der Hessische Minister für Wirtschaft und Verkehr</b>		
Widmung der im Zuge der Bundesstraßen 3 und 455 neugebauten Teilstrecken und Abstufung sowie Einziehung bisheriger Teil- strecken in den Gemarkungen Bad Nauheim, Friedberg und Schwalheim, Landkreis Friedberg . . . . .	1104	
Widmung der im Zuge der Bundesstraße 27 zwischen Sontra und Wichmannshausen neugebauten Teilstrecke und Einzie- hung der bisherigen Teilstrecke der Bundesstraße 27 in den Landkreisen Eschwege und Rotenburg . . . . .		1104
Einziehung einer Teilstrecke der Bundesstraße 455 in der Ge- markung Eppstein, Main-Taunus-Kreis . . . . .		1105
<b>Der Hessische Minister für Arbeit, Volkswohlfahrt und Ge- sundheitswesen</b>		
Monatlicher Bericht über die anzeigepflichtigen übertragbaren Krankheiten in Hessen . . . . .	1105	1105
<b>Der Hessische Minister für Landwirtschaft und Forsten</b>		
Flurbereinigung Giesenhain, Krs. Hünfeld . . . . .	1105	1105
Ausbildungsplan für Regierungsbauleitungsanwärter der Was- serwirtschaftsverwaltung . . . . .	1106	1106
<b>Personalnachrichten</b>		
C. im Bereich des Hessischen Ministers des Innern . . . . .	1106	1106
D. im Bereich des Hessischen Ministers der Finanzen . . . . .	1106	1106
F. im Bereich des Hessischen Kultusministers . . . . .	1106	1106
I. im Bereich des Hessischen Ministers für Landwirtschaft und Forsten . . . . .	1108	1108
<b>Regierungspräsidenten</b>		
<b>DARMSTADT</b>		
Benennung von Gemeindeteilen im Landkreis Friedberg . . . . .	1109	1109
<b>Buchbesprechungen</b>		
<b>Öffentlicher Anzeiger</b>		
Bekanntmachungen zum Erlaß der Unfallverhütungsvorschrift des Hessischen Gemeinde-Unfallversicherungsverbandes . . . . .	1117	1117
Genehmigung zur Einrichtung und zum Betrieb eines Linien- verkehrs mit Kraftfahrzeugen von Schaafheim nach Baben- hausen . . . . .	1117	1117
Genehmigung für die Einrichtung einer Kraftfahrzeug-Linie von Rüdeshelm nach Marienthal . . . . .	1117	1117

962

### Der Hessische Ministerpräsident

#### Staatliche Anerkennung von Rettungstaten

Für die bewiesene Hilfsbereitschaft bei der Rettung zweier Menschen vor dem Tode am 11. Juli 1962 spreche ich Herrn Franz Laumer in Frankfurt am Main Dank und Anerkennung aus.

Wiesbaden, 8. 7. 1963

Der Hessische Ministerpräsident — II/6-14c;

Für die Rettung eines Menschen vor dem Tode am 1. März 1963 spreche ich dem Schüler Holger Meyerrose in Dennhausen Dank und Anerkennung aus.

Wiesbaden, 8. 7. 1963

Der Hessische Ministerpräsident — II/6-14c

Für die Rettung eines Menschen vor dem Tode am 29. März 1963 spreche ich Thomas Schneider in Bottendorf (Krs. Frankenberg) Dank und Anerkennung aus.

Wiesbaden, 22. 7. 1963

Der Hessische Ministerpräsident — II/6-14c

Für die Rettung eines Menschen vor dem Tode am 3. November 1962 spreche ich Herrn Rudolf Langlitz in Grebenhain Dank und Anerkennung aus.

Wiesbaden, 29. 7. 1963

Der Hessische Ministerpräsident — II/6-14

Für die Rettung eines Menschen vor dem Tode am 15. April 1963 spreche ich Herrn Gustav Leckel in Camberg Dank und Anerkennung aus.

Wiesbaden, 29. 7. 1963

Der Hessische Ministerpräsident — II/6-14c;

Der Herr Ministerpräsident des Landes Baden-Württemberg hat am 18. Juli 1963 dem Schiffsführer, Herrn Adolf Weber in Gernsheim/Rhein, für die am 23. September 1962 ausgeführte Rettung eines Kindes aus dem Kanalhafen in Heilbronn seine besondere Anerkennung ausgesprochen.

Wiesbaden, 29. 7. 1963

Der Hessische Ministerpräsident — II/6-14 c

Für die Rettung eines Menschen vor dem Tode am 8. März 1963 spreche ich dem Fernmeldelehrling Peter Brost in Ober-Ohmen (Krs. Alsfeld) Dank und Anerkennung aus.

Wiesbaden, 29. 7. 1963

Der Hessische Ministerpräsident — II/6-14c;

Für die bewiesene Hilfsbereitschaft bei der Rettung eines Menschen vor dem Tode am 23. Mai 1963 spreche ich dem

Schüler Kurt G a n ß in Lauterbach Dank und Anerkennung aus.

Wiesbaden, 29. 7. 1963

**Der Hessische Ministerpräsident — II/6-14c**

Für die bewiesene Hilfsbereitschaft bei der Rettung eines Menschen vor dem Tode am 23. Mai 1963 spreche ich dem Schüler Ulrich W a g n e r in Lauterbach Dank und Anerkennung aus.

Wiesbaden, 29. 7. 1963

**Der Hessische Ministerpräsident — II/6-14c.**

*St.Anz. 38/1963 S. 1089*

**963**

**Der Hessische Minister des Innern**

An die  
Herren Regierungspräsidenten  
Darmstadt, Kassel, Wiesbaden

An den  
Magistrat der Stadt Frankfurt/M.  
— Bauaufsichtsbehörde —  
Frankfurt/M.

**Allgemeine Zulassung neuer Baustoffe und Bauarten;**

hier: Verzeichnis der derzeit im Lande Hessen gültigen allgemeinen Zulassungen — 6. Ergänzung.

Bezug: Erlaß vom 2. 11. 1959 — Vb/1 — 64 a 16 — 1/59 und Ergänzungen vom 1. 9. 1960, 3. 3. 1961, 15. 8. 1961, 16. 4. 1962, 30. 11. 1962.

Das mit Erlaß vom 2. 11. 1959 übersandte Grundverzeichnis der im Lande Hessen gültigen allgemeinen Zulassungen bitte ich wie folgt zu berichtigen und zu ergänzen sowie die nachgeordneten Bauaufsichtsbehörden entsprechend zu unterrichten.

62 Wiesbaden, 12. 7. 1963

**Der Hessische Minister des Innern**

Vb — 64 a 16 — 1/63

*St.Anz. 38/1963 S. 1090*

a) Berichtigungen

**Teil II**

**A. Decken**

Lfd. Nr. 24: Die Geltungsdauer des Zulassungsbescheides für die Kaiser-Decke mit Rundstahlträger KT 600 und Zwischenbauteilen wurde bis 31. 12. 1963 verlängert.

**D. Kaminformstücke**

Lfd. Nr. 1: Die Geltungsdauer des Zulassungsbescheides für doppelwandige waagrecht bewehrte Schornsteinformstücke (Kaminformsteine) aus Ziegelsplittbeton für stärkere Feuerungen System „SIMO“ wurde bis 30. 9. 1963 verlängert.

**F. Verschiedenes**

Lfd. Nr. 4: Die Zulassung für das Hängebockgerüst „EriCa“ 105 wurde bis 31. 7. 1963 verlängert.

**Teil III**

**A. Decken**

Lfd. Nr. 106: Die Zulassung für die ABE-Decke System Aincder wurde mit Bescheid vom 28. 9. 1962 geändert.

Lfd. Nr. 112: Zum Zulassungsbescheid für die Stahlbetondecke mit Gitterträgern „MS-2-Decke“ wurde ein Ergänzungsbescheid vom 24. 8. 1962 erteilt.

Lfd. Nr. 113: Zum Zulassungsbescheid für die Ova-Decken mit Rundstahluntergurt wurde ein Änderungs- und Ergänzungsbescheid vom 11. 4. 1963 erteilt.

Für nachstehende Zulassungen wurde die Geltungsdauer verlängert:

Lfd. Nr. 13: Stahlleichtträger-Verbunddecke „Burkhardt“ mit 8,5 cm hohen Stahlträgern bis 31. 12. 1963

Lfd. Nr. 58: Stelter-Decke bis 31. 12. 1963

**B. Dachkonstruktionen**

Für nachstehende Zulassungen wurde die Geltungsdauer verlängert:

Lfd. Nr. 4: Trigonit-Träger bis 31. 1. 1964

Lfd. Nr. 5: Durisol-Dachplatte bis 31. 12. 1963

Lfd. Nr. 7: Filigran-V-Sparrendach bis 30. 11. 1964

**C. Wandbauelemente**

Lfd. Nr. 18: Traßkalkbimsvollsteine der Güteklasse 1.2 100 bis 31. 12. 1967

Lfd. Nr. 24: Universal-Hohlblocksteine bis 31. 12. 1963

Lfd. Nr. 45: Zum Zulassungsbescheid über die Wandbauart aus Schalenbausteinen „Hinse“ wurde ein Änderungsbescheid vom 30. 11. 1962 erteilt.

**D. Kaminformstücke**

Für nachstehende Zulassungen wurde die Geltungsdauer verlängert:

Lfd. Nr. 1: PLEWA-Schornsteinformstücke für Rauchschornsteine bis 31. 12. 1963

Lfd. Nr. 3: PLEWA-Schornsteinformstücke für Abgasschornsteine bis 31. 12. 1963

**F. Stähle**

Lfd. Nr. 70: Zum Zulassungsbescheid für kaltgezogene Spannstähle „Beus“ rund und mit profilierter Oberfläche für Spannlieder von Spannbetonbauteilen wurde ein Änderungs- und Ergänzungsbescheid vom 8. 8. 1962 erteilt.

Für nachstehende Zulassungen wurde die Geltungsdauer verlängert:

Lfd. Nr. 26: Geschweißte Baustahlmatten „Haug“ aus glatten Stäben bis 30. 9. 1963

Lfd. Nr. 71: Quer- oder schräggerippten Betonformstahl der Betonstahlgruppe IIIa bis 31. 12. 1963

Die unter lfd. Nr. 55, 69 und 75 dieses Abschnittes geführten Zulassungen sind zu streichen. Sie wurden durch die Zulassungen der lfd. Nr. 96, 95 und 97 ersetzt.

**G. Verschiedenes**

a) Schalungen, Gerüste und Zubehör

Für nachstehend aufgeführte Zulassungen wurde die Geltungsdauer verlängert:

Lfd. Nr. 78: Hängebockgerüst „Dott“ bis 31. 12. 1963

Lfd. Nr. 82: Hünnebeck-Stahlprofilgerüst (Hünnebeck-Schnellbaugerüst) bis 31. 1. 1964

Lfd. Nr. 121: Zum Zulassungsbescheid für die Mero-Bauart wurde ein Ergänzungsbescheid vom 8. 4. 1963 erteilt.

**c) Betonzusatzmittel**

Der Zulassungsbescheid für das Betondichtungsmittel „Framosit“ (DM) wurde widerrufen.

**f) Verschiedenes**

Lfd. Nr. 39: Die Zulassung für das Spannverfahren „BBRV“ wurde mit Bescheid vom 17. 10. 1962 geändert.

Für nachstehende Zulassungen wurde die Geltungsdauer verlängert:

Lfd. Nr. 17: Hohl-Glasbausteine zur Verglasung von Öffnungen in feuerbeständigen Wänden bis 31. 12. 1963

Lfd. Nr. 24: Stahlbewehrte Stürze aus „Ytong-Salzgitter GS 50“ bis 31. 12. 1963

## b) Ergänzungen

## Teil I

Lfd. Nr.	Zulassungsgegenstand:	Zulassungsinhaber:	Urkunde:	Geltungsdauer:
52	Hohlblocksteine aus Schwerbeton; Form und Maße der DIN 18 151 entsprechend	Walter Schulz, Sandsteinindustrie Wolf ü. Büdingen	Vb—64b 08/09 134/62 v. 15. 11. 1962	31. 12. 1965
53	Hohlblocksteine aus Schwerbeton; Form und Maße der DIN 18 151 entsprechend	Karl Götting, Hoch-, Tief-, Stahlbetonbau, Eschwege, Goldbach 25	Vb—64b 08/09 123/62 v. 30. 11. 1962	31. 12. 1965
54	Hohlblocksteine D 24 mit 25% schweren Zuschlagstoffen (Form und Maße der DIN 18 151 entsprechend)	Ludwig Fischer, Betonwerk, Nauheim, Kreis Groß-Gerau	Vb—64b 08/09 84/63 v. 30. 4. 1963	30. 4. 1966

## Teil II

## A) Decken

29	Kuhlmann-Decken	Dipl.-Ing. Hugo Frenzel, Bad Homburg v. d. H., Hasselmannring 34	Vb—64b 08/11 119/62 v. 30. 11. 1962	31. 12. 1967
30	Stahlbetonrippendecke mit Orbetonplatte, System „Fessen“	Paul Fessen GmbH, Hanau/Main, Canthalstr. 4	Vb—64a 08/11 49/62 v. 13. 12. 1962	31. 12. 1967
31	Rundstahl-Gitterträgerdecken (RGT-Decken), System „Fessen“	Paul Fessen GmbH, Hanau/Main, Canthalstr. 4	Vb—64 b 08/11 116/63 v. 25. 3. 1963	31. 12. 1967

## F) Verschiedenes

33	„Limpet-Spritzasbest“ als Ummantelung von belasteten Stahlstützen	Spritzasbest-Gesellschaft mbH, Frankfurt/M. W 13, Am Leonhardsbrunn 20	Vb—64b 08/51 2/62 v. 3. 12. 1962	31. 12. 1965
34	Höhenverstellbare Gerüstböcke (Modell II) der Fa. Gerke & Scheuch, Kassel	Gerke & Scheuch, Kassel, Leuschnerstr. 81	Vb—64b 08/23 25/63 v. 14. 1. 1963	31. 12. 1967
35	Amöneburger Putz- und Mauerbinder	Dyckerhoff-Zementwerke AG, Wiesbaden-Amöneburg	Vb—64b 08/03 5/63 v. 21. 3. 1963	31. 3. 1968
36	Fang-, Schutz-Unterhaltungs- und Maurergerüst System „Fiedler“	H. Fiedler, Baugeräte, Baumaschinen, Seligenstadt/Hessen	Vb—64b 08/23—41/63 v. 22. 4. 1963	30. 4. 1968
37	Spannverfahren Wayss & Freytag, Spannglied WA 9 (bewehrt) und WA 54	Wayss & Freytag KG., Frankfurt/M., Neue Mainzer Straße 54	Vb—64b 08/27 9/63 v. 23. 4. 1963	31. 12. 1966

## Teil III

## A) Decken

118	Spannbeton-Montagedecken mit I-Trägern System „Kölner-Decken“	Kölner-Deckenbau GmbH, Leverkusen-Küppersteg, Quettinger Weg 14	Nordrhein-Westfalen II B 2—2.420 Nr. 1247/62 v. 8. 5. 1962	31. 3. 1967
119	Q-Floor-Decke	Robertson GmbH, Hitdorf/Rhld.	Nordrhein-Westfalen II B 2—2.420 Nr. 2244/62 v. 30. 9. 1962	31. 12. 1967
120	Bimsbeton-Hohlkörperdecke System „Wilko“	Arch. W. Kockartz, Koblenz-Moselweiß, Koblenzer Str. 97	Rheinland-Pfalz V HB—70—5—1— 1498/62 v. 29. 3. 1962	31. 12. 1966
121	Spannbeton-Hohlplattendecke System „Schäfer“	Eisen- und Plattenträgerwerk Wilh. Schäfer, Mannheim-Rheinau, Harpener Str. 3	Baden-Württemberg Nr. V 6225 Fa. Schäfer Wilhelm I v. 30. 11. 1962	30. 6. 1966
122	Filigran-S. K. Decke	Dipl.-Ing. i. G. Stefan Keller, München-Solln, Paulastr. 5	Bayern IV B 5—9150/ 4—7 v. 10. 1. 1963	31. 12. 1967
123	Filikeram-Decke (Vogter-Ziegeldecke)	Filigranbau Stefan Keller KG, München-Solln, Paulastr. 5	Bayern IV B 5 9150/4—8 v. 11. 1. 1963	31. 12. 1967
124	Spannbeton-Fertigteildecke System „Lindenmann & Schmauder“	Lindenmann & Schmauder, Deckenbau, Ulm/Donau, Magirusstr. 21	Baden-Württemberg Nr. V 6225 Fa. Lindenmann & Schmauder/IV v. 30. 9. 1962	30. 9. 1966
125	Monofer-Decke	Berichtigungsschreiben vom 6. 6. 1963 Dipl.-Ing. Max Gessner, Lochham b. München, Asamstr. 10	Bayern Nr. IV B 5—9150/4—104 v. 26. 3. 1963	31. 3. 1968

## B) Dachkonstruktionen

20	Stegträger „System Poppensieker“	Wilhelm Poppensieker, Ingenieur-Holzbau, Gohfeld/Westfalen	Nordrhein-Westfalen II B 2—2.420 Nr. 1687/62 v. 25. 6. 1962	30. 6. 1967
----	----------------------------------	--	--	-------------

## C) Wandbauelemente

54	Wandke-Bauart (Wandtafeln für Fertighäuser)	Hermann Wandke, Fertighausbau, Lübeck-Travemünde	Schleswig-Holstein Az. IX 33a—334/05.1 Tgb. Nr. 2197/58 v. 12. 12. 1962	31. 12. 1964
----	---	--	--	--------------

Lfd. Nr.	Zulassungsgegenstand:	Zulassungsinhaber:	Urkunde:	Geltungsdauer:
55	Beton-Schalungssteine „LBG“ für Kellermauerwerk	Schmidt & Peters KG, Betonwerk, Lauenburg/Elbe, Buchhorsterweg	Schleswig-Holstein Az. IX 33a—334/05.1 Tgb. Nr. 14701/63 v. 18. 2. 1963	31. 12. 1966
56	iso-span-Schalungssteine	Alpine-iso-span GmbH, Freilassing/Obb.	Bayern Nr. IV B 5—9150/5—42 v. 21. 3. 1963	31. 3. 1968
57	Wandbauart aus Schalungssteinen „DURISOL“	Betonwerke Louis Rostan, Friedrichshafen, Ehlerstr. 35	Baden-Württemberg V 6225 Fa. Rostan/II v. 31. 7. 1962	31. 7. 1967
D) Kaminformstücke				
23	Schornsteinformstücke (Kaminformsteine) für stärkere Feuerungen System „Kögel“	Kaminwerk D. Kögel, Winnenden (Kr. Waiblingen)	Baden-Württemberg Nr. V 6225 Kögelkamin/II v. 31. 12. 1961	31. 12. 1966
24	Schornsteinformstücke (Kaminformsteine) für stärkere Feuerungen System „Schell“	Schoferkamin- und Ziegelwerk Willi Schofer, Waiblingen	Baden-Württemberg Nr. V 6225 Schell KG II v. 31. 12. 1961	31. 12. 1966
25	Mantelschornstein BORA-schorn (Mantelschornstein mit Schornsteinformstücken)	Oelschläger & Oelschläger, Hamburg 1, Klosterwall 2	Hamburg St. Fa. IV/88 634.120 v. 10. 8. 1962	31. 8. 1964
26	Freka-Schornsteinformsteine	Max Frenzel, Hamburg 43, Krausestr. 44	Hamburg Az. 634.111.—8/17 v. 20. 12. 1962	31. 12. 1967
27	Asbestzementrohre und -formstücke „Fulgurit“	Fulgurit-Vertriebsgesellschaft mbH, Luth/Wunstorf (Han.)	Niedersachsen 40 42 10 Feu (73) v. 27. 9. 1962	30. 9. 1967
F) Stähle				
93	Spanndrahtlitze St 120/160 aus 2 und 3 Drähten v. 2,0—3,0 mm $\phi$ Spanndrahtlitze St 140/180 aus 2 und 3 Drähten v. 2,0—3,0 mm $\phi$	Westfäl. Drahtindustrie-WDI, Hamm/Westfalen	Nordrhein-Westfalen II B 2—2.420 Nr. 1818/62 v. 10. 7. 1962	30. 7. 1964
94	Rippen-TORSTAHL als Sonderbetonstahl III	Betonstahlgemeinschaft Deutscher Hüttenwerke Rheinhausen, Hüttenwerk Rheinhausen	Nordrhein-Westfalen II B 2—2.420 Nr. 2444/62 v. 1. 10. 1962	30. 9. 1967
95	Schrägerippter Betonformstahl (Nori-Stahl — Betonstahlgruppe IIIa)	Nockenstahl GmbH, Köln-Deutz	Nordrhein-Westfalen II B 2—2.420 Nr. 2445/62 v. 1. 10. 1962	30. 9. 1967
96	Schrägerippter Betonformstahl (Hi-Bond-A-Stahl III)	ARTEWEK-Handelsges. f. Berg- und Hüttenerzeugnisse, Köln/Rhein	Nordrhein-Westfalen II B 2—2.420 Nr. 2446/62 v. 1. 10. 1962	30. 9. 1967
97	Schrägerippter Betonformstahl (Noreck-Stahl-Betongruppe IIIb)	Nockenstahl GmbH, Köln-Deutz	Nordrhein-Westfalen II B 2—2.420 Nr. 2777/62 v. 1. 10. 1962	30. 9. 1967
98	Geschweißte Baustahlmatten „Fels“	Steine und Erden GmbH, Goslar/Harz	Niedersachsen 40 42 10 Bst (116) v. 25. 4. 1963	30. 4. 1966
G) Verschiedenes				
a) Schalungen, Gerüste und Zubehör				
123	Stahlrohr-Rahmen-Gerüst CONSTRUCTIL	Constructil S. A., Bruxelles, Büro Düsseldorf	Nordrhein-Westfalen II B 2—2.420 Nr. 2056/61 v. 14. 11. 1961	31. 12. 1963
124	Fix-2-Schalungsträger	Betonbau GmbH, Neuß/Rhein, Gladbacher Str. 435	Nordrhein-Westfalen II B 2—2.420 Nr. 199/62 v. 22. 1. 1962	31. 12. 1966
125	Zug- und druckfeste Keilkupplung „Stampwerk Haarlem“	P. A. Kreeft, Haarlem, Nijverheidsweg 40	Nordrhein-Westfalen II B 2—2.420 Nr. 1427/62 v. 14. 5. 1962	30. 6. 1964
126	Normalkeilkupplung „Stampwerk Haarlem“	P. A. Kreeft, Haarlem, Nijverheidsweg 40	Nordrhein-Westfalen II B 2—2.420 Nr. 1426/62 v. 14. 5. 1962	30. 6. 1964
127	Zip-Up-Gerüst	Köttgen & Cie. GmbH, Bergisch-Gladbach, Paffrather Str. 79/131	Nordrhein-Westfalen II B 2—2.420 Nr. 2143/62 v. 26. 9. 1962	31. 12. 1967
128	ACROW-WOLFF-Verstellbare Deckenstützen	ACROW-WOLFF GmbH, Düsseldorf, Jägerhofstr. 20	Nordrhein-Westfalen II B 2—2.420 Nr. 2256/62 v. 24. 9. 1962	31. 12. 1964
129	Bera-Stahlrohr-Rahmengerüst	BERA Berliner Rahmengerüst GmbH, Berlin-Spandau	Berlin IX E 6954.08 Allg. 13/63 v. 15. 2. 1963	29. 2. 1968
130	Bera-Verbreiterungskonsol	BERA Berliner Rahmengerüst GmbH, Berlin-Spandau	Berlin IX E 6954.08 Allgem. 14/63 v. 15. 2. 1963	29. 2. 1968
131	Bera-Giebelsteife	BERA Berliner Rahmengerüst GmbH, Berlin-Spandau	Berlin IX E 6954.08 Allgem. 15/63 v. 15. 2. 1963	29. 2. 1968

Lfd. Nr.	Zulassungsgegenstand:	Zulassungsinhaber:	Urkunde:	Geltungsdauer:
132	Bera-Rohrverbinder	BERA Berliner Rahmengerüst GmbH, Berlin-Spandau	Berlin IX E 6954.08 Allgem. 16/63 v. 15. 2. 1963	29. 2. 1968
133	Bera-Hülsenrohrverbinder	BERA Berliner Rahmengerüst GmbH, Berlin-Spandau	Berlin IX E 6954.08 Allgem. 17/63 v. 15. 2. 1963	29. 2. 1968
134	Druck- und zugfester Bera-Rohrverbinder	BERA Berliner Rahmengerüst GmbH, Berlin-Spandau	Berlin IX E 6954.08 Allgem. 18/63 v. 15. 2. 1963	29. 2. 1968
135	Bera-Höhenausgleich (feststehend)	BERA Berliner Rahmengerüst GmbH, Berlin-Spandau	Berlin IX E 6954.08 Allgem. 19/63 v. 15. 2. 1963	29. 2. 1968
136	Bera-Höhenausgleich (neigbar)	BERA Berliner Rahmengerüst GmbH, Berlin-Spandau	Berlin IX E 6954.08 Allgem. 20/63 v. 15. 2. 1963	29. 2. 1968
137	Mannesmann-Steckrahmengerüst	Mannesmann Leichtbau GmbH, München 12, Landsberger Str. 183	Bayern Nr. IV B 5—9150/9—84 v. 11. 4. 1963	30. 4. 1968
138	Maurergerüst für den Schornsteinbau über Dach System „Bruns“	Focke Bruns, Holz- und Baumaschinen, Heisfelde, Lkr. Leer	Niedersachsen 40 42 10 Gr (86) v. 29. 8. 1962	31. 8. 1967
139	Stahlrohr-Baustütze „Record“	Constructil S. A., Bruxelles, Büro Düsseldorf	Nordrhein-Westfalen II B 2—2.420 Nr. 821/63 v. 19. 3. 1963	31. 5. 1965
c) Bindemittel				
7	Suevit Traßzement	Märker Zementwerk GmbH, Harburg (Schwaben), Lkr. Donauwörth	Bayern IV B 5—9151/3—75 v. 12. 12. 1962	30. 11. 1967
e) Betonzusatzmittel				
139	Betonzusatzmittel „Konservit-Mischöl“ (LP)	Fritz Nebeling & Sohn KG, Chem. Bautenschutz, Remscheid, Peterstr. 10	Nordrhein-Westfalen II B 2—2.420 Nr. 1039/62 v. 12. 4. 1962	31. 3. 1966
140	Betonzusatzmittel „BETON-PLAST-K“ (BV)	Chem. Fabrik Sika GmbH, Durmersheim (Lkr. Rastatt)	Baden-Württemberg V 6225 Sika GmbH II v. 30. 6. 1962	30. 6. 1966
141	Betonzusatzmittel „Sika-Mischöl“ (LP)	Chem. Fabrik Sika GmbH, Durmersheim (Lkr. Rastatt)	Baden-Württemberg V 6225 Sika GmbH III v. 30. 6. 1962	30. 6. 1966
142	Betonzusatzmittel „Hydrolan-Mischöl“ (LP)	Hydrolan-Bautenschutz GmbH, Recklingshausen	Nordrhein-Westfalen II B 2—2.420 Nr. 1816/62 v. 17. 8. 1962	31. 8. 1966
143	Betonzusatzmittel „Cerinol“ (DM)	Deitermann, Chemiewerk, Datteln i. W.	Nordrhein-Westfalen II B 2—2.420 Nr. 1537/62 v. 25. 9. 1962	31. 8. 1966
144	Betonzusatzmittel „Acti-Hydrofuge“ (Gruppe DM)	Deutsche Lanco GmbH, Eich b. Andernach	Rheinland-Pfalz V HB-70—5—1—4170/62 v. 27. 11. 1962	31. 12. 1966
145	Betonzusatzmittel „Osmono-Betonverflüssiger Spezial“ (BV)	Winkler & Co., Stuttgart W, Schwabstr. 36	Baden-Württemberg Nr. V 6225 Winkler & Co v. 10. 4. 1962	1. 7. 1964
146	Betonzusatzmittel „Plastiment-N“ (BV)	Plastiment GmbH, Karlsruhe, Erbprinzenstr. 31	Baden-Württemberg Nr. V 6225 Plastiment GmbH/XVIII v. 29. 5. 1962	1. 7. 1964
147	Betonzusatzmittel „Plastiment-D 600 pulverförmig“ (BV)	Plastiment GmbH, Karlsruhe, Erbprinzenstr. 31	Baden-Württemberg Nr. V 6225 Plastiment GmbH/XIV v. 30. 5. 1962	1. 7. 1964
148	Betonzusatzmittel „Plastocrete-D 600 pulverförmig“ (LVP)	Plastiment GmbH, Karlsruhe, Erbprinzenstr. 31	Baden-Württemberg Nr. V 6225 Plastiment GmbH/XVI v. 30. 5. 1962	1. 7. 1964
149	Betonzusatzmittel „Bindalit-1“ (DM)	Plastiment GmbH, Karlsruhe, Erbprinzenstr. 31	Baden-Württemberg Nr. V 6225 Plastiment GmbH/XIX v. 30. 5. 1962	1. 7. 1964
150	Betonzusatzmittel „Plastiment-D 600 flüssig“ (BV)	Plastiment GmbH, Karlsruhe, Erbprinzenstr. 31	Baden-Württemberg Nr. V 6225 Plastiment GmbH/XV v. 1. 6. 1962	1. 7. 1964
151	Betonzusatzmittel „Plastocrete-D 600 flüssig“ (LVP)	Plastiment GmbH, Karlsruhe, Erbprinzenstr. 31	Baden-Württemberg Nr. V 6225 Plastiment GmbH/XVII v. 1. 6. 1962	1. 7. 1964
152	„Cerinol-AEA-Mischöl“ (LP)	Deitermann, Chem. Werke, Datteln i. W.	Nordrhein-Westfalen II B 2—2.420 Nr. 2904/62 v. 27. 12. 1962	31. 12. 1966
153	„Cerinol“ (BV)	Deitermann, Chem. Werke, Datteln i. W.	Nordrhein-Westfalen II B 2—2.420 Nr. 2907/62 v. 27. 12. 1962	31. 12. 1966
F) Sonstiges				
60	Spannverfahren „HWR“	Hütten- und Bergwerke, Rheinhausen AG, Hüttenwerk Rheinhausen	Nordrhein-Westfalen II B 2—2.420 Nr. 1928/62 v. 1. 8. 1962	31. 8. 1967

961

**Schwerpunktprogramm für die Verkehrserziehung und die Verkehrsüberwachung der Polizei im Monat Oktober 1963**

Das Schwerpunktprogramm für die Verkehrserziehung und Verkehrsüberwachung der Polizei im Monat Oktober 1963 behandelt die

**Goldene Regel des Rechtsfahrens.**

Ihre Beachtung sollte für jeden guten Kraftfahrer eine Selbstverständlichkeit sein, nicht nur um einem formellen Gebot der Straßenverkehrs-Ordnung nachzukommen, sondern um den Straßenverkehr gefahrloser und flüssiger zu gestalten.

Allein im Lande Hessen wurden im Jahre 1962 bei 78 Verkehrsunfällen Menschen getötet, weil das Rechtsfahrgebot verletzt wurde. Eine große Zahl dieser Unfälle wäre mit geringen Mühen und etwas besserer Fahrdisziplin zu vermeiden gewesen.

Jeder Kraftfahrer muß einmal selbst von Zeit zu Zeit seine Fahrgewohnheiten überprüfen. Im Laufe der Jahre gewöhnt man sich kleine Unarten an, die bei Zusammenreffen unglücklicher Umstände katastrophale Folgen haben können. Zu diesen Unarten gehören z. B. das Fahren auf der Fahrbahnmitte, das Anschneiden unübersichtlicher Kurven und das unnötige Linksfahren. Das Linksfahren ist ein Zeichen für Unaufmerksamkeit und dient bestenfalls der eigenen Bequemlichkeit. Der gute Fahrer fährt rechts; er demonstriert dadurch seine gute Erziehung und sein Können. Nur Anfänger, Träumer und Rücksichtslose mißachten die „Goldene Regel des Rechtsfahrens“.

Das Rechtsfahrgebot gilt auf allen Straßen schlechthin, besonders in Kurven, vor Kuppen und auf unübersichtlichen Straßenabschnitten. Auch da, wo die Gefährlichkeit einer solchen Stelle nicht durch Fahrbahnmarkierungen oder Verkehrszeichen angezeigt ist, muß dieses Gebot beachtet werden.

Fahre rechts und die Straße wird breiter! Die Wahrheit dieses Wortes wird jedem klar, der nach diesem Grundsatz fährt. Wo sonst gerade noch zwei Fahrzeuge aneinander vorbeikommen, kann jetzt sogar ein drittes Fahrzeug mühelos überholen. Durch gute Fahrweise vergrößert sich die Kapazität unserer Straßen, ohne daß auch nur ein einziger Meter mehr gebaut werden müßte!

Langsam fahrende Fahrzeuge haben die äußerste rechte Fahrbahnseite zu benutzen. Das sollen besonders die Führer solcher Kraftfahrzeuge bedenken, die in geschlossenen Ortschaften langsamer fahren als zulässig ist und die Nachfolgenden dann am Überholen hindern, wenn sie nicht möglichst weit rechts fahren.

Ganz besondere Beachtung gebührt dem Rechtsfahrgebot auf den Bundesautobahnen. Der linke Fahrstreifen ist nur zum Überholen da! Die Polizei wird im Rahmen dieses Schwerpunktprogramms den „Linksfahrern“ in verstärktem Maße ihre Aufmerksamkeit widmen.

Vom Rechtsfahrverbot darf nur in besonderen Fällen abgewichen werden, nämlich da, wo es der Straßenzustand gebietet, und zur Nachtzeit auf Landstraßen, wo außerhalb geschlossener Ortschaften mit unbeleuchteten Hindernissen oder mit Fußgängern zu rechnen ist. Außerdem kann auf Fahrbahnen mit mehreren Fahrstreifen in den Ortschaften bei größerer Verkehrsdichte auch nebeneinander gefahren werden.

Wiesbaden, 2. 9. 1963

Der Hessische Minister des Innern  
III k 2 — 66 k 28.11

StAnz. 38/1963 S. 1094

965

**Befreiung vom Paß- und Sichtvermerkszwang**

Bezug: Erlaß vom 26. 1. 1959 — III b — 23 c 02 — (StAnz. S. 177) i. d. F. vom 17. 8. 1959 — III b 23 c 02 — (StAnz. S. 918)

Seit der Veröffentlichung des Bezugserrlasses sind hinsichtlich des Paß- und Sichtvermerkszwanges eine Reihe von Änderungen eingetreten. Es erscheint deshalb geboten, den Erlaß insoweit neu zu fassen. Um den nachgeordneten Behörden die Anwendung zu erleichtern, wird dabei die bisherige Gliederung aufgegeben. An deren Stelle soll die nachstehende alphabetisch geordnete Übersicht treten, aus der sich die Rechtslage im Verhältnis zu den einzelnen Staaten

und der dazugehörigen Gebiete nach dem gegenwärtigen Stande ergibt.

Die in der Übersicht verwendeten Zeichen bedeuten:

- A** = Sichtvermerksvorschriften für Ausländer bei der Einreise in das Bundesgebiet  
**D** = Sichtvermerksvorschriften für Deutsche bei der Einreise in den ausländischen Staat  
**SV** = totaler Sichtvermerkszwang  
**frei** = Ausländer benötigen keinen Sichtvermerk unter den Voraussetzungen des § 3 Abs. 2 Buchst. f der Paßverordnung  
 Deutsche benötigen keinen Sichtvermerk für vorübergehende Besuchsreisen  
 Ausnahmen sind besonders erwähnt  
**(RV)** = Rückkehrsichtvermerkszwang oder ähnliches des eigenen Staates  
**(gebührenfrei)** = Sichtvermerk wird gebührenfrei erteilt  
 + = mit dem betreffenden Staat besteht ein Abkommen, das sich jedoch im Einzelfall auf eine Gebührenregelung beschränken kann.

**Übersicht****Aden**

Britische Kronkolonie und Schutzgebiet

A = SV — D = SV

**Afghanistan +**

A = frei. Noch erforderliche Sichtvermerke werden gebührenfrei erteilt

D = SV (gebührenfrei)

**Ägypten** siehe Vereinigte Arabische Republik**Albanien**

A = SV — D = SV

**Algerien**

A = frei — D = frei

**Andorra**

wie Frankreich

**Angola** — portugiesische überseeische Provinz

A = frei — D = SV

**Arabische Vertragsstaaten**

siehe unter Befriedetes Oman

**Argentinien**

A = frei — D = frei

**Äthiopien**

A = SV (RV) — D = SV

**Australien +**

A = frei. Nur bei beabsichtigter Arbeitsaufnahme über die Dauer von drei Monaten hinaus besteht Sichtvermerkspflicht

D = SV. Gebührenfrei für einen Aufenthalt bis zu 12 Monaten

**Azoren**

siehe Portugal

**Bahama-Inseln**

Britische Kronkolonie

A = SV — D = SV

**Bahrain**

Britischer Schutzstaat

A = SV (RV) — D = SV

**Barbados**

siehe Westindien

**Basutoland**

Britisches Schutzgebiet

A = SV — D = SV

**Befriedetes Oman (Sultanat)**

Unter britischem Schutz stehende selbständige Scheichtümer am Persischen Golf (Abu Dhabi, Ajman, Dubai, Fujairah, Ras el Khaiman, Sharjah, Ummal Quawain)

A = SV — D = SV

**Belgien +**

A = frei. Vollständige Aufhebung des Paß- und Sichtvermerkszwanges. Für Einreisen, auch zur Arbeitsaufnahme, genügt ein gültiger Personalausweis

D = frei. Vollständige Aufhebung des Paß- und Sichtvermerkszwanges. Es genügt ein gültiger Personalausweis. Bei Einreise zur Arbeitsaufnahme ist jedoch eine Arbeitserlaubnis oder eine diese Erlaubnis ersetzende Bescheinigung des Arbeitsministeriums oder eine Arbeitskarte der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl mitzuführen

**Bermuda-Inseln**

Britische Kronkolonie

A = SV — D = SV

**Betschuanaland**

Britisches Schutzgebiet

A = SV — D = SV

**Bhutan**

A = SV — D = SV

**Birma**

A = frei

D = SV. Touristen-Sichtvermerke werden für 30 Tage mit Verlängerungsmöglichkeit erteilt. Durchreisesehtvermerke werden für die Dauer von 10 Tagen ausgestellt; eine Verlängerung ist nicht möglich

**Bolivien +**

A = frei

D = frei. Die Verlängerung der Aufenthaltsdauer über drei Monate hinaus kann durch das bolivianische Einwanderungsministerium erfolgen

**Bonin-Inseln**

Unter US-Verwaltung

A = frei

D = frei, jedoch ist eine Genehmigung der amerikanischen Marinebehörde erforderlich. Antrag kann beim Marine-Attaché der nächsten amerikanischen Botschaft eingereicht werden

**Brasilien**

A = frei

D = SV (gebührenfrei). Inhaber deutscher Nationalpässe erhalten, sofern sie nicht beabsichtigen, sich endgültig in Brasilien niederzulassen oder Arbeit aufzunehmen, gebührenfreie Sichtvermerke mit folgender Gültigkeitsdauer:

- für Durchreisen bis zu 30 Tagen;
- Touristen, Wissenschaftler, Professoren, Schriftsteller, die zu kulturellen Zwecken reisen, Geschäftsreisende, Künstler, Sportler und ähnliche Personen für einen Aufenthalt bis zu 180 Tagen;
- Studierende, Inhaber von Stipendien, Personen, die mit Zustimmung der brasilianischen Regierung mit Studienreise beauftragt sind, Techniker und Professoren mit Arbeitsvertrag für einen Sonderaufenthalt über 180 Tagen (u n b e s c h r ä n k t). Inhaber von amtlichen deutschen Pässen können ohne Sichtvermerk nach Brasilien einreisen

**Britisch-Guayana**

Britische Kronkolonie mit Selbstverwaltung

A = SV — D = SV

**Britisch-Honduras**

Britische Kronkolonie

A = SV — D = SV

**Brunei**

Britischer Schutzstaat

A = SV — D = SV

**Bulgarien**

A = SV — D = SV

**Burundi**

A = frei

D = SV. Sichtvermerke erteilt bis auf weiteres die diplomatische Vertretung des Königsreichs Burundi in Brüssel

**Canton und Enderbury**

Kondominium des Vereinigten Königsreichs und der Vereinigten Staaten

A = SV — D = SV

**Ceylon**

A = frei

D = frei. Für Besuchsufenthalt bis zur Dauer von einem Monat, wenn bei Weiterreise der Sichtvermerk für das Bestimmungsland — soweit erforderlich — vorliegt

**Chile +**

A = frei — D = frei

**China****a) Volksrepublik China**

A = SV — D = SV

**b) Republik China**

A = SV (RV)

D = SV. Sichtvermerke für Deutsche werden von den nationalchinesischen Vertretungen in Athen, Bangkok, Brüssel, Madrid, Paris, Rom und Tokio erteilt

**Cook-Inseln**

Inselgebiet Neuseelands

A = frei. Inhaber von Pässen dieses Gebietes benötigen kein Reentry-Permit, wenn sie eine unbefristete Aufenthaltsgenehmigung besitzen oder sie bzw. ihre Eltern oder ein Elternteil in Samoa geboren sind

D = SV

**Costa Rica**

A = frei

D = frei, jedoch ist eine Touristenkarte für einen Aufenthalt bis zu 30 Tagen erforderlich; Verlängerung bis zur Dauer von sechs Monaten ist möglich

**Dahome**

A = frei — D = frei

**Dänemark +**

A = frei. Noch erforderliche Sichtvermerke werden gebührenfrei erteilt

D = frei. Einreise mit Personalausweis möglich, sofern der Aufenthalt in den Staaten der Nordischen Paßunion drei Monate nicht übersteigt und keine Arbeitsaufnahme beabsichtigt ist.

Bei Aufnahme einer auf Erwerb gerichteten Tätigkeit ist neben dem Paß eine Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis erforderlich

**Dominikanische Republik +**

A = frei — D = frei

**Ecuador +**

A = frei. Noch erforderliche Sichtvermerke werden gebührenfrei erteilt

D = SV (gebührenfrei)

**Elfenbeinküste**

A = frei — D = frei

**El Salvador +**

A = frei — D = frei

**Ellice-Inseln**

Siehe Gilbert- und Ellice-Inseln

**Falkland-Inseln (Malwinen)**

Britische Kronkolonie

A = SV — D = SV

**Fidschi-Inseln mit Pitcairn**

Britische Kronkolonie

A = SV — D = SV

**Finnland +**

A = frei. Noch erforderliche Sichtvermerke werden gebührenfrei erteilt

D = frei. Einreise mit Personalausweis möglich, sofern der Aufenthalt in den Staaten der Nordischen Paßunion drei Monate nicht übersteigt und keine Arbeitsaufnahme beabsichtigt ist.

Bei Aufnahme einer auf Erwerb gerichteten Tätigkeit ist neben dem Paß eine Aufenthaltserlaubnis erforderlich

**Föderation von Rhodesien und Njassaland**

Noch nicht selbständig gewordenes Territorium des Vereinigten Königsreichs

A = SV — D = SV

**Frankreich +**

A = frei. Vollständige Aufhebung des Paß- und Sichtvermerkszwangs. Für Einreise, auch zur Arbeitsaufnahme, genügt ein gültiger Personalausweis

D = frei. Vollständige Aufhebung des Paß- und Sichtvermerkszwangs bei vorübergehendem Besuchsufenthalt. Deutsche Arbeitnehmer können ebenfalls nur mit Personalausweis nach Frankreich einreisen, wenn sie einen vom französischen Arbeitsministerium genehmigten Arbeitsvertrag mit sich führen

**Französisch-Guayana**

Französische überseeische Départements

A = frei — D = frei

**Französisch-Polynesien**

Französisches überseeisches Territorium

A = frei — D = frei

**Französische Somaliküste**

Französisches überseeisches Territorium

A = frei — D = frei

**Gabun**

A = frei — D = frei

**Gambia**

Britische Kronkolonie und Protektorat

A = SV — D = SV

- Ghana**  
A frei — D SV
- Gibraltar**  
Britische Kronkolonie  
A SV — D frei
- Gilbert- und Ellis-Inseln**  
Britische Kronkolonie, unterliegt der Zuständigkeit der Hohen Kommission im westlichen Stillen Ozean (Western Pacific High Commission)  
A SV — D SV
- Griechenland +**  
A frei. Noch erforderliche Sichtvermerke werden gebührenfrei erteilt. Griechische Arbeitnehmer, die eine von der deutschen Anwerbekommission ausgestellte Legitimationskarte besitzen, sind während der Gültigkeitsdauer der Legitimationskarte vom Sichtvermerkszwang befreit  
D frei. Aufhebung des Paß- und Sichtvermerkszwangs bei vorübergehendem Besuchsaufenthalt. Befreiung vom Paß- und Sichtvermerkszwang gilt nicht bei Arbeitsaufnahme oder Aufenthalt von mehr als drei Monaten. Die Aufenthaltserlaubnis kann jedoch auf Antrag, der 20 Tage vor Ablauf der Frist zu stellen ist, von den griechischen Polizeibehörden verlängert werden. Noch erforderliche Sichtvermerke werden gebührenfrei erteilt
- Großbritannien und Nordirland**  
Siehe Vereinigtes Königreich
- Guam**  
Hoheits- und Verwaltungsgebiet der Vereinigten Staaten  
A frei  
D SV und zusätzliche Genehmigung der US-Marinebehörden. Antrag kann beim Marine-Attaché der amerikanischen Botschaft eingereicht werden
- Guadeloupe**  
Französisches überseeisches Département  
A frei — D frei
- Guatemala**  
A SV (RV)  
D SV. Bei Besuchsaufenthalt bis zu sechs Wochen genügt statt des Sichtvermerks eine Touristenkarte, die von den Büros der PAWA und anderen Transportgesellschaften ausgestellt wird
- Guinea**  
A frei — D SV
- Haiti**  
A SV (RV) — D SV
- Hebriden**  
Siehe Neue Hebriden
- Honduras**  
A frei — D frei
- Hongkong**  
Britische Kronkolonie  
a) Britische Staatsangehörige (Brit. Subjects)  
A frei  
b) Hongkong-Chinesen  
A SV — D SV
- Indien +**  
A frei. Noch erforderliche Sichtvermerke werden gebührenfrei erteilt  
D SV (gebührenfrei)
- Indochina**  
Siehe Demokratische Republik Vietnam und Republik Vietnam
- Indonesien**  
A frei — D SV
- Insel Man**  
siehe Vereinigtes Königreich
- Irak**  
A frei — D SV (gebührenfrei)
- Iran**  
A frei — D SV (gebührenfrei)
- Irland +**  
A frei. Noch erforderliche Sichtvermerke werden gebührenfrei erteilt  
D frei. Für deutsche Touristen ist der Paßzwang aufgehoben; sie benötigen für die Einreise nach Irland außer einem gültigen Personalausweis eine irische „Visitor's Card“, die bei allen Reisebüros erhältlich ist.  
Für einen Aufenthalt von mehr als drei Monaten oder bei Arbeitsaufnahme ist ein Reisepaß erforderlich, jedoch kein Sichtvermerk
- Island**  
A frei. Noch erforderliche Sichtvermerke werden gebührenfrei erteilt  
D frei, ohne Rücksicht auf die Dauer des Aufenthalts. Die zur Arbeitsaufnahme noch erforderlichen Sichtvermerke werden gebührenfrei erteilt
- Israel**  
A SV — D SV
- Italien und San Marino +**  
A frei. Vollständige Aufhebung des Paß- und Sichtvermerkszwangs. Für Einreise auch zur Arbeitsaufnahme, genügt ein gültiger Personalausweis  
D frei. Vollständige Aufhebung des Paß- und Sichtvermerkszwangs bei vorübergehendem Besuchsaufenthalt. Deutsche Arbeitnehmer können ebenfalls mit einem Personalausweis nach Italien einreisen
- Jamaika**  
A frei — D SV
- Japan**  
A frei  
D frei. Für einen Aufenthalt bis zu sechs Monaten, sofern keine Arbeitsaufnahme beabsichtigt ist. Inhaber amtlicher deutscher Pässe können ohne zeitliche Begrenzung sichtvermerksfrei nach Japan einreisen
- Jemen**  
A frei — D SV
- Jordanien**  
A frei  
D SV (gebührenfrei) für Touristen, wenn der Aufenthalt länger als sieben Tage dauert
- Jugoslawien**  
A SV (RV) — D SV
- Jungferninseln**  
Hoheits- und Verwaltungsgebiet der Vereinigten Staaten  
A frei — D SV
- Kambodscha**  
A SV  
D SV. Inhaber von Nationalpässen der Bundesrepublik Deutschland können bei der Einreise nach Kambodscha einen Sichtvermerk von den Polizeibehörden der Flugplätze sowie den Grenzübergangsstellen für einen Aufenthalt bis zu einem Monat erhalten. Voraussetzung hierfür ist jedoch die Umwechslung eines Geldbetrags in örtliche Währung, der \$15,— für jeden Tag des beabsichtigten Aufenthalts entspricht. Auf Grund dieser Umwechslung wird eine 30%ige Vergütung auf die in Kambodscha mit dem Besuch zusammenhängenden Ausgaben gewährt
- Kamerun**  
A frei — D SV
- Kanada +**  
A frei. Nur bei beabsichtigter Arbeitsaufnahme über die Dauer von drei Monaten hinaus besteht Sichtvermerkspflicht  
D frei. Für einen Aufenthalt von mehr als drei Monaten ist ein Sichtvermerk erforderlich, der für einen nicht länger als 12 Monate dauernden Aufenthalt gebührenfrei erteilt wird
- Kanal-Inseln**  
Siehe Vereinigtes Königreich
- Kanarische Inseln**  
siehe Spanien
- Kapverdische Inseln**  
Hoheitsgebiet Portugals  
A frei  
D SV. Inhaber amtlicher Pässe erhalten gebührenfreie Sichtvermerke
- Katar**  
Britischer Schutzstaat  
A SV — D SV
- Kenia**  
Britische Kronkolonie und Schutzgebiet  
A SV — D SV
- Kolumbien +**  
A frei. Noch erforderliche Sichtvermerke werden gebührenfrei erteilt  
D frei. Für einen Aufenthalt bis zu drei Monaten Einreise auch ohne Sichtvermerk und Touristenkarte möglich. Soweit noch erforderlich, werden Sichtvermerke gebührenfrei erteilt



**Kokos-Inseln**

Außengebiet Australiens

A = frei. Soweit Inhaber australischer Nationalpässe; Inhaber von Reiseausweisen (Certificate of Identity) sind nicht vom Sichtvermerkszwang befreit

D = SV

**Komoren**

Französisches überseeisches Territorium

A = frei — D = frei

**Kongo (Brazzaville)**

A = frei

D = frei für einen Aufenthalt bis zu 14 Tagen

**Kongo (Léopoldville)**

A = SV — D = SV

**Korea**

a) Demokratische Volksrepublik Korea (Nord-Korea)

A = SV — D = SV

b) Republik Korea (Süd-Korea) +

A = SV (RV) (gebührenfrei)

D = SV (gebührenfrei). Inhaber amtlicher Pässe sind beiderseits vom Sichtvermerkszwang befreit

**Kuba**

A = SV (RV) — D = SV

**Kuwait**

A = frei — D = SV

**Laos**

A = frei — D = SV

**Leeward-Inseln**

Siehe Westindien

**Libanon**

A = frei

D = SV. Deutschen Staatsangehörigen kann von der libanesischen Grenzpolizei ein Durchreisensichtvermerk für die Dauer von 15 Tagen erteilt werden, wenn der Einreisende den Sichtvermerk für das Zielland besitzt. Ausnahmeweise kann der Durchreisensichtvermerk durch eine Aufenthaltsgenehmigung ersetzt werden

**Liberia**

A = frei — D = SV

**Libyen**

A = frei — D = SV

**Liechtenstein**

siehe Schweiz

**Luxemburg +**

A = frei. Vollständige Aufhebung des Paß- und Sichtvermerkszwangs. Für Einreise, auch zur Arbeitsaufnahme, genügt ein gültiger Personalausweis

D = frei. Vollständige Aufhebung des Paß- und Sichtvermerkszwangs bei vorübergehendem Besuchsaufenthalt. Deutsche Arbeitnehmer können ebenfalls mit einem Personalausweis nach Luxemburg einreisen

**Macau**

Hoheitsgebiet Portugals

A = frei

D = SV. Inhaber amtlicher Pässe erhalten gebührenfreie Sichtvermerke

**Madagaskar**

A = frei — D = SV

**Madeira**

Siehe Portugal

**Malaiischer Bund**

A = frei — D = frei

**Malediven**

Britisches Schutzgebiet

A = SV (RV) — D = SV

**Mali**

A = SV — D = SV

**Malta**

Britische Kronkolonie mit Selbstverwaltung

A = SV — D = frei

**Marokko**

A = frei

D = frei. Studenten, Wissenschaftler, Forscher und ähnliche Personen erhalten bei einem Aufenthalt von länger als drei Monaten nach ihrer Einreise eine Aufenthaltsgenehmigung durch die marokkanischen Polizeibehörden

**Martinique**

Französisches überseeisches Département

A = frei — D = frei

**Maskat und Oman**

Sultanat

A = SV (RV) — D = SV

**Mauretanien**

A = SV (RV) — D = SV

**Mauritius**

Britische Kronkolonie

A = SV — D = SV

**Mexiko +**

A = frei

D = frei. Deutsche sind verpflichtet, sich vor ihrer Einreise nach Mexiko einen mexikanischen Touristen-, Durchreise-, Besucher- oder Einwanderungsausweis zu beschaffen. Für die Ausgabe der Ausweise sind die diplomatischen Missionen und konsularischen Vertretungen Mexikos im Ausland zuständig

**Monaco +**

A = frei. Befreiung vom Paß- und Sichtvermerkszwang. Für Arbeitsaufnahme im Bundesgebiet sind jedoch Paß- und Sichtvermerk erforderlich

D = frei. Befreiung vom Paß- und Sichtvermerkszwang. Für Arbeitsaufnahme oder Aufenthalt über drei Monate in Monaco sind Paß- und Sichtvermerk erforderlich

**Mongolische Volksrepublik**

A = SV — D = SV

**Mosambik**

Portugiesische überseeische Provinz

A = frei

D = SV. Inhaber amtlicher Pässe erhalten gebührenfreie Sichtvermerke

**Nauru**

Treuhandgebiet der Vereinten Nationen unter gemeinsamer Verwaltung Australiens, Neuseelands und des Vereinigten Königreichs, das im Namen der drei Staaten von Australien verwaltet wird

A = frei, soweit Inhaber australischer Nationalpässe. Inhaber von Reiseausweisen (Certificate of Identity) sind nicht vom Sichtvermerkszwang befreit

D = SV

**Nepal**

A = frei — D = SV

**Neue Hebriden**

Britisch-Französisches Kondominium, das zur Zuständigkeit der Hohen Kommission im westlichen Stillen Ozean gehört (Western Pacific High Commission)

A = SV — D = SV

**Neuguinea**

Treuhandgebiet der Vereinten Nationen, das von Australien verwaltet wird

A = frei, soweit Inhaber australischer Nationalpässe; Inhaber von Reiseausweisen (Certificate of Identity) sind nicht vom Sichtvermerkszwang befreit

D = SV

**Neukaledonien**

Französisches überseeisches Territorium

A = frei — D = frei

**Neuseeland +**

A = frei

D = SV (gebührenfrei). Bei Besuchsreisen werden Sichtvermerke mit einer Gültigkeitsdauer von 12 Monaten zu beliebig häufigen Einreisen erteilt, während bei Einwanderern die Gültigkeitsdauer auf die Nutzungsfrist der Einwanderungsgenehmigung abgestellt ist

**Nicaragua**

A = SV (RV) — D = SV

**Niederlande +**

A = frei. Vollständige Aufhebung des Paß- und Sichtvermerkszwangs. Für Einreisen, auch zur Arbeitsaufnahme, genügt ein gültiger Personalausweis. Da die niederländischen Behörden jedoch keine Personalausweise ausstellen, ist für Arbeitsaufnahme in der Bundesrepublik ein gültiger Reisepaß erforderlich.

Niederländische Touristen können ohne Sichtvermerk auch mit einem nicht länger als fünf Jahre abgelaufenen niederländischen Nationalpaß oder mit einer Touristenkarte (Toeristenkaart) einreisen

D = frei. Vollständige Aufhebung des Paß- und Sichtvermerkszwangs. Für Ein- und Ausreise, auch zur Arbeitsaufnahme, genügt ein gültiger Personalausweis.

- Auf Verlangen der niederländischen Grenzbeamten ist nachzuweisen, daß genügend Existenzmittel zur Verfügung stehen oder daß diese durch gesetzlich gestattete Arbeit erworben werden können
- Niederländische Antillen**  
A = frei — D = SV
- Niger**  
A = frei — D = frei
- Nigeria**  
A = frei — D = SV
- Niue**  
Inselgebiet Neuseelands  
A = frei — D = SV
- Njassaland**  
Siehe Föderation von Rhodesien und Njassaland
- Nordborneo**  
Britische Kolonie  
A = SV — D = frei
- Norfolk-Inseln**  
Außengebiet Australiens  
A = frei. Soweit Inhaber australischer Nationalpässe; Inhaber von Reiseausweisen (Certificates of Identity) sind nicht vom Sichtvermerkszwang befreit  
D = SV
- Norwegen +**  
A = frei. Noch erforderliche Sichtvermerke werden gebührenfrei erteilt  
D = frei. Einreise mit Personalausweis möglich, sofern der Aufenthalt in den Staaten der Nordischen Paßunion drei Monate nicht übersteigt und keine Arbeitsaufnahme beabsichtigt ist
- Obervolta**  
A = frei — D = frei
- Oman**  
Siehe Befriedetes Oman und Maskat und Oman
- Österreich +**  
A = frei. Touristen sind vom Paßzwang befreit, es genügt ein gültiger Personalausweis. Für Arbeitsaufnahme sind Paß und Sichtvermerk erforderlich. Noch erforderliche Sichtvermerke werden gebührenfrei erteilt  
D = frei. Touristen sind vom Paßzwang befreit, es genügt ein gültiger Personalausweis. Für Arbeitsaufnahme sind Paß und Sichtvermerk erforderlich. Noch erforderliche Sichtvermerke werden gebührenfrei erteilt
- Pakistan**  
A = frei  
D = frei. Befreiung vom Sichtvermerkszwang gilt nicht für Deutsche, die mit einer Sammelliste nach Pakistan einreisen wollen
- Panama**  
A = frei — D = SV
- Panamakanal-Zone**  
Hoheits- und Verwaltungsgebiet der Vereinigten Staaten  
A = frei — D = frei
- Papua**  
Außengebiet Australiens  
A = frei. Soweit Inhaber australischer Nationalpässe; Inhaber von Reiseausweisen (Certificates of Identity) sind nicht vom Sichtvermerkszwang befreit  
D = SV
- Paraguay**  
A = frei — D = SV
- Peru**  
A = SV (RV) — D = frei
- Philippinen +**  
A = frei  
D = SV (gebührenfrei). Inhaber amtlicher Pässe sind beiderseits vom Sichtvermerkszwang befreit
- Pitcairn**  
Siehe Fidschi
- Polen**  
A = SV — D = SV
- Portugal einschließlich Azoren und Madeira +**  
A = frei  
D = frei für einen Aufenthalt bis zu zwei Monaten
- Portugiesisch-Guinea**  
Portugiesisches Hoheitsgebiet  
A = frei
- D = SV. Inhaber amtlicher Pässe erhalten gebührenfreie Sichtvermerke
- Portugiesisch-Timor**  
Portugiesisches Hoheitsgebiet  
A = frei — D = SV
- Puerto Rico**  
Hoheits- und Verwaltungsgebiet der Vereinigten Staaten  
A = frei — D = SV
- Réunion**  
Französisches überseeisches Département  
A = frei — D = frei
- Riukiu-Inseln**  
Unter US-Verwaltung  
A = frei, soweit Inhaber japanischer Nationalpässe  
A = SV (gebührenfrei), soweit Inhaber von „Certificates of Identity“  
D = SV. Nur zur Durchreise bis zu 72 Stunden. Bei längerem Aufenthalt ist eine besondere Genehmigung des US-Verteidigungsministeriums erforderlich
- Rhodesien und Njassaland**  
Siehe Föderation von Rhodesien und Njassaland
- Rwanda**  
A = SV — D = SV
- Rumänien**  
A = SV — D = SV
- Salomon-Inseln**  
Britisches Protektorat, gehört zur Zuständigkeit der Hohen Kommission im westlichen Stillen Ozean (Western Pacific High Commission)  
A = SV — D = SV
- Samoa**  
Hoheits- und Verwaltungsgebiet der Vereinigten Staaten  
A = frei  
D = frei. Vor der Einreise ist jedoch eine Genehmigung des „Office of the American Government for Eastern Samoa“ in Pago Pago einzuholen
- San Marino**  
Siehe Italien
- St. Helena und zugehörige Inseln**  
Britische Kronkolonie  
A = SV — D = SV
- St. Pierre und Miquelon**  
Französisches überseeisches Territorium  
A = frei — D = frei
- Sansibar**  
Britisches Schutzgebiet  
A = SV — D = SV
- Sao Tomé und Príncipe**  
Portugiesisches Hoheitsgebiet  
A = frei  
D = SV. Inhaber amtlicher Pässe erhalten gebührenfreie Sichtvermerke
- Sarawak**  
Britische Kronkolonie  
A = SV — D = frei
- Saudi-Arabien**  
A = frei — D = SV
- Schweden +**  
A = frei. Noch erforderliche Sichtvermerke werden gebührenfrei erteilt  
D = frei. Einreise mit Personalausweis möglich, sofern der Aufenthalt in den Staaten der Nordischen Paßunion drei Monate nicht übersteigt und keine Arbeitsaufnahme beabsichtigt ist.  
Bei Aufnahme einer auf Erwerb gerichteten Tätigkeit ist neben dem Paß eine Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis erforderlich
- Schweiz und Liechtenstein +**  
A = frei. Für einen vorübergehenden Aufenthalt genügt ein gültiger Personalausweis oder ein nicht länger als fünf Jahre abgelaufener Paß.  
Für die Einreise zur Arbeitsaufnahme ist neben einem gültigen Reisepaß die Zusicherung der Aufenthaltserlaubnis erforderlich  
D = frei. Für einen vorübergehenden Aufenthalt genügt ein gültiger Personalausweis; für die Einreise zur Arbeitsaufnahme oder zu einem Aufenthalt von mehr als drei Monaten ist ein gültiger Reisepaß, bei beabsichtigter Arbeitsaufnahme ferner die Zusicherung einer Aufenthaltsbewilligung zum Stellenantritt erforderlich

**Senegal**

A = SV (RV) — D = SV

**Seychellen**

Britische Kronkolonie

A = SV — D = SV

**Sierra Leone**

A = frei — D = SV

**Sikkim**

Indischer Schutzstaat

A = frei. Die Bewohner von Sikkim weisen sich durch indische Reisepässe aus. Noch erforderliche Sichtvermerke werden gebührenfrei erteilt

D = SV. Für die Einreise nach Sikkim ist neben dem Sichtvermerk eine besondere Genehmigung der indischen Regierung, die nur ausnahmsweise und für wenige Tage erteilt wird und örtlich auf die Hauptstadt Gangtok beschränkt ist, erforderlich

**Singapur**

Britische Kronkolonie

A = SV — D = frei

**Somalia**

A = frei — D = SV

**Spanien einschließlich Kanarische Inseln, Balearen, Ceuta und Melilla +**

A = frei. Bei Arbeitsaufnahme ist ein Sichtvermerk erforderlich, der gebührenfrei erteilt wird. Spanische Arbeitnehmer, die eine von der Deutschen Anwerbekommission ausgestellte Legitimationskarte besitzen, sind während der Gültigkeitsdauer der Legitimationskarte vom Sichtvermerkszwang befreit

D = frei. Für einen Aufenthalt von mehr als drei Monaten ist Aufenthaltserlaubnis, bei Arbeitsaufnahme auch Sichtvermerk erforderlich, der gebührenfrei erteilt wird

**Spanisch-Guinea**

A = frei — D = SV

**Spanisch-Nordafrika**

Die Enklaven Ceuta und Melilla sowie die Inseln Penon Velez de la Gomeza Penon de Alhucemas und Chafarinas werden unmittelbar vom Mutterland verwaltet

A = frei — D = SV

**Spanisch-Westafrika**

A = frei — D = SV

**Südafrika +**

A = frei — D = SV (gebührenfrei)

**Sudan**

A = frei — D = SV

**Südwestafrika**

Mandatsgebiet Südafrikas

A = frei — D = SV

**Swasiland**

Britisches Schutzgebiet

A = SV — D = SV

**Syrien**

A = frei — D = SV

**Tanganjika**

A = frei

D = frei. Deutsche, die sich länger als drei Monate in Tanganjika aufhalten wollen, müssen bei der zuständigen Einwanderungsbehörde eine Einwanderungserlaubnis beantragen

**Thailand**

A = frei

D = SV (gebührenfrei). Durchreisesehtvermerke werden mit einer Gültigkeitsdauer bis zu 15 Tagen ausgestellt

**Tibet**

A = SV — D = SV

**Togo**

A = frei — D = frei

**Tokelan-Inseln**

Inselgebiet Neuseelands

A = frei — D = SV

**Tonga**

Königreich unter britischem Schutz, gehört zur Zuständigkeit der Hohen Kommission im westlichen Stillen Ozean (Western Pacific High Commission)

A = SV — D = SV

**Trinidad und Tobago**

A = SV — D = SV

**Tschad**

A = frei — D = SV

**Tschechoslowakei**

A = SV — D = SV

**Tunesien**

A = frei

D = frei bei einem Aufenthalt bis zu vier Monaten

**Türkei +**

A = frei. Bei Arbeitsaufnahme ist Sichtvermerk erforderlich, der gebührenfrei erteilt wird. Türkische Arbeitnehmer, die eine von der Deutschen Anwerbekommission ausgestellte Legitimationskarte besitzen, sind während der Gültigkeitsdauer der Legitimationskarte vom Sichtvermerkszwang befreit

D = frei. Einreise mit Personalausweis möglich, wenn Aufenthalt drei Monate nicht übersteigt und keine Arbeitsaufnahme beabsichtigt ist. Noch erforderliche Sichtvermerke werden gebührenfrei erteilt. Bei Einreise in militärische Sperrzonen ist eine besondere Erlaubnis erforderlich

**Uganda**

A = frei — D = SV

**Ungarn**

A = SV — D = SV

**Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken +**

A = SV (gebührenfrei)

D = SV (gebührenfrei)

**Uruguay**

A = frei — D = frei

**Vatikanstadt**

A = SV — D = frei

**Venezuela +**

A = SV (RV) — D = SV (gebührenfrei)

**Vereinigte Arabische Republik +**

A = frei. Noch erforderliche Sichtvermerke werden gebührenfrei erteilt

D = SV (gebührenfrei)

**Vereinigte Staaten von Amerika +**

A = frei, auch zur Arbeitsaufnahme. Ist dauernder Aufenthalt und Arbeitsaufnahme beabsichtigt, ist Sichtvermerk erforderlich

D = SV (gebührenfrei)

**Vereinigtes Königreich einschließlich Kanal-Inseln und Insel Man +**

A = frei. Britische Staatsangehörige können mit einem Besucherpaß (British Visitor's Passport) in die Bundesrepublik einreisen, sofern sie nicht beabsichtigen, sich in der Bundesrepublik als Arbeitnehmer zu betätigen

D = frei. Für einen vorübergehenden Aufenthalt in Großbritannien genügt ein gültiger Personalausweis mit einer britischen Visitor's Card. Bei Einreise zur Arbeitsaufnahme, zu Studien- oder sonstigen Lehrzwecken oder im Rahmen einer „au pair“-Verbindung, ist weiterhin ein Reisepaß, jedoch kein Sichtvermerk erforderlich. Zur Arbeitsaufnahme ist lediglich eine vorherige Arbeits- und Aufenthaltserlaubnis notwendig

**Vietnam****a) Demokratische Republik Vietnam**

A = SV — D = SV

**b) Republik Vietnam**

A = SV (RV) — D = SV

**Weihnachtsinseln**

Außengebiet Australiens

A = frei, soweit im Besitz australischer Nationalpässe.

A = SV, soweit im Besitz eines „Document of Identity“

D = SV

**Westindien**

Britisches Territorium: Barbados, Britische Jungfern-Inseln, Leeward-Inseln-Antigua, Montserrat, St. Christopher-Nevis-Anguilla, Dominica, Grenada, St. Lucia, St. Vincent

A = SV — D = SV

**Westsamoa**

Treuhandgebiet Neuseelands

A = frei — D = SV

**Windward-Inseln** siehe Westindien**Zentralafrikanische Republik**

A = frei — D = SV

**Zypern +**

A = frei. Noch erforderliche Sichtvermerke werden gebührenfrei erteilt

D = frei. Noch erforderliche Sichtvermerke werden gebührenfrei erteilt

Nähere Einzelheiten bitte ich im Bedarfsfalle den einschlägigen Erlassen zu entnehmen.

Wiesbaden, 6. 9. 1963

**Der Hessische Minister des Innern**  
III b — 23 c 02

StAnz. 38/1963 S. 1094

**966**

#### Einführung eines neuen Musters des Berliner behelfsmäßigen Personalausweises

Die Alliierte Kommandantur Berlin hat ihre Anordnung BK/O (46) 61 über die Registrierung der Berliner Einwohner und Ausgabe von behelfsmäßigen Personalausweisen durch die Anordnung BK/O (63) 9 vom 31. Juli 1963 (GVBl. für Berlin S. 797) geändert und gleichzeitig ein neues Muster des behelfsmäßigen Personalausweises eingeführt.

Das neue Muster hat das Format des Bundespersonalausweises und auch dessen innere Gestaltung. Zum Bundespersonalausweis bestehen jedoch folgende Unterschiede:

- Der Deckel und Seite 1 enthalten nicht den Aufdruck „Bundesrepublik Deutschland“ sondern „Behelfsmäßiger Personalausweis“.
- Die Farbe des behelfsmäßigen Personalausweises ist dunkelgrün.
- Auf Seite 1 wird statt der Formulierung: „Der Inhaber dieses Ausweises ist Deutscher“ die Formulierung: „Der Inhaber dieses Ausweises ist deutscher Staatsangehöriger“ verwendet.
- Auf Seite 8 sind in der unteren Hälfte acht Zeilen für die Eintragung von Kindern unter 16 Jahren vorgesehen.

Es ist beabsichtigt, die z. Z. im Besitz der Berliner Bevölkerung befindlichen behelfsmäßigen Personalausweise im Laufe der nächsten zwei Jahre umzutauschen. Die Ausweise des bisherigen Musters verlieren mit dem Ablauf des 14. August 1965 ihre Gültigkeit (Nr. 8 der BK/O [63] 9).

Wiesbaden, 10. 9. 1963

**Der Hessische Minister des Innern**  
III b — 23 c 10

StAnz. 38/1963 S. 1100

**967**

#### Genehmigung eines Wappens und einer Flagge der Gemeinde Neunkirchen, Landkreis Darmstadt, Regierungsbezirk Darmstadt

Der Gemeinde Neunkirchen im Landkreis Darmstadt, Regierungsbezirk Darmstadt, ist gemäß § 14 Abs. 1 der Hessischen Gemeindeordnung in der Fassung vom 1. Juli 1960 (GVBl. S. 103) das nachstehend beschriebene Wappen und die nachstehend beschriebene Flagge genehmigt worden:

**Wappenbeschreibung:** „In goldenem Schild auf einer schwarzen in ein Kreuz auslaufenden Spitze aufgelegt ein silberner Quell, auf den Seiten rechts eine rote Glocke, links eine rote Büchse.“

**Flaggenbeschreibung:** „Auf in Rot und Weiß geständertem Flaggentuch auf den Kreuzpunkt aufgelegt das Gemeindegewappen.“

Wiesbaden, 2. 9. 1963

**Der Hessische Minister des Innern**  
IV b 2 — 3 k 06 — 20/63

StAnz. 38/1963 S. 1100

**968**

#### Anordnung gemäß § 72 des Zweiten Wohnungsbaugesetzes

Gemäß § 72 Abs. 7 Satz 1 des Zweiten Wohnungsbaugesetzes wird bestimmt:

I.

(1) Öffentliche Mittel dürfen im Lande Hessen nur für Bauvorhaben bewilligt werden, bei denen folgende Durchschnittsmieten oder Belastungen (Teil III der Zweiten Berechnungsverordnung) nicht überschritten werden:

##### 1. Bei Mietwohnungen

- |                    |                |
|--------------------|----------------|
| a) in Ortsklasse S | bis zu 2,10 DM |
| in Ortsklasse A    | bis zu 1,95 DM |
| in Ortsklasse B    | bis zu 1,80 DM |
- je qm Wohnfläche und Monat.

- für Bauvorhaben mit überdurchschnittlicher Ausstattung gelten folgende Obergrenzen:
 

in Ortsklasse S	bis zu 2,30 DM
in Ortsklasse A	bis zu 2,15 DM
in Ortsklasse B	bis zu 2,— DM

 Mietwohnungen mit überdurchschnittlicher Ausstattung sollen in der Regel für Mieter vorgesehen werden, deren Einkommen an der oberen Grenze des § 25 des II. WoBauG liegt, damit die Mietbelastung des Mieters nicht zu groß wird.

##### 2. Bei Familienheimen und Eigentumswohnungen

- 30 v. H. des Familieneinkommens bei Wohnungssuchenden im Sinne des § 25 des II. WoBauG,
  - 25 v. H. des Familieneinkommens bei Wohnungssuchenden mit geringem Einkommen und ihnen Gleichgestellten (§ 27 des II. WoBauG).
- (2) Überschreitungen der in Abs. 1 Ziff. 1 und 2 festgelegten Obergrenzen bedürfen meiner vorherigen Zustimmung.

II.

Abschnitt I gilt auch für Wohnungen, die mit öffentlichen Mitteln der Gemeinden oder Gemeindeverbände gefördert werden. Auch in diesen Fällen ist meine vorherige Zustimmung nach Abschnitt I Abs. 2 einzuholen.

III.

Diese Anordnung gilt für alle Bewilligungen ab 1. Oktober 1963.

Wiesbaden, 2. 9. 1963

**Der Hessische Minister des Innern**  
Ve — 62 c 44 — 31'63

StAnz. 38/1963 S. 1100

**969**

#### Richtlinien über die Gewährung von Landesdarlehen zur Finanzierung von Wohnunterkünften für Obdachlose

Um den Gemeinden die Unterbringung von Obdachlosen zu erleichtern, werden mit Zustimmung des Hessischen Landtags im Rahmen des Wohnungsbauprogrammes 1963 erstmalig Mittel in begrenztem Umfang für die Errichtung geeigneter Wohnunterkünfte zur Verfügung gestellt. Sie werden in Form von Landesdarlehen als nichtöffentliche Mittel im Sinne des II. Wohnungsbaugesetzes gewährt und sollen in erster Linie solchen Gemeinden zukommen, in deren Bereich die vorhandenen Unterkünfte zur Unterbringung der sozial-schwierigen Obdachlosen nicht ausreichen bzw. andere auffällige oder sonst unzumutbare Obdachlosen-Unterkünfte geräumt werden müssen.

##### I. Voraussetzungen für die Gewährung von Landesdarlehen

Als Darlehensnehmer kommen nur Gemeinden in Betracht. Sie sind zur Weiterleitung der Darlehen in eigenem Namen an Bauträger zu Bedingungen berechtigt, die hinsichtlich der Verzinsung und Tilgung nicht ungünstiger sein dürfen als die in Nummer III festgelegten Bedingungen. Wenn die Gemeinden Eigentümer der Wohnunterkünfte bleiben, sind sie auch berechtigt, geeignete gemeinnützige Wohnungsbaubetriebe mit der Durchführung und der Verwaltung der zu fördernden Baumaßnahme zu betrauen. Landesdarlehen werden den Gemeinden nur gewährt, wenn

- ein Nachweis über den Bedarf an Wohnunterkünften für Obdachlose vorliegt,
- ein rechtlich und tatsächlich baureifes Grundstück vorhanden ist,
- die Finanzierung der Gesamtkosten (Grunderwerb, Erschließung, Bau- und Baunebenkosten) gesichert erscheint,
- die vorliegenden Richtlinien beachtet sind.

Zur Finanzierung von Wohnraum, der für Verwalter oder Hausmeister im Zusammenhang mit Wohnunterkünften errichtet werden soll, werden besondere Landesbaudarlehen nicht gewährt.

Ein Rechtsanspruch auf die Gewährung von Landesdarlehen besteht nicht.

##### II. Finanzierung

1. Landesdarlehen können bis zu 50% der Gesamtkosten je Unterkunft gewährt werden. Der Höchstsatz von 50%

kann insbesondere von finanzschwachen Gemeinden ausgeschöpft werden.

2. Für die Berechnung der Gesamtkosten und der Wohnflächen gelten die Vorschriften der Zweiten BVO vom 19. 12. 1962 (BGBl. I S. 738) entsprechend.

### III. Darlehensbedingungen und Auszahlung

Die Darlehen zur Finanzierung von Wohnunterkünften für Obdachlose werden den Gemeinden gegen Schuldschein gewährt und über die Hessische Landesbank — Girozentrale — Frankfurt (Main) ausgezahlt. Die im Darlehensvertrag festgelegten Tilgungsraten sind an die Hessische Landesbank — Girozentrale — „Landestreuhandstelle“ — Frankfurt (Main) abzuführen.

Das Landesdarlehen ist unverzinslich und mit 3 $\frac{1}{2}$ % jährlich zu tilgen.

Die Hessische Landesbank ist berechtigt, einen laufenden Verwaltungskostenbeitrag von 0,5 v. H. von der jeweiligen Darlehensschuld, mindestens jedoch 0,2 v. H. des Ursprungsdarlehens vom Antragsteller zu erheben.

Das Landesdarlehen kann fristlos zur sofortigen Rückzahlung gekündigt werden, wenn

- a) der Darlehensnehmer im Antrag unrichtige oder unvollständige Angaben gemacht hat, die für die Bewilligung des Landesdarlehens von Bedeutung sind,
- b) der Darlehensnehmer die der Bewilligung zugrunde liegenden Bestimmungen nicht einhält oder die Auflagen und Bedingungen des Bewilligungsbescheides nicht erfüllt,
- c) die Zweckbestimmung der Wohnunterkünfte geändert wird,
- d) der Verwendungsnachweis nicht fristgemäß vorgelegt wird.

Außerdem können in diesen Fällen 6% Zinsen ab Auszahlung verlangt werden.

Die erste Rate des Landesdarlehens in Höhe von 50 v. H. wird nach Vorlage des Schuldscheines und einer Bestätigung des Darlehensnehmers, daß mit dem Bauvorhaben begonnen ist, ausgezahlt. Die zweite Rate des Landesdarlehens wird nach Vorlage des Rohbauabnahmescheines ausgezahlt.

### IV. Verfahren

Das Landesdarlehen ist auf einem Vordruck gemäß Anlage 1 zu beantragen.

Die Anträge sind mir von den Gemeinden auf dem Dienstwege vorzulegen. Den Anträgen von kreisangehörigen Gemeinden ist eine Stellungnahme des Landrates, bei kreisfreien Städten des Regierungspräsidenten hinsichtlich der derzeitigen in der Gemeinde vorhandenen Obdachlosenunterkünfte, insbesondere deren baulichen Zustand sowie zu dem gegenwärtigen Bedarf an neuen Unterkünften beizufügen. Vor allem ist auch zu der Finanzlage der Gemeinde Stellung zu nehmen.

Über die Anträge auf Gewährung von Landesdarlehen zur Finanzierung von Wohnunterkünften für Obdachlose entscheide ich durch Bewilligungsbescheid.

### V. Verwendungsnachweis

Sobald der Gebrauchsabnahmeschein für die geförderte Baumaßnahme vorliegt, ist er der Hessischen Landesbank — Girozentrale — Landestreuhandstelle — Frankfurt (M.) einzureichen.

Bis zum Ablauf von sechs Monaten nach Bezug der Wohnunterkünfte ist der Hessischen Landesbank eine Schlußabrechnung nach vorgeschriebenem Muster in zweifacher Ausfertigung vorzulegen.

### VI. Planerische und technische Bestimmungen

#### 1. Allgemeine Gesichtspunkte

- a) Die Wohnunterkünfte für Obdachlose sollen in der Regel innerhalb der Bebauung oder in Randlagen errichtet werden, falls dort Anschlußbebauung vorhanden oder geplant ist und ausreichende Erschließung sichergestellt oder vorhanden ist.
- b) Eine allzu große Massierung von Wohnunterkünften an einer Stelle ist zu vermeiden.
- c) Die Wohnunterkünfte für Obdachlose sind so zu planen und auszuführen, daß sie nicht nur der vorübergehenden Unterbringung dieses Personenkreises dienen können, sondern auch für einen Daueraufent-

halt geeignet sind. Dabei sind lediglich die Mindestanforderungen bauaufsichtlicher und bautechnischer Art als Regelausführung anzusehen, damit den geeigneten umsetzungswilligen und -würdigen Obdachlosen der Anreiz zum Wohnungswechsel erhalten bleibt. Darüber hinaus ist darauf zu achten, daß bei der gebotenen einfachen Ausstattung und Raumaufteilung getrennte Schlafmöglichkeiten für Eltern und für Kindern ab 8 Jahren in verschiedenen Räumen geschaffen werden. Auch für Kinder unterschiedlichen Geschlechts mit mehr als 10 Jahren sind ebenfalls räumlich getrennte Schlafmöglichkeiten anzuordnen.

c) Bei der Planung ist die Frage der ausreichenden Lüftung der Wohnunterkünfte und der Wasserdampfdiffusion zu berücksichtigen.

#### 2. Bauweise

Wohnunterkünfte für obdachlose Familien sollen höchstens in viergeschossiger Bauweise errichtet werden. Eine aufgelockerte Bebauung ist anzustreben. Die Bauten müssen in massiver Bauart ausgeführt werden; sie sind grundsätzlich voll zu unterkellern. Der Ausbau des Dachgeschosses zu Wohnzwecken ist grundsätzlich nicht zugelassen. Die reine Nordlage von Wohnräumen ist zu vermeiden.

#### 3. Größe und Gliederung der Wohnunterkünfte

##### a) Wohnunterkunft mit 1 Raum

für 1—2 Personen

1 Raum von mindestens 14 qm mit Kochnische

##### b) Wohnunterkunft mit 2 oder mehr Räumen

für Familien mit 3 und mehr Personen

1 Raum von mindestens 16 qm mit Kochnische

weitere Räume (Schlafräume von mindestens je 8 qm)

#### 4. Ausstattung der Wohnunterkünfte

**Abschluß:** Wohnungsabschluß mit Vorraum in der Wohnunterkunft.

**Kochnische:** Kochraum mit ausreichenden Entlüftungsmöglichkeiten, Wasserzapfstelle und Spülbecken, Kohlenherd und Anschlußmöglichkeit für Gas- oder Elektroherd sowie lüftbarer Speiseschrank.

**Waschraum und Klosett:** Ein innerhalb der Wohnunterkunft liegender Raum mit Waschbecken, ausreichendem Platz mit Anschlußmöglichkeit für den späteren Einbau einer Dusche, Wasserspülklosett.

Bei Wohnunterkünften mit nur einem Raum kann auf das Klosett innerhalb der Wohnunterkunft verzichtet werden. Das Klosett kann für je zwei 1-Raum-Wohnunterkünfte gemeinsam vom Treppenhaus zugänglich angeordnet werden.

**Abstellraum:** Innerhalb der Wohnunterkunft ein Besenschrank von ca. 0,5 qm Grundfläche. Außerhalb der Wohnung einen verschließbaren Kellerraum von mindestens 6 qm sowie möglichst einen gleichgroßen, verschließbaren Abstellraum.

Auf die Anordnung von Gemeinschaftsabstellräumen für Kinderwagen und Fahrräder kann verzichtet werden (Befreiung von § 58 Abs. 6 HBO erforderlich).

**Heizung:** Sofern die Wohnunterkunft mehr als 2 Räume umfaßt, muß in einer Schlafkammer eine Feuerstätte für feste Brennstoffe angeschlossen werden können. Die Aufstellung von Ölfen ist wegen der erforderlichen besonderen Sorgfalt bei deren Betrieb und bei der Heizöllagerung nicht statthaft.

**Elektrische Installation:** Jeder Aufenthaltsraum ist mit einem Auslaß für eine Deckenleuchte und einer Schuko-steckdose auszustatten. Im Bereich der gemeinschaftlich genutzten Räume (Treppenhaus, Vorkeller, Waschküche und Trockenraum) ausreichende Beleuchtung mit Stromabnahme über Gemeinschaftszähler.

**Fußböden:** Die Fußböden sind aus widerstandsfähigen und unempfindlichen Materialien herzustellen, die nur geringer Pflege bedürfen.

**Wände:** In der Regel sind Anstriche zu verwenden, die eine leichte Säuberung bzw. Erneuerung zulassen.

**Waschküche:** Größe des Raumes mindestens 15 qm, Waschkessel.

**Trockenraum:** Gesamtgröße mindestens 20 qm, Unterteilung in mehrere verschließbare kleinere Räume ist zweckmäßig.

**Treppenhaus:** Leicht zu säubernde Anstriche.

**Außenputz:** Vollständiger Außenputz oder gleichwertige wetterfeste Ausführung.

Antennen: Außenantennen sind nur als ortsfeste Gemeinschaftsantennen zulässig.

5. Außenanlagen:

- a) Abfallbehälter sind außerhalb der Gebäude auf einem befestigten Platz des Grundstücks aufzustellen.
b) Auf dem Baugrundstück sind im Freien Spielflächen für die Kinder in ausreichendem Umfang vorzusehen.
c) Die gesamte bauliche Anlage muß während der Dunkelheit durch Außenbeleuchtung gut erhellt werden können.
d) Die Anlage von Kfz-Abstellplätzen ist zu beschränken, entsprechende Grundstücksflächen sind jedoch für einen späteren Ausbau zu Abstellplätzen vorzusehen.

6. Sonstige Forderungen:

- a) Bei Bewilligung der Landesdarlehen muß die bauaufsichtliche Genehmigung, in Ausnahmefällen minde-

- stens die Unbedenklichkeitsbescheinigung der Bauaufsichtsbehörde, vorliegen.
b) Zum Ausbau der Wohnunterkünfte sind weitgehend nicht brennbare und gegen Feuchtigkeit widerstandsfähige Baustoffe zu verwenden.
c) Für ausreichenden Wärme- und Schallschutz ist zu sorgen. Maßgebend hierfür sind die Normblätter DIN 4108 Wärmeschutz im Hochbau und DIN 4109 Beiblatt Schallschutz im Hochbau.
d) Tragendes Holzwerk ist gemäß DIN 68800 — Holzschutz im Hochbau — gegen Wurmfraß, Schwamm- bildung, Fäulnis und Entflammbarkeit mit einem mit Prüfzeichen versehenen Holzschutzmittel zu behandeln.
e) Alle vertretbaren Möglichkeiten der Baukostensenkung sind auszuschöpfen.

Wiesbaden, 1. 8. 1963

Der Hessische Minister des Innern
V h — 62 c 44/51 — 1055/63
StAnz. 38/1963 S. 1100

Stadt/Gemeinde
Landkreis
Reg. Bez.

den 196
An den
Herrn Hess. Minister des Innern, Abt. V
Wiesbaden
auf dem Dienstwege

Antrag

der Stadt/Gemeinde auf Gewährung eines Landesdarlehens für den Neubau — Ausbau von Wohnunterkünften für Obdachlose (Richtlinien des Hess. Ministers des Innern vom 1. August 1963 — StAnz. S. 1100 —)

I. Baugrundstück

- 1. Ist das Grundstück rechtlich und tatsächlich baureif?
2. Größe: qm
3. Lage
a) im Baugebiet ja/nein
b) im Außengebiet ja/nein
c) an befestigter Straße ja/nein
4. Welche Versorgungsleitungen (Wasser, Kanal, Strom) sind vorhanden?

II. Größe der einzelnen Wohnunterkünfte

Table with 4 columns: WU mit, Zimmer, 1/2 Zimmer, Kochnische, WC, Waschraum von je, qm, qm, qm, qm. Includes a 'Sa.' row at the bottom.

III. Aufstellung der Gesamtkosten

Table with 2 columns: Description, DM. Includes items like Wert des Baugrundstücks, Kosten für die Erschließung, Hauptgebäude, Nebengebäude, Baunebenkosten, and Gesamtkosten.

IV. Finanzierungsplan

Table with 2 columns: Description, DM. Includes Eigenleistungen (Ordentlicher Haushalt, Entnahme von Rücklagen, etc.) and Fremdmittel (Landesdarlehen gem. Richtlinien vom 1. August 1963, etc.).

V. Sonstige Angaben

- 1. Vorgesehener Baubeginn:
2. Voraussichtlicher Fertigstellungstermin:
3. Ergänzende Angaben (Zahl der Familien — Obdachlosen —, für die Wohnunterkünfte geschaffen werden müssen; notfalls Begründung des Antrages auf besonderem Bogen)

Das beantragte Landesdarlehen ist auszuzahlen auf (Bank- oder Sparkassenkonto angeben) .....

**Als Anlagen sind beigelegt:**

Fotokopie der Baugenehmigung bzw. Unbedenklichkeitsbescheinigung (einschl. vollständiger Bauzeichnungen und des amtl. Lageplanes)

Baubeschreibung

Berechnung des umbauten Raumes und der Wohnfläche

Die Stadt/Gemeinde beantragt, ihr das im Finanzierungsplan eingesetzte Landesdarlehen von ..... DM zu

....., den ..... 19.....  
Der Bürgermeister/Magistrat

**Stellungnahme des Landrats/Reg. Präs.:**

Nach Abschnitt IV und VI der Richtlinien

....., den ..... 19.....  
Der Regierungspräsident:  
Der Landrat:

970

### Der Hessische Kultusminister

**Teilung der Kirchengemeinde Wißmar**

Nach Anhörung und Zustimmung der Beteiligten hat der Bischof von Limburg verordnet, was folgt:

§ 1

Die katholische Kirchengemeinde Wißmar, Landkreis Wetzlar, wird geteilt in eine Kirchengemeinde Wißmar und eine Kirchengemeinde Odenhausen.

§ 2

Die Kirchengemeinde Wißmar umfaßt das Gebiet der Zivilgemeinden Wißmar und Launsbach. Die innerhalb dieses Gebietes wohnenden Katholiken werden der Kirchengemeinde Wißmar zugeteilt.

§ 3

Die Kirchengemeinde Odenhausen umfaßt das Gebiet der Zivilgemeinden Odenhausen und Salzböden. Die innerhalb dieses Gebietes wohnenden Katholiken werden der Kirchengemeinde Odenhausen zugeteilt.

§ 4

Die der bisherigen Kirchengemeinde Wißmar gehörigen Grundstücke, Grundbuch von Wißmar, Band 37, Blatt 1281 A, Flur 19, Flurstück 51 und 52, in Größe von insgesamt 5206 Quadratmeter, gehen mit den darauf befindlichen Gebäuden in das Eigentum der neuen Kirchengemeinde Wißmar über.

§ 5

Das auf den Bischöflichen Stuhl zu Limburg eingetragene Grundstück, Grundbuch Salzböden, Band 30, Blatt 1008, Flur 5, Flurstück 44/2, Bauplatz auf den Rödern, in Größe von insgesamt 1067 qm, geht mit den darauf befindlichen Gebäuden in das Eigentum der neuen Kirchengemeinde Odenhausen über.

§ 6

Die Zugehörigkeit der Katholiken der beiden Kirchengemeinden Wißmar und Odenhausen zur Pfarrvikarie Wißmar wird durch diese Urkunde nicht berührt.

§ 7

Diese Urkunde tritt in Kraft am 1. Oktober 1963.  
Gegeben zu Limburg an der Lahn, am 30. August 1963  
N. O. E. 2193/63/5

\*

Die vorstehende Urkunde wird hiermit bekanntgemacht.  
Wiesbaden, 5. 9. 1963

Der Hessische Kultusminister  
M 3 — 883/02

St.Anz. 38/1963 S. 1103

971

**Urkunde über die Errichtung der Kirchengemeinde und Pfarrei „Zum göttlichen Erlöser“ in Witzzenhausen**

Nach Anhörung bzw. Zustimmung der Beteiligten hat der Bischof von Fulda verordnet:

1. Die bisherige Kuratie „Zum göttlichen Erlöser“ in Witzzenhausen wird zur selbständigen Kirchengemeinde und kanonischen Pfarrei erhoben.

2. Sie umfaßt folgende Gemeinden: Albshausen, Berlepsch-Ellerode, Blickershausen, Dohrenbach, Ellingerode, Ermschwerd, Gertenbach, Hubenrode, Hundelshausen, Klein-almerode, Rossbach, Wendershausen, Witzzenhausen, Ziegenhagen.

3. Die in den genannten Gemeinden wohnenden Katholiken scheiden aus der Kirchengemeinde St. Elisabeth in Kassel aus und bilden die neue Kirchengemeinde und Pfarrei „Zum göttlichen Erlöser“ in Witzzenhausen.

4. Das im Gebiet der neuen Kirchengemeinde und Pfarrei gelegene Grundstück, Flur 21, Flurstück 24/2 und 24/3 (Grundbuch Band 73, Blatt 1107) mit der darauf errichteten Kirche und dem Pfarrhaus geht aus dem Eigentum des Bischöflichen Stuhles in Fulda in das Eigentum der neuen Kirchengemeinde und Pfarrei über.

Muttergemeinde und Tochtergemeinde verzichten wechselseitig auf alle vermögenswerten Ansprüche und Verpflichtungen.

5. Die neue Kirchengemeinde übernimmt alle üblichen Lasten einer Pfarrei.

6. Die Kirche „Zum göttlichen Erlöser“ wird zur Pfarrkirche erhoben.

7. Diese Urkunde tritt mit dem 1. Oktober 1963 in Kraft.  
Fulda, den 3. September 1963

\*

Die vorstehende Urkunde wird hiermit bekanntgemacht.  
Wiesbaden, 10. 9. 1963

Der Hessische Kultusminister  
M 3 — 883/11

St.Anz. 38/1963 S. 1103

972

**Urkunde über die Errichtung der Kirchengemeinde und Pfarrkuratie St. Maria in Großalmerode, Kreis Witzzenhausen**

Nach Anhörung bzw. Zustimmung der Beteiligten hat der Bischof von Fulda verordnet:

1. In der Pfarrei St. Elisabeth in Kassel wird die selbständige Kirchengemeinde und Pfarrkuratie St. Maria in Großalmerode errichtet.

2. Sie umfaßt, wie die bisherige Seelsorgestelle, die Stadt Großalmerode sowie die Gemeinden Epteroode, Laudenschbach (mit Ausnahme der Lungenheilstätte Meissner), Rommerode, Trubenhausen, Uengsterode, Weißenbach und Wickenrode.

3. Die in der neuen Kirchengemeinde gelegenen kirchlichen Grundstücke gehen mit den darauf errichteten Gebäuden aus dem Eigentum des Bischöflichen Stuhles in Fulda in das der neuen Kirchengemeinde über.

4. Muttergemeinde und Tochtergemeinde verzichten wechselseitig auf alle vermögenswerten Rechte und Pflichten.

5. Die neue Kirchengemeinde übernimmt alle üblichen Lasten einer Pfarrkuratiegemeinde.

6. Diese Urkunde tritt mit dem 1. Oktober 1963 in Kraft. Fulda, den 6. September 1963

\*

Die vorstehende Urkunde wird hiermit bekanntgemacht. Wiesbaden, 10. 9. 1963

Der Hessische Kultusminister  
M 3 — 883/11

StAnz. 38/1963 S. 1103

973

**Urkunde über die Errichtung der Pfarrkuratie St. Johannes B. in Kleinlüder, Kreis Fulda**

Nach Anhörung bzw. Zustimmung der Beteiligten hat der Bischof von Fulda verordnet:

1. Die bisherige Filialkirchengemeinde St. Johannes B. in Kleinlüder in der Pfarrei St. Simon und Juda in Blankenau

wird zur selbständigen Kirchengemeinde und Pfarrkuratie erhoben.

2. Muttergemeinde und Tochtergemeinde verzichten wechselseitig auf alle vermögenswerten Ansprüche und Verpflichtungen.

3. Die Kirchengemeinde St. Johannes B. in Kleinlüder übernimmt alle üblichen Lasten einer Kuratiekirchengemeinde.

4. Diese Urkunde tritt mit dem 1. Oktober 1963 in Kraft. Fulda, den 5. September 1963

\*

Die vorstehende Urkunde wird hiermit bekanntgemacht. Wiesbaden, 10. 9. 1963

Der Hessische Kultusminister  
M 3 — 883/11

StAnz. 38/1963 S. 1103

974

### Der Hessische Minister für Wirtschaft und Verkehr

**Widmung der im Zuge der Bundesstraßen 3 und 455 neu gebauten Teilstrecken und Abstufung sowie Einziehung bisheriger Teilstrecken in den Gemarkungen Bad Nauheim, Friedberg und Schwalheim, Landkreis Friedberg, Reg.-Bezirk Darmstadt**

1. Die in den Gemarkungen Friedberg und Bad Nauheim, Landkreis Friedberg, Reg.-Bez. Darmstadt, im Zuge der Bundesstraße 3 neugebaute Straße erhält mit Wirkung vom 1. 8. 1963 die Eigenschaft einer Bundesstraße und wird Bestandteil der Bundesstraße 3 (§ 2 Abs. 1 des Bundesfernstraßengesetzes [FStrG] vom 6. 8. 1961 — BGBl. I S. 1741).

Die gewidmete Strecke beginnt bei km 31,430 neu (= km 31,445 alt) und endet bei km 31,690 neu (= km 31,750 alt) = 260 m.

2. Die in der Gemarkung Friedberg und Schwalheim, Landkreis Friedberg, im Zuge der Bundesstraße 455 neugebaute Straße und die neugebauten Anschlußarme erhalten mit Wirkung vom 1. August 1963 die Eigenschaft einer Bundesstraße und werden Bestandteil der Bundesstr. 455.

Die gewidmeten Strecken verlaufen wie folgt: von Kilometer 13,548 neu = alt bis km 13,903 neu = 355 m, von km 13,926 neu bis km 13,954 neu (= km 31,621 der B 3) = 28 m, von km 0,022 bis km 0,091 = 69 m, von km 0,017 bis km 0,031 = 14 m, von km 0,008 bis km 0,023 = 15 m, insgesamt = 481 m.

3. Die Teilstrecke der bisherigen Bundesstraße 3 von Kilometer 31,445 alt = neu bis km 31,683 alt = 238 m, verliert mit Ablauf des 31. Juli 1963 die Eigenschaft einer Bundesstraße (§ 2 Abs. 4 FStrG).

Sie wird wie folgt abgestuft bzw. eingezogen: a) die Teilstrecke von km 31,445 alt = neu bis km 31,488 alt = 43 m, hat nunmehr die Verkehrsbedeutung einer Gemeindestraße (§ 3 Abs. 1 Nr. 3 des Hessischen Straßengesetzes [HStrG] vom 9. 10. 1962 — GVBl. I S. 437).

Die Straßenbaulast für die abgestufte Strecke geht mit Wirkung vom 1. August 1963 auf die Gemeinden Bad Nauheim und Schwalheim über (§ 43 HStrG).

b) Die Teilstrecke von km 31,488 alt bis km 31,683 alt = 195 m, ist für den Verkehr entbehrlich geworden und soll eingezogen werden. Das Einziehungsverfahren nach § 2 Abs. 5 FStrG ist eingeleitet.

4. Die Teilstrecke der bisherigen Bundesstraße 3 von km 31,683 alt bis km 31,750 alt (= km 31,690 neu) = 67 m, wird mit folgender Kilometrierung Bestandteil der Bundesstraße 455: von km 13,903 neu (= km 31,683 alt der B 3) bis km 13,926 neu = 23 m, von km 0,091 bis km 0,155 (= km 31,750 alt der B 3) = 64 m, von km 0,006 bis km 0,017 = 11 m.

5. Die Teilstrecke der bisherigen Bundesstraße 455 von km 13,548 alt = neu bis km 13,831 alt = 283 m, verliert mit Ablauf des 31. Dezember 1963 die Eigenschaft einer Bundesstraße.

Sie wird wie folgt abgestuft bzw. eingezogen: a) die Teilstrecke von km 13,601 alt bis km 13,795 alt = 194 m, hat nunmehr die Verkehrsbedeutung einer Kreisstraße und wird mit folgender Kilometrierung als Teil der Kreisstraße 175 in das Verzeichnis der Kreisstraßen eingetragen (§ 3 Abs. 1 Nr. 2 und Abs. 3 HStrG): von km 0,000 neu (= km 13,795 alt der B 455) bis km 0,194 neu = 194 m.

Die Straßenbaulast für die abgestufte Strecke geht mit Wirkung vom 1. 1. 1964 auf den Landkreis Friedberg über (§ 41 Abs. 2 HStrG).

b) Die Teilstrecken von km 13,548 alt = neu bis km 13,601 alt = 53 m, von km 13,795 alt bis km 13,831 alt (= km 31,611 der B 3 alt) = 36 m, sind für den Verkehr entbehrlich geworden und werden eingezogen. Von der vorherigen Bekanntmachung der beabsichtigten Einziehung dieser Strecken gemäß § 2 Abs. 5 FStrG wurde abgesehen, da es sich um die Einziehung von Teilstrecken im Zusammenhang mit Änderungen von unwesentlicher Bedeutung handelt.

Rechtsbehelfsbelehrung: Gegen die vorstehende Entscheidung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Anfechtungsklage beim Verwaltungsgericht in Darmstadt, Neckarstraße 3a, erhoben werden. Die Klage ist beim Gericht schriftlich zu erheben. Sie kann auch zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle erhoben werden. Die Klage muß den Kläger, den Beklagten (das ist das Land Hessen, vertreten durch den Minister für Wirtschaft und Verkehr) und den Streitgegenstand bezeichnen. Sie soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben werden.

Wiesbaden, 4. 9. 1963

Der Hessische Minister für Wirtschaft und Verkehr  
V d 5 — Az.: 63a 30

StAnz. 38/1963 S. 1104

975

**Widmung der im Zuge der Bundesstraße 27 zwischen Sontra und Wichmannshausen neugebauten Teilstrecke und Einziehung der bisherigen Teilstrecke der Bundesstraße 27 in den Landkreisen Eschwege und Rotenburg, Regierungsbezirk Kassel**

1. Die zwischen Sontra und Wichmannshausen in den Landkreisen Eschwege und Rotenburg, Regierungsbezirk Kassel, neugebaute Straße erhält mit Wirkung vom 1. 8. 1963 die Eigenschaft einer Bundesstraße und wird Bestandteil der Bundesstraße 27 (§ 2 Abs. 1 des Bundesfernstraßengesetzes [FStrG] vom 6. 8. 1961 — BGBl. I S. 1741).

Die gewidmete Strecke beginnt bei km 20,862 neu alt und endet bei km 22,220 neu (= km 22,235 alt) = 1358 m.

2. Die Teilstrecke der bisherigen Bundesstraße 27 von km 20,862 alt = neu bis km 22,235 alt (= km 22,220 neu) = 1373 m, ist für den Verkehr entbehrlich geworden und soll eingezogen werden.

Das Einziehungsverfahren nach § 2 Abs. 5 FStrG ist eingeleitet.

Rechtsbehelfsbelehrung: Gegen die vorstehende Entscheidung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Anfechtungsklage beim Verwaltungsgericht in Kassel, Brüder-Grimm-Platz 1, erhoben werden. Die Klage ist beim Gericht schriftlich zu erheben. Sie kann auch zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle erhoben werden. Die Klage muß den Kläger, den Beklagten (das ist das Land Hessen, vertreten durch den Minister für Wirtschaft und Verkehr) und den Streitgegenstand bezeichnen.



nen. Sie soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben werden.

Wiesbaden, 4. 9. 1963

**Der Hessische Minister für Wirtschaft und Verkehr**  
V d 5 — Az.: 63a 30

StAnz. 38/1963 S. 1104

976

**Einziehung einer Teilstrecke der Bundesstraße 455 in der Gemarkung Eppstein, Maintaunuskreis, Regierungsbezirk Wiesbaden**

Mit Fertigstellung und Inbetriebnahme der im Zuge der Bundesstraße 455 neugebauten Umgehungsstraße Eppstein im Maintaunuskreis, Regierungsbezirk Wiesbaden, wird die bisherige Teilstrecke der Bundesstraße 455 von km 8,345 alt (= km 8,334 neu) bis km 8,402 alt (= km 8,393 neu) = 57 m, für den Verkehr entbehrlich.

Diese Strecke verliert daher mit Ablauf des 31. 8. 1963 die Eigenschaft einer Bundesstraße und wird eingezogen (§ 2 Abs. 4 des Bundesfernstraßengesetzes [FStrG] vom 6. 8. 1961 — BGBl. I S. 1741).

**Rechtsbehelfsbelehrung:** Gegen die vorstehende Entscheidung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Anfechtungsklage beim Verwaltungsgericht in Wiesbaden, Luisenplatz 5, erhoben werden. Die Klage ist beim Gericht schriftlich zu erheben. Sie kann auch zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle erhoben werden. Die Klage muß den Kläger, den Beklagten (das ist das Land Hessen, vertreten durch den Minister für Wirtschaft und Verkehr) und den Streitgegenstand bezeichnen. Sie soll einen bestimmten Antrag enthalten. Die zur Begründung dienenden Tatsachen und Beweismittel sollen angegeben werden.

Wiesbaden, 9. 9. 1963

**Der Hessische Minister für Wirtschaft und Verkehr**  
V d 5 — Az.: 63a 30

StAnz. 38/1963 S. 1105

977

**Der Hessische Minister für Arbeit, Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen**

**Monatlicher Bericht über die anzeigepflichtigen übertragbaren Krankheiten in Hessen**

Bevölkerungszahl: 4 949 393

Monat August 1963  
(4.8. — 31. 8. 1963)

Monat setzt sich aus 4 Wochenberichten zusammen

Reg.-Bezirk	Enteritis infectiosa		Übertr. Kinderlähmung		Ornithose		Ruhr		Typhus abdominalis		Diphtherie		Brucellose		Übertr. Hirnhautentzündung		Leptospirose		Verletzung durch tollwutkranke oder -verdächtige Tiere*)		Malaria		Trachom		Kindbettfieber nach Fehlgebur		Tetanus		Lepra		Grippe (Virusgrippe)		Keuchhusten		Masern		Todesfall an					
	E = Erkrankungsfall	T = Todesfall	Salmonellose	übrige Formen	übertragbare Gehirnentzündung	insgesamt	davon paralytisch	Psittakose	übrige Formen	Paratyphus A und B	Bakterielle Ruhr	Amöbenruhr	Typhus abdominalis	Diphtherie	Scharlach	Banische Krankheit	Maltafieber	übrige Formen	Meningokokken	Meningitis	übrige Formen	Hepatitis infectiosa	Weilsche Krankheit	Feldfieber	Canclafieber	übrige Formen	Verletzung durch tollwutkranke oder -verdächtige Tiere*)	Malaria	Trachom	Kindbettfieber nach Fehlgebur	Tetanus	Lepra	Grippe (Virusgrippe)	Keuchhusten	Masern	Todesfall an						
Reg.-Bezirk DARMSTADT	E 6	T 1	—	—	—	—	—	—	5	2	—	2	—	39	—	—	—	4	14	28	—	—	—	—	—	4	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—		
Reg.-Bezirk KASSEL	E 1	T —	—	—	—	—	—	—	1	3	—	1	—	34	—	—	—	1	2	37	—	—	—	—	—	(9)	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Reg.-Bezirk WIESBADEN	E 4	T 1	—	—	—	—	—	1	6	4	1	5	—	72	—	—	—	5	6	49	—	—	—	—	—	6	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	
Land HESSEN	E 11	T 2	—	—	—	—	—	1	12	9	1	8	—	145	—	—	—	10	22	114	—	—	—	—	—	10	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—	

\*) Zahlen in Klammern: Enge Kontakte (Berührungen) mit tollwutkranken bzw. -verdächtigen Tieren.

Wiesbaden, 10. 9. 1963

**Der Hessische Minister für Arbeit, Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen**  
— VI e — 18 d 02 —

StAnz. 38/1963 S. 1105

978

**Der Hessische Minister für Landwirtschaft und Forsten**

**Flurbereinigung Giesenhain, Kreis Hünfeld**

**Flurbereinigungsbeschuß**

Auf Grund des § 4 des Flurbereinigungsgesetzes (FlurbG) vom 14. Juli 1953 — BGBl. I S. 591 — wird folgender Beschuß erlassen:

1. Die Flurbereinigung der Grundstücke der Gemarkung Giesenhain, Kreis Hünfeld, wird hiermit angeordnet.

2. Als Flurbereinigungsgebiet wird die gesamte Gemarkung einschließlich der Ortslage festgestellt. Es hat eine Größe von rd. 87 ha, worin eine Waldfläche von rd. 7 ha enthalten ist. Die Grenzen des Flurbereinigungsgebietes sind auf der Gebietskarte, die einen Bestandteil dieses Beschlusses bildet, durch einen orange Farbstreifen kenntlich gemacht.

3. Die Gemeinschaft der Teilnehmer am Flurbereinigungsverfahren führt den Namen: „Teilnehmergemeinschaft der Flurbereinigung von Giesenhain“ mit dem Sitz in Giesenhain, Kreis Hünfeld. Sie ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts.

4. Die Beteiligten werden nach § 14 FlurbG aufgefordert, Rechte, die aus dem Grundbuch nicht ersichtlich sind, aber zur Beteiligung am Flurbereinigungsverfahren berechtigen, innerhalb von drei Monaten nach Bekanntgabe dieses Beschlusses beim Kulturamt in Bad Hersfeld, Dudenstr. 15, anzumelden. Werden Rechte nach Ablauf dieser Frist angemeldet, so kann das Kulturamt die bisherigen Verhandlungen und Festsetzungen gelten lassen. Der Inhaber eines o. a. Rechtes muß die Wirkung eines vor der Anmeldung eingetretenen Fristablaufes ebenso gegen sich gelten lassen wie

der Beteiligte, demgegenüber die Frist durch Bekanntgabe des Verwaltungsaktes zuerst in Lauf gesetzt worden ist.

5. Nach § 34 bzw. nach § 85 (5) FlurbG ist von der Bekanntgabe dieses Beschlusses ab bis zur Ausführungsanordnung in folgenden Fällen die Zustimmung des Kulturamtes erforderlich: a) wenn die Nutzungsart der Grundstücke im Flurbereinigungsgebiet geändert werden soll; dies gilt nicht für Änderungen, die zum ordnungsmäßigen Wirtschaftsbetrieb gehören; b) wenn Bauwerke, Brunnen, Gräben, Einfriedigungen, Hangterrassen und ähnliche Anlagen errichtet, hergestellt, wesentlich verändert oder beseitigt werden sollen; c) wenn Obstbäume, Beerensträucher, Rebstöcke, Hopfenstöcke, einzelne Bäume, Hecken, Feld- und Ufergehölze beseitigt werden sollen. Die Beseitigung ist nur in Ausnahmefällen möglich, soweit landeskulturelle Belange nicht beeinträchtigt werden; d) wenn Holzeinschläge vorgenommen werden sollen, die den Rahmen einer ordnungsgemäßen Bewirtschaftung übersteigen. Sind entgegen den Absätzen a) und b) Änderungen vorgenommen, Anlagen hergestellt oder beseitigt worden, so können sie im Verfahren unberücksichtigt bleiben; das Kulturamt kann den früheren Zustand nach § 137 FlurbG wieder herstellen lassen, wenn dies der Flurbereinigung dienlich ist. Sind Eingriffe entgegen dem Absatz c) vorgenommen worden, so muß das Kulturamt Ersatzpflanzungen anordnen. Werden entgegen dem Absatz d) Holzeinschläge vorgenommen, so kann das Kulturamt anordnen, daß derjenige, der das Holz fällt, die abgeholzte oder verlichtete Fläche nach den Weisungen der Forstaufsichtsbehörde wieder ordnungsgemäß in Bestand zu bringen hat.

6. Der entscheidende Teil dieses Beschlusses wird im Staatsanzeiger veröffentlicht und in der Gemeinde Giesenhain und den Nachbargemeinden öffentlich bekanntgemacht. Gleichzeitig wird der Beschluß mit Begründung und der Gebietskarte zur Einsichtnahme durch die Beteiligten bei dem Bürgermeister in Giesenhain, Kreis Hünfeld, und Nachbargemeinden zwei Wochen lang ausgelegt.

Rechtsmittelbelehrung: Gegen diesen Beschluß kann binnen zwei Wochen nach öffentlicher Bekanntmachung Widerspruch beim Landeskulturamt in Wiesbaden, Parkstraße 44, als Obere Flurbereinigungsbehörde, erhoben wer-

den. Der Lauf der Frist beginnt am 1. Tag der öffentlichen Bekanntmachung. Der Widerspruch ist schriftlich einzulegen oder zur Niederschrift beim Landeskulturamt zu erklären.

Wiesbaden, 21. 8. 1963

Landeskulturamt  
KF 223 — 26.548 63  
StAnz. 38/1963 S. 1105

### 979

An die  
Herren Regierungspräsidenten  
Darmstadt, Kassel, Wiesbaden

#### Ausbildungsplan für Regierungsbauinspektoranwärter der Wasserwirtschaftsverwaltung

Bezug: Erlaß vom 24. 6. 1957 — StAnz. S. 637

Im Einvernehmen mit dem Direktor des Landespersonalamtes Hessen ändere ich, nachdem die bisherigen drei Staatsoberkassen in Hessen nicht mehr bestehen, den Ausbildungsplan, Anlage 1, zu § 8 Abs. 1 der Ausbildungs- und Prüfungsordnung vom 24. 6. 1957 — StAnz. S. 637 — für Regierungsbauinspektoranwärter der Wasserwirtschaftsverwaltung wie folgt:

Ausbildungsabschnitt	Ausbildungsdauer in Monaten	Dienststelle	Ausbildungsgebiet
8	1	Staatskasse	Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen, Grundzüge des Haushaltsplanes und der Buchführung

Ich bitte, die Ausbildung der im Vorbereitungsdienst stehenden Regierungsbauinspektoranwärter dem geänderten Ausbildungsplan mit Wirkung vom 1. Oktober 1963 anzupassen.

Wiesbaden, 4. 9. 1963

Der Hessische Minister für Landwirtschaft und Forsten  
PR 1b — 8b 06.19 — Tgb.-Nr. 1074/63

StAnz. 38/1963 S. 1106

### 980

## Personalnachrichten

Es sind

#### C. im Bereich des Hessischen Ministers des Innern Verwaltungsgericht Frankfurt (Main):

ernannt

zur apl. Reg.-Inspektorin a. P. Angestellte Helmtrud Hackenbruch (27. 8. 1963);  
zum Amtsgehilfen a. P. Fritz Klein (15. 8. 1963);

ausgeschieden aus dem Hess. Landesdienst:  
Verwaltungsgerichtsrat Dr. Stein (31. 8. 1963).

Frankfurt (Main), 3. 9. 1963

Der Verwaltungsgerichtspräsident  
Az.: 8 b 06

StAnz. 38/1963 S. 1106

#### D. im Bereich des Hessischen Ministers der Finanzen e) Hessisches Finanzgericht Kassel

ernannt

zum Finanzgerichtsrat unter Berufung in das Richterverhältnis auf Lebenszeit: die Regierungsräte Heinz Schellenberger (1. 5. 1963); Günter Tewes (1. 8. 1963);  
zum Richter kraft Auftrags Regierungsrat Dr. Fritz Wiesner (24. 7. 1963);

verstorben

Regierungsamtman Max Hauschild (15. 8. 1963);

in den Ruhestand versetzt

Regierungshauptsekretär Heinrich Griebmann (31. 8. 63).

Kassel, 2. 9. 1963

Der Präsident des Hessischen Finanzgerichts  
P 1400

StAnz. 38/1963 S. 1106

#### F. im Bereich des Hessischen Kultusministers

##### b) Regierungspräsident in Darmstadt

##### Höhere Schulen

entlassen

Stud.-Ass. (BaP) Dr. Liselotte Reiter, Offenbach (Main) (27. 4. 1963);  
Stud.-Rätin (BaL) Hildegard Seubert, Offenbach (Main) (7. 5. 1963)

##### Höhere Schulen

ernannt

zum/zur Stud.-Ass. unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Probe  
die Assessoren/innen i. L. Gerhard Rott, Schlitz (14. 3. 1963); Wolfgang Fischlein, Gießen (4. 4. 1963); Anni Schweikert, Neu-Isenburg (30. 3. 1963); Hans Kaiser, Friedberg (5. 2. 1963); Ursula Heß, Bensheim a. d. B. (12. 8. 1963);

ernannt wurde unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit zum/zur Studienrat Studienrätin die Stud.-Assessoren/innen Bruno Eckert, Friedberg (23. 4. 1963); Gottfried Bauer, Friedberg (18. 12. 1962); Hildegard v. Winterfeld, Darmstadt (18. 4. 1963); Erwin Heßler, Offenbach (Main) (18. 4. 1963); Klaus Kötting, Darmstadt (14. 3. 1963); Joachim Schulte, Nidda (4. 4. 1963); Walter Reinfelder, Butzbach (19. 4. 1963); Ruth Zein, Büdingen (16. 4. 1963); Eugen Pohl, Bad Nauheim (19. 4. 1963); Rita Stolz, Bensheim (31. 5. 1963); Marianne Wenck, Darmstadt (18. 4. 1963);

ernannt zum Oberstudienrat zur Oberstudienrätin  
Studienrat Werner Engel, Darmstadt (30. 3. 1963); Studienrätin Dr. Irmgard Kruse, Darmstadt (12. 8. 1963);

## in den Ruhestand versetzt

Oberschullehrerin Maria Reis, Seligenstadt, mit Ablauf des Monats Juli 1963;

**Berufs-, Berufsfach-, Fach- und Ingenieurschulen**

## ernannt

zum Studienassessor (BaP) Assessor i. L. Walter Kühn, Darmstadt (15. 3. 1963);

zum Schulpsychologen und Oberstudienrat Studienrat Max Berg, Offenbach (Main) (29. 5. 1963);

zur apl. Landwirtschaftsoberlehrerin (BaP) apl. Lehrerin (BaW) Katharina Eiler, Darmstadt (14. 3. 1963);

zum Regierungshauptsekretär Regierungsobersekretär Friedrich Keitzer, Textilfachschule Lauterbach (17. 7. 1963); zum Oberstudienrat die Studienräte Karl Baur, Friedberg (6. 7. 1963); Dr. Ewald Meier, Gießen (8. 7. 1963);

## berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit

Fachschuloberlehrer Erich Philipp, Alsfeld (8. 4. 1963); Studienrat Josef Jung, Neu-Isenburg (9. 5. 1963); Studienrat Rainer Schlemmer, Alsfeld (4. 4. 1963); Studienrätin Jutta Hendrick, Groß-Gerau (14. 5. 1963); Studienrätin Gerda Graap, Offenbach (Main) (9. 5. 1963); Studienrat Otto Schmid, Darmstadt (10. 5. 1963); Studienrätin Wiltrud Stiefenhöfer, Darmstadt (27. 5. 1963); Studienrat Herbert Boebes, Offenbach (Main) (5. 6. 1963); Studienrat Horst Schrinner, Alsfeld (29. 5. 1963); Studienrat Hans Dethloff, Lauterbach (6. 6. 1963); Baurat i. t. S. Gerhard Scheper, Darmstadt (29. 5. 1963); Baurat i. t. S. Heinrich Grohe, Darmstadt (26. 7. 1963); Studienrat Helmut Pfeifer, Friedberg (19. 6. 1963); Studienrat Gerhard Müller, Offenbach (Main) (6. 8. 1963); Baurat i. t. S. Heinrich Hassinger, Friedberg (9. 8. 1963); Baurat i. t. S. Paul Tietgen, Friedberg (3. 8. 1963);

## ernannt

zum Fachlehrer unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Probe die Fachlehrer i. A. Erwin Krastel, Lampertheim (24. 5. 1963); Karl Emrich, Darmstadt (24. 5. 1963); zum Studienrat z. A. (BaP) Studienrätin Lore Kramer, Offenbach (Main) (17. 4. 1963); Fachklassenleiter Karl Hofer, Offenbach (Main) (2. 5. 1963);

zum/zur Studienrat/Studienrätin GOL Giesela Helmchen, Darmstadt (5. 6. 1963); GOL Käthe Szilinski, Gießen (22. 6. 1963); Fachschuloberlehrer Dr. Friedrich Schmidt, Gießen (23. 7. 1963);

zum Baurat i. t. S. z. A. (BaP) die Dozenten i. A. Herman Leonhardt, Friedberg (2. 5. 1963); Jürgen Lettner, Gießen (19. 3. 1963); Dr. Heinz Krapp, Friedberg (6. 5. 1963); Kurt Hamerak, Gießen (9. 7. 1963);

zum Oberbaurat i. t. S. (—) die Bauräte i. t. S. Dr. Joachim Kömmnick, Gießen (20. 7. 1963); Erich Golüke, Darmstadt (25. 7. 1963); Wilhelm Ruppert, Darmstadt (22. 7. 1963);

## in den Ruhestand versetzt

Bibliothekarspektor Franz Steiner, bei der Staatl. Volksbüchereistelle Darmstadt, (mit Ablauf des Monats Juli 1963); die Studienräte Willy Jaudt, Alsfeld (mit Ablauf des Monats März 1963); Rudolf Schaarschmidt, Darmstadt (mit Ablauf des Monats März 1963); Johannes Wilsch, Rüsselsheim (mit Ablauf des Monats März 1963); Hermann Klamp, Offenbach (Main) (mit Ablauf des Monats März 1963); Julius Steffen, Friedberg (mit Ablauf des Monats März 1963); Friedrich Kaufmann, Büdingen (mit Ablauf des Monats März 1963);

Fachlehrer Richard Herber, Rüsselsheim (mit Ablauf des Monats März 1963); Studienrätin Therese Göbel, Lampertheim (mit Ablauf des Monats März 1963); Studienrat Richard Riedel, Gießen (mit Ablauf des Monats Juni 1963); Studienrat Georg Schuchmann, Gießen (mit Ablauf des Monats Juni 1963); Studienrat Dr. Hans Groh, Offenbach (Main) (mit Ablauf des Monats April 1963); Studienrätin Martha Hübel, Steinheim (mit Ablauf des Monats April 1963); Studienrätin Liselotte Brand, Friedberg (mit Ablauf des Monats Mai 1963);

## entlassen

Studienrätin Eleonore Grieb, Gießen (mit Ablauf des 15. 6. 1963);

Studienassessor Hansotto Pristaff, Michelstadt (mit Ablauf des Monats März 1963);

**Volksschulen**

## versetzt in andere Dienstbereiche

Schulrat (BaL) Wilhelm Steinbrecher, von Offenbach (Main) nach Dortmund (1. 8. 1963);

Mit Wirkung vom 1. 4. 1962 haben die Rechtsstellung eines Beamten auf Lebenszeit erhalten die Lehrer Wilhelm Becker, Stockstadt (24. 4. 1963); Kurt Borger, Reinheim (13. 4. 1963); Berthold Dyba, Lampertheim (18. 5. 1963);

## ernannt

zum/zur apl. Lehrer(in) (BaW)

die apl. Lehrer(innen) im befr. Beamtenverh. Edeltraud Wilks, Darmstadt-Arheilgen (4. 5. 1963), Brigitte Nix, Münzenberg (10. 5. 1963), Karl-Heinz Kneufel, Jügesheim (21. 6. 1963), Walburga Kauer, Kloppenheim (18. 6. 1963), Edith Heller, Gr.-Rohrheim (29. 5. 1963);

ehem. apl. Lehrerin Gertrud Höhn, Crainfeld (18. 4. 1963); Lehrer i. A. Werner Hostmann, Götzenhain (6. 5. 1963), Richard Rosenberg, Lauterbach (11. 4. 1963); Lehrerinnen i. A. Sigrid Rost, Babenhausen (26. 3. 1963), Roselotte Hermann, Dornheim (26. 6. 1963);

Lehrer i. A. Johannes Günther, Trösel (24. 4. 1963); apl. Lehrer auf Probe Siegfried Radecker, Kölzenhain (29. 5. 1963);

Fachlehrerin Wilhelmine Melzer, Schlitz (15. 5. 1963); apl. Lehrerin Christa Bank, Babenhausen (20. 5. 1963); ehem. Lehrerin Elisabeth Gericke, Dreieichenhain (18. 6. 63); die apl. Lehrer(innen) im befr. Beamtenverh. Heinrich Reitz, Wixhausen (22. 6. 1963), Margret Bayer, Pfungstadt (24. 6. 1963), Gudrun Bauschmann, Groß-Karben (31. 5. 1963), Sigrid Meckert, Friedberg (20. 6. 1963), Karl Claus, Nieder-Wöllstadt (7. 6. 1963), Elisabeth Klein, Pfungstadt (19. 6. 1963), Horst Bingel, Friedberg (7. 6. 1963), Bärbel Knoche, Rödgen (24. 6. 1963), Dietmar Kirchner, Wohnbach (27. 6. 1963), Brigitte Grohgan, Griesheim (22. 6. 1963), Klaus Jänsch, Butzbach (19. 6. 1963), Renate Lehmann, Nieder-Eschbach (26. 6. 1963), Brigitte Schnorr, Gräfenhausen (22. 6. 1963), Rudolf Feldmann, Hahn (22. 6. 1963), Marita Pfeif, Büdesheim (27. 6. 1963), Gerd Kleinheins, Nieder-Eschbach (26. 6. 1963), Hans Koralewski, Zellhausen (25. 6. 1963), Sigrid Etzold, Griesheim (19. 6. 1963), Günther Dauth, Klein-Karben (19. 6. 1963), Irmlind Drabe, Ober-Rosbach (12. 6. 1963), Wolfgang Eckert, Darmstadt (22. 6. 1963), Heinz Burger, Nieder-Ramstadt (25. 6. 1963), Gudrun Preetz, Dorheim (25. 6. 1963), Brigitte Schlatter, Griesheim (12. 6. 1963), Ursula Sirrenberg, Neu-Isenburg (2. 7. 1963), Hannelore Schroth, Langen (5. 7. 1963), Johann Schmalz, Hainstadt (8. 7. 1963), Uta Kalberlah, Langen (10. 7. 1963), Edlind Kolb, Sprendlingen (27. 6. 1963), Josef Holbe, Rockenberg (21. 6. 1963), Ursula Konrad, Kaichen (24. 6. 1963), Winfried Bau, Steinheim (3. 7. 1963), Helene Schiffner, Langen (12. 7. 1963), Ilse Axt, Langen (10. 7. 1963), Gerith Stehmann, Messel (5. 7. 1963); Lehrer i. A. Wolfgang Martin, Darmstadt (11. 6. 1963), Karl Aegner, Jügesheim (7. 5. 1963);

apl. Lehrer(in) im befr. Beamtenverh. Brigitte Fischer, Wixhausen (22. 6. 1963), Otmar Franz, Ockstadt (25. 6. 1963); Hilfslehrerin Elke Hirschler, Lorsch (19. 6. 1963);

apl. Lehrerin Margarete Eckstein, Offenthal (2. 7. 1963); Lehrer i. A. Walter Striebeck, Dietzenbach (27. 5. 1963); apl. Lehrer(innen) im befr. Beamtenverh. Ortrud Heppert, Biebesheim (24. 7. 1963), Inge Gleis, Offenbach (Main) (25. 7. 1963), Klaus Müller, Friedberg (25. 7. 1963); Judith Hauser-Heß, Groß-Bieberau (2. 7. 1963);

apl. Lehrer Horst Klein, Friedberg (6. 8. 1963), Willi Momberger, Harheim (7. 8. 1963), Dieter Berges, Bad Vilbel (18. 6. 1963), Alfons Maurer, Steinheim (3. 7. 1963); Lehrer(innen) i. A. Günter Golka, Ober-Seibertenrod (29. 7. 1963), Brigitte Jährling, Klein-Gerau (30. 7. 1963), Werner Feudtner, Friedberg (30. 7. 1963), Heinrich Fritz, Nieder-Mörle (25. 7. 1963), Günter Jährling, Groß-Gerau (2. 7. 1963)

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit Lehrer(innen) Maria König, Steinfurth (13. 5. 1963), Dietlind Berndt, Friedberg (17. 5. 1963), Roland Stolz, Nieder-Weisel (20. 5. 1963), Martha Pfeiffer, Södel (22. 5. 1963), Liselotte Schattauer, Reichelsheim (18. 5. 1963), Ludwig Meier, Münzenberg (20. 5. 1963);

Realschullehrer Günter Wieland, Bad Vilbel (30. 5. 1963);  
Lehrerin Margret Wamser, Leihgestern (16. 7. 1963);

ernannt unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf  
Lebenszeit

zum Lehrer i. A. Hans Jahn, Gießen (6. 5. 1963);  
zum Lehrer z. Wv. Georg Gensel, Ockstadt (3. 5. 1963);

ernannt

zum Rektor Lehrer Karl-Heinz Ansorg, Alsbach (4. 5. 1963),  
Fritz Zelta, Griesheim (22. 5. 1963), Hans-Georg Beimborn,  
Steinfurth (30. 6. 1963);

Konrektor Norbert Reith, Langen (7. 6. 1963);  
zum Sonderschullehrer Lehrer Wolfgang Hölzer, Gießen  
(11. 5. 1963);

zum Volks- und Realschulkonrektor Realschullehrer Jo-  
hann Geist, Michelstadt (29. 3. 1963), Wilhelm Jung, Darm-  
stadt (10. 6. 1963);

zur Lehrerin (—) apl. Lehrerin Helga Derkum, Hausen  
(16. 5. 1963);

zum Hauptlehrer (—) Lehrer Karl Haas, Steinbach (4. 5.  
1963), August Hensel, Bingenheim (14. 5. 1963), Arno Eich-  
ler, Hambach (21. 6. 1963), Günther Göbel, Villingen (10. 6.  
1963);

zum Konrektor Lehrer Lutz Reichert, Nauheim (28. 6.  
1963), Friedrich Walter, Lorsch (31. 5. 1963);

zum/zur Realschullehrer(in) Lehrer(in) Katharina Dom-  
browski, Seligenstadt (25. 4. 1963), Rudolf Gabriel,  
Seligenstadt (30. 4. 1963), Gerhard Steneberg, Griesheim  
(2. 5. 1963), Walter Appel, Babenhausen (18. 4. 1963), Kurt  
Rieke, Büdingen (30. 4. 1963), Heinz Triebel (Waldmichel-  
bach (18. 4. 1963), Erwin Heindel, Seligenstadt (9. 7. 1963);

unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Probe  
zum Realschullehrer apl. Realschullehrer Günther Rauten-  
strauch, Kelsterbach (18. 5. 1963);

zum Volks- und Realschulrektor Rektor Friedrich Rein-  
holz, Griesheim (24. 4. 1963);

in den Ruhestand versetzt

die Lehrer(innen) Margarete Urban, Offenbach (Main),  
Alfred Hack, Hofheim, Heinrich Fink, Dorheim, Friedrich  
Muhl, Bad Vilbel, Karl Oestreich, Eudorf, Charlotte Meyer,  
Pfungstadt, Maria Röhrs, Darmstadt-Eberstadt, Julius  
Böhm, Gießen-Wieseck, Irene Honisch, Ockstadt, Walter  
Thiele, Kelsterbach, Johannes Hild, Höchst, Margarethe,  
Roth, Hähnlein, Otto Wermuthäuser, Köddingen, Heinrich  
Reinhardt, Butzbach, Hans Reuter, Offenbach (Main), alle  
mit Ablauf des Monats März 1963;

Rektor Curt Petrenz, Schaafheim mit Ablauf des Monats  
März 1963; Rektorin Elisabeth Haag, Harheim, mit Ab-  
lauf des Monats März 1963;

Realschullehrerin Emmi Old, Darmstadt, mit Ablauf des  
Monats März 1963;

Hauptlehrer Arthur Strahl, Klein-Karben, August 1963,  
Lehrer(innen) Wilhelm Kägeboin, Alsbach, März 1963, Al-  
fred Jürgler, Heidelberg, März 1963, Anna Liß, Darmstadt,  
März 1963, Fritz Böhle, Mühlheim, März 1963, Dorothea  
Drumm, Erfelden, März 1963, Paul Töpfer, Reichenbach,  
März 1963, Friedrich Dossow, Seckmauern, Mai 1963, Phi-  
lipp Adloff, Groß-Bieberau, April 1963, Anna Schneider,  
Oberau, Mai 1963, Christel Kowitz, Ginsheim, Juni 1963,  
Heinrich Geiß, Zwingenberg, März 1963;

Hauptlehrer Georg Kraft, Hambach, März 1963, Franz  
Pauer, Gelnhaar, August 1963;

Konrektor Erwin Treutner, Gießen, März 1963;

Rektor Wilhelm Krenkel, Bensheim, Juni 1963;

Realschullehrerin Marianne Müller, Gießen, April 1963;

entlassen

apl. Lehrerin Bärbel Wallick, Walldorf mit Ablauf des  
Monats April 1963;

Realschullehrerin Edith Wülz, Bürstadt, April 1963, Helma  
Gallenkamp, Darmstadt, März 1963;

Lehrerin (BaP) Brigitte Runge, Ober-Mumbach, April 1963,  
apl. Lehrer(innen) Gisela Schwerdtel, Gießen, Mai 1963,  
Manfred Vogel, Langstadt, Mai 1963, Ursula Stürk, Of-  
fenbach (Main), April 1963;

Lehrerin (BaP) Maria Stöckl, Romrod, Juni 1963;

Lehrerinnen (BaL) Hildegard Lansky, Offenbach (Main),  
Juli 1963, Ruth Spieldiener, Goddelau, März 1963;

apl. Lehrerinnen Irmgard Kämmerer, Ohmes, Juli 1963,  
Margarete Simon, Lampertheim, Juni 1963

apl. Lehrer(innen) (BaW) Margarete Eckstein, Offenthal (9. 7.  
1963), Josef Martin, Seibelsdorf (15. 8. 1963); Inge Bürger,  
Weiterstadt mit Ablauf des Monats Juni 1963, Helga  
Grein, Pfungstadt, Juli 1963, Rita Neubohm, Alsfeld,  
September 1963, Helga Sommermeier, Schlitz, Juni 1963.

ernannt

zum/zur Lehrer(in) unter Berufung in das Beamtenver-  
hältnis auf Probe

die Lehrerinnen i. A. Hiltrud Weckler, Heldenbergen  
(17. 4. 1963), Maria Dobner, Kelsterbach (10. 6. 1963);

die apl. Lehrer(innen) Gertrud Hackelberg, Neu-Isenburg  
(29. 4. 1963), Ernst Förster, Offenbach (Main) (18. 4. 1963),

Margret Kuhn, Klein-Welzheim (12. 3. 1963), Katherina  
Brill, Mühlheim (7. 5. 1963), Mechthild Börner, Langen  
(4. 5. 1963), Edith Hillemann, Friedberg (9. 5. 1963), Horst

Grabe, Reichenbach (10. 6. 1963), Georg von Kymmell, Ober-  
Ramstadt (1. 7. 1963), Horst Keller, Griesheim (3. 7. 1963),

Margot Gräßler, Merlau (18. 7. 1963), Helmut Walter, Neu-  
Isenburg (8. 7. 1963), Erwin Lorey, Vadenrod (6. 5. 1963),

Helmut Koch, Etzen-Gesäß (6. 5. 1963), Günther Naumann,  
Homberg (3. 5. 1963), Maria Eickermann, Nieder-Wöllstadt  
(9. 5. 1963), Susanne Merker, Grünberg (2. 5. 1963), Esther-

Ruth Stähler, Weitershain (8. 5. 1963), Wolfgang Dittert,  
Bönstadt (16. 5. 1963), Ewald Möckel, Friedberg (21. 5. 1963),

Theodora Gerlach, Rüsselsheim (18. 5. 1963), Ursula Abt,  
Mühlheim (21. 5. 1963), Erwin Deis, Stammheim (31. 5. 1963),

Joachim Schütz, Hainstadt (31. 5. 1963), Renate Freies-  
leben, Offenbach (Main) (9. 5. 1963), Renate Fecher, Alsfeld  
(18. 6. 1963), Heinz Jende, Nieder-Ofleiden (30. 4. 1963),

Marie-Luise Jörgensen, Mörfelden (10. 6. 1963), Hans-Die-  
ter Reitz, Homberg (22. 6. 1963), Wilhelm Heim, Bad König  
(21. 6. 1963), Dieter Schäfer, Butzbach (10. 5. 1963), Marie-

Luise Hoch, Langen (5. 6. 1963), Rudolf Heil, Nieder-Kinzig  
(29. 5. 1963), Hans Kastner, Alsfeld (26. 6. 1963), Walter

Zimbrich, Dreieichenhain (12. 6. 1963), Liselotte Billasch,  
Bad Nauheim (20. 6. 1963), Dietrich Klosowski, Raunheim  
(21. 5. 1963), Mechthild Schauf, Wixhausen (29. 5. 1963),

Edith Schöwitz, Bad Vilbel (20. 5. 1963), Helmut Grams,  
Angendorf (27. 4. 1963), Gisela Becker, Ober-Abtsteinach  
(4. 6. 1963), Erika Zbikowski, Langen (8. 7. 1963), Emilie

Zelz, Babenhausen (28. 6. 1963).

Darmstadt, 21. 8. 1963

Der Regierungspräsident  
II/1 — 71 08 (1)

## I. im Bereich des Hessischen Ministers für Landwirtschaft und Forsten

Ministerium:

ernannt

zur Regierungsobersekretärin (BaL) Regierungsssekretärin  
Hedwig Brandenstein (26. 7. 1963);

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit  
Regierungslandwirtschaftsrat Ernst Imhof (12. 7. 1963);

in den Ruhestand versetzt

Regierungshauptsekretär Ignaz Kohl, mit Ablauf des Mo-  
nats Juli 1963;

### Landeskulturverwaltung

ernannt

zum Regierungslandwirtschafts-Referendar (BaW) Diol-  
Landwirt Herbert Fiedler, Landeskulturamt Wiesbaden  
(15. 7. 1963);

zu Regierungsoberinspektoren die Regierungsinspektoren  
(BaL) Horst Schmidt, Kulturamt Gießen (16. 7. 1963); Willi  
Sommer, Kulturamt Dillenburg (23. 7. 1963); Artur Krei-  
sel, Kulturamt Hanau (26. 8. 1963); Bernhard Satler, Kul-  
turamt Wiesbaden, Außenstelle Frankfurt a. M. (26. 8.  
1963);

zum Regierungsinspektor apl. Regierungsinspektor (BaP)  
Hans-Jürgen Bolender, Kulturamt Wiesbaden (31. 8. 1963);  
zum Regierungsssekretär apl. Regierungsssekretär (BaP) Ru-  
dolf Lieber, Kulturamt Hanau (22. 7. 1963);

zum apl. Regierungsssekretär (BaP) Regierungsssekretär-  
anwärter Ulrich Seipp, Landeskulturamt (31. 7. 1963);

in den Ruhestand versetzt

Regierungsvermessungsinspektor Friedrich Bott, Kultur-  
amt Hanau, mit Ablauf des Monats August 1963;

Regierungsoberinspektor Hermann Glanz, Kulturamt Darmstadt, mit Ablauf des Monats September 1963;

#### Wasserwirtschaftsverwaltung

ernannt

zum Regierungsbaurat (BaL) Regierungsbauassessor Egon Herzberg, Wasserwirtschaftsamt Dillenburg (27. 8. 1963);  
zum Regierungsbauassessor Assessor im bautechn. Dienst Werner Lehmayr, Wasserwirtschaftsamt Darmstadt (8. 7. 1963);

zum Regierungsbauinspektoranwärter (BaW) Bauingenieur Alfred Schwöbel, Reg.-Präs. Darmstadt (16. 8. 1963);

#### Hess. Landesstelle für Ernährungswirtschaft, Frankfurt (M.)

ernannt

zum Regierungslandwirtsch. Assessor (BaP) landw. Assessor im Angestelltenverhältnis Ernst Gläser, Hess. Landesstelle Frankfurt am Main (27. 8. 1963);

#### Hess. Lehr- und Forschungsanstalt für Wein-, Obst- und Gartenbau in Geisenheim (Rhein)

ernannt

zum Professor Regierungsrat Dipl.-Ing. (BaL) Friedrich Flehr, Hess. Lehr- und Forschungsanstalt Geisenheim am Rhein (7. 8. 1963);

berufen in das Beamtenverhältnis auf Lebenszeit Wissenschaftl. Rat Dr. Hans Robert Bode, Hess. Lehr- und Forschungsanstalt für Wein-, Obst- und Gartenbau in Geisenheim am Rhein (25. 7. 1963);

#### Hessisches Landgestüt in Dillenburg

ernannt

zum Gestütoberwärter Gestütwärter (BaL) Ludwig Runzheimer, Hess. Landgestüt Dillenburg (12. 7. 1963);  
zum Gestütwärter (BaP) Gestüthilfswärter Karl Neidhardt, Hess. Landgestüt Dillenburg (12. 7. 1963);

#### Verwaltung der Staatsweingüter im Rheingau in Eltville

ernannt

zum Weinbauamtmannt Weinbauoberinspektor (BaL) Anton Brömser, Verw. d. Staatsweingüter Eltville (26. 7. 1963).

Wiesbaden, 10. 9. 1963

Der Hessische Minister für Landwirtschaft und Forsten  
PR 1b — 7 o

StAnz. 38/1963 S. 1108

981 DARMSTADT

### Regierungspräsidenten

#### Benennung von Gemeindeteilen im Landkreis Friedberg

Auf Grund des § 12 der Hessischen Gemeindeordnung vom 25. 2. 1952 in der Fassung vom 1. 7. 1960 (GVBl. S. 103) wird der in der Gemeinde Nieder-Erlenbach gelegene Wohnplatz „Hof Kastanienhöhe“ eingerichtet und neu benannt.  
Darmstadt, 9. 9. 1963

#### Der Regierungspräsident

I/2a — 3 k 02/05 (2)

StAnz. 38/1963 S. 1109

### Buchbesprechungen

Gesetz zum Schutze der Jugend in der Öffentlichkeit (Jugendschutzgesetz). Loseblattkommentar von Dr. Gerhard Potrykus, Amtsgerichtsdirektor in Schweinfurt. 2., durchgesehene und vermehrte Auflage. 1963. XVI, 400 S. 8°. In Leinenordner 27,50 DM. Verlag C. H. Beck, München und Berlin.

Die 1. Auflage dieses Kommentars des bekannten Jugend- und Vormundschaftsrichters war 1954 erschienen. Inzwischen ist das Gesetz zum Schutze der Jugend in der Öffentlichkeit (die gebräuchliche Kurzbezeichnung „Jugendschutzgesetz“ ist nicht amtlich) auf Grund der bei der praktischen Anwendung gewonnenen Erfahrungen geändert worden und gilt nunmehr in der Fassung des Gesetzes vom 27. Juli 1957. Damit war die 1. Auflage des Kommentars weitgehend überholt, und der Verfasser hat sich mit Recht der Mühe unterzogen, den Kommentar gründlich zu überarbeiten und — was Gesetzgebung, Rechtsprechung und Schrifttum betrifft — auf den neuesten Stand zu bringen. Die neue Auflage berücksichtigt insbesondere das Bundesgesetz zum Schutze der arbeitenden Jugend vom 9. 8. 1960 und das neue Jugendwohlfahrtsgesetz vom 11. 8. 1961.

Während die 1. Auflage neben dem Kommentar zum Jugendschutzgesetz auch noch die Kommentierung des Gesetzes über die Verbreitung jugendgefährdender Schriften (sogenanntes Schund- und Schmutzgesetz) enthielt, hat der Verfasser es „aus praktischen Gründen“ für zweckmäßig gehalten, diese Verbindung jetzt aufzugeben und die beiden Gesetze gesondert zu kommentieren. Die — bereits mit dem Erscheinen der 2. Auflage des Kommentars zum „Schund- und Schmutzgesetz“ Anfang 1963 vollzogene — Trennung hat sicherlich einiges für sich; sie hat aber zweifellos auch ihre Nachteile für den Benutzer, der auf beide Kommentare angewiesen ist. Uneingeschränkt zu begrüßen ist indessen, daß die 2. Auflage (beider Kommentare übrigens) als Loseblattausgabe erscheint.

Nachdem es nun schon eine ganze Reihe von Erläuterungswerken von Potrykus zu jugendrechtlichen Gesetzen gibt, kann man zum Lobe des hier angezeigten Werkes kaum etwas Treffenderes sagen als: wieder ein typischer Potrykus. Das will heißen: unverkennbar aus der Feder eines erfahrenen Praktikers und für Praktiker, d. h. alle diejenigen, die das Gesetz anzuwenden haben, geschrieben. In klarer, allgemein verständlicher Sprache bringt Potrykus hier seinen Lesern die Ziele des Gesetzes und den Sinn der einzelnen Vorschriften nahe. Erfreulich, daß die Kommentierung der meisten Bestimmungen mit einer Darstellung der Entstehungsgeschichte und der allgemeinen Gesichtspunkte beginnt. Wo Zweifelsfragen auftauchen — und das ist nicht gerade selten der Fall —, beschränkt sich der Verfasser nicht auf die Wiedergabe seiner eigenen Auffassung, sondern führt auch die Gegenmeinungen und ihre Gründe an. Potrykus orientiert sich bei seiner Ausdeutung und Auslegung der gesetzlichen Vorschriften und Tat-

bestandsmerkmale ganz deutlich an der Zielrichtung des Gesetzes. Gelegentlich allerdings scheint er mir hierin etwas zu weit zu gehen, so z. B. wenn er in Anmerkung 9 zu § 7 die Auffassung vertritt, nach dem klaren Wortlaut dieser Bestimmung sei Minderjährigen unter 18 Jahren die Teilnahme am Fußballtoto ebensowenig gestattet wie am Zahlenlotto. M. E. ist diese Ansicht durch den Wortlaut des § 7 Abs. 1 Nr. 2 des Gesetzes gerade nicht mehr gedeckt, sondern stellt eine unzulässige extensive Auslegung dar. Wenn Potrykus in der Anmerkung 2 zu § 11 („Dieses Gesetz gilt nicht für verheiratete Jugendliche“) meint, von den Vorschriften des Gesetzes seien in gleicher Weise jugendliche Ehemänner und Ehefrauen ausgenommen, so ist das zumindest unscharf formuliert. Denn jugendliche (d. h. zwischen 14 und 18 Jahre alte) Ehemänner gibt es nach deutschem Recht nicht, weil nach § 1 Abs. 2 des Ehegesetzes der Mann mindestens 18 Jahre alt sein muß, um heiraten zu können. § 11 des Jugendschutzgesetzes kann deshalb ausschließlich für jugendliche Ehefrauen Bedeutung erlangen, wie Potrykus selbst im folgenden ausführt. Daß der Verfasser in diesem Zusammenhang zweimal vom „Ehehindernis der Ehemündigkeit“ spricht, ist zweifellos nur ein sprachlicher Lapsus, denn die Ehemündigkeit ist natürlich kein „Ehehindernis“, sondern im Gegenteil die Voraussetzung für die rechtliche Fähigkeit, eine Ehe einzugehen.

Es versteht sich, daß diese kleinen Beanstandungen nicht geeignet sind, den Wert des Kommentars zu beeinträchtigen. Die Erläuterungen sind durchweg von großer Prägnanz und Überzeugungskraft. Die Übersichtlichkeit der sehr ausführlichen Kommentierung wird vielfach durch eine vorangestellte „Gliederung der Bemerkungen“ noch erhöht. Rechtsprechung und Schrifttum sind bis zum Stichtag 1. März 1963 ausgewertet.

Im Anhang sind die für die Praxis außerordentlich bedeutsamen Durchführungsvorschriften der Länder, darunter der Gemeinsame Runderlaß des Hessischen Ministers für Arbeit, Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen und des Hessischen Ministers des Innern vom 24. 3. 1960 (StAnz. S. 526), sowie die Grundsätze der Freiwilligen Selbstkontrolle der Filmwirtschaft abgedruckt.

Der Kommentar wird allen mit der Anwendung des Jugendschutzgesetzes befaßten Personen, Dienststellen und Behörden eine wertvolle Hilfe sein; seine Anschaffung kann uneingeschränkt empfohlen werden.

Landgerichtsdirektor Gottwald

Der örtliche Luftschutzleiter. Herausgegeben von Kauf — Müller — Haas. Loseblattsammlung. Format DIN A 5. Plastikordner mit Prägung und Mechanik. Grundwerk/Ordner 29 DM. Seitenpreis für Ergänzungslieferungen 8 Pf. Deutscher Fachschriften-Verlag Braun & Co., Wiesbaden-Dotzheim.

Das Werk wendet sich in erster Linie an den örtlichen Luftschutzleiter mit dem Ziel, ihm als dem leitenden Gemeindebeamten die praktische Arbeit auf dem gesamten Gebiet des zivilen Bevölke-

rungsschutzes und der zivilen Notstandsplanung zu erleichtern. Zu diesem Zweck kommt die Loseblattsammlung insofern zur rechten Zeit, als auf die örtlichen Luftschutzleiter in zunehmendem Maße Aufgaben aus dem Gebiet des zivilen Bevölkerungsschutzes zukommen, die sich mit dem Inkrafttreten der Notstandsgesetze noch erheblich vermehren werden. Die Sammlung enthält eine umfassende Zusammenstellung der für einen örtlichen Luftschutzleiter wichtigen Gesetze, Verordnungen Verwaltungsvorschriften, Richtlinien und Anordnungen sowie einen Teil wichtiger Erlasse des Bundesministers des Innern. Sie schließt damit eine auf diesem Verwaltungsgebiet bestehende Lücke im Schrifttum. Sie wird daher nicht nur für den örtlichen Luftschutzleiter, sondern für alle auf dem Gebiet des zivilen Bevölkerungsschutzes Tätigen von Interesse sein.

Die Verfasser haben die zahlreichen Vorschriften, Richtlinien und Anordnungen in vier große Teile untergliedert.

In Teil I (Gesetzliche Grundlagen) sind nur die wichtigsten Gesetze und Verordnungen abgedruckt und zum Teil erläutert. Bei der Kommentierung des 1. ZBG beschränken sich die Verfasser im wesentlichen auf summarische Erläuterungen der einzelnen Abschnitte des Gesetzes. Da das Werk nach den Wünschen der Verfasser nicht nur für den örtlichen Luftschutzleiter bestimmt ist, sondern bei allen an dieser Materie interessierten Verwaltungsstellen Verwendung finden soll, wäre es wünschenswert, wenn die Erläuterungen zum 1. ZBG ergänzt und präzisiert würden. Probleme, die einer Kommentierung bedürfen, sind in den Jahren seit Erlaß dieses Gesetzes genügend entstanden.

Teil II (Anleitung für den örtlichen Luftschutzleiter) ist der für den Luftschutzleiter wichtigste Abschnitt. Neben einer umfangreichen Liste von Verordnungen, Richtlinien und Anordnungen werden für einige Aufgabengebiete, zu deren besseren Verständnis nähere Erläuterungen in Form von Anleitungen und Mustern gegeben. Da ein Inhaltsverzeichnis noch nicht vorhanden ist, wäre es wünschenswert, wenn die zahlreichen verschiedenen Vorschriften und Anordnungen zum besseren Auffinden entweder alphabetisch oder in der zeitlichen Reihenfolge ihres Erscheinens aufgeführt würden.

In Teil III, dem baulichen Luftschutz vorbehalten, sind noch keine Vorschriften abgedruckt. Ergänzungslieferungen zu einigen Teilgebieten sind angekündigt und sollen noch im Laufe dieses Jahres erscheinen.

Für Teil IV, zivile Notstandsplanungen, werden außer dem abgedruckten Bundesleistungsgesetz und einer hierzu ergangenen Rechtsverordnung wesentliche Ausführungen und Erläuterungen erst nach dem Inkrafttreten der Notstandsgesetze erscheinen können. Das Werk kann allen kommunalen und staatlichen Behörden und Dienststellen sowie den Hilfsorganisationen, soweit sie im zivilen Bevölkerungsschutz tätig sind, empfohlen werden.

Regierungsrat Handwerk

**Reichsversicherungs-Ordnung.** 44. Auflage, bearbeitet von Karl Klöpfer, Oberverwaltungsrat beim Landesverband der Ortskrankenkassen Württemberg-Baden, 1963, XVI und 767 Seiten. In Leinen 13,20 DM. Verlag W. Kohlhammer, Stuttgart.

Die Reichsversicherungsordnung ist schwer anzuwenden. Sie ist so oft geändert worden, daß der jeweils geltende Text nicht immer zuverlässig ermittelt werden kann (s. den Hinweis im StAnz. 1959 Seite 635). Eine große Anzahl von Nebenbestimmungen ergänzen die RVO. So sollen allein 1961 über 100 Gesetze und Verordnungen ergangen sein, die für die Anwendung der RVO bedeutsam sind (s. den Hinweis im StAnz. 1962 S. 622). Daher kommt einer umfassenden Vorschriftensammlung des Sozialversicherungsrechts besondere Bedeutung zu. Bemüht sich eine solche Sammlung um Vollständigkeit, so muß sie einen gewaltigen Umfang annehmen, was die von Eckert besorgte Ausgabe der Sozialversicherungsgesetze beweist (vgl. z. B. StAnz. 1957 S. 581 und 1960 S. 1489). Eine besondere Kunst ist es, unter solchen Umständen eine Textausgabe zusammenzustellen, die so umfassend ist, daß man möglichst viele Fälle mit ihrer Hilfe bearbeiten kann, ohne auf andere Fundstellen zurückgreifen zu müssen, die zugleich aber auch nur so wenig bringt, daß sie handlich und erschwinglich bleibt. Die in der Reihe der Kohlhammerschen Gesetzestexte herausgegeben Ausgabe, die sogenannte grüne RVO, kombinierte diese beiden schwer miteinander zu vereinbarenden Ziele in glücklicher Weise. Dies und den daraus für die Praxis fließenden großen Nutzen haben Besprechungen früherer Auflagen bestätigt (StAnz. 1953 S. 336; 1961 S. 1470). Die Ausgabe hat sich in der Praxis gut bewährt.

Von dieser grünen RVO ist soeben eine neue Auflage erschienen, die vierundvierzigste. In ihr ist vor allem das Unfallversicherungsneuregelungsgesetz vom 30. 4. 1963 (BGBl. I S. 241) eingearbeitet worden. Auch das Sachverzeichnis ist gründlich überarbeitet. Auf ergänzende Vorschriften und Erlasse — erfreulicherweise auch der Länder — ist häufig mit Angabe der Fundstelle hingewiesen.

Die zwischenstaatlichen Regelungen über die Soziale Sicherheit sind auf S. 39 ff. angeführt. Durch viele solcher Hinweise ist über den Textabdruck hinaus weiteres Material erschlossen. Es fällt nur auf, daß beim ersten Renten Anpassungsgesetz (RAG) auf S. 713 zwar auf das zweite und dritte RAG hingewiesen wurde, nicht aber auf das vierte und fünfte RAG (vom 20. 12. 1961 — BGBl. I S. 2009 — und vom 21. 12. 1962 — BGBl. I S. 764).

Diese handliche und inhaltsreiche Sammlung wird auch weiterhin der Praxis gute Dienste leisten. Oberregierungsrat Dr. Reub

**Bundesversorgungsgesetz.** Ergänzungslieferung August 1963. 3. Ergänzungslieferung zur 7. Auflage. 86 S. auf Dünndruckpapier. 2,40 DM. Verlag C. H. Beck, München und Berlin.

Die neueste Ergänzungslieferung für die zuletzt im StAnz. 1962 Seite 265 besprochene Textausgabe des Versorgungsrechts bringt die Texte eines neuen Gesetzes (Nr. 8: Gesetz über die Gewährung einer einmaligen Überbrückungszulage an Kriegssopfer für das Jahr 1962 vom 21. 12. 1962, BGBl. I S. 763), zweier neuer Verordnungen (Nr. 72: Zuständigkeitsverordnung vom 20. 5. 1963, BGBl. I S. 367; Nr. 151: Gleichstellungsverordnung zu § 3 HfIG vom 1. 8. 1962, BGBl. I S. 545) sowie zweier alter Verordnungen, die für den Bereich des Versorgungsrechts bedeutsam geblieben sind (Nr. 25: Verordnung über die soziale Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge vom 8. 2. 1919; Nr. 43: Verordnung über Vergünstigungen für Kriegsbeschädigte im öffentlichen Personenverkehr vom 23. 12. 1943; RGBl. 1944 I S. 5).

Die Folgeänderungen, die die genannten Bestimmungen mit sich gebracht haben, sind allenthalben berücksichtigt. Auf die landesrechtlichen Durchführungsbestimmungen ist hingewiesen. Auch die Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts zu § 27 Kriegsgefangenenentschädigungsgesetz sind erwähnt, allerdings nur unter Angabe des im Bundesgesetzblatt veröffentlichten Tenors. Hier wie auch sonst in Textausgaben sollte daneben auch angegeben werden, wo die Entscheidungsgründe veröffentlicht sind.

Mit dieser Ergänzungslieferung ist die handliche und praktische Textausgabe auf den Stand der Gesetzgebung vom August 1963 gebracht. Oberregierungsrat Dr. Reub

**Bundessozialhilfegesetz mit Durchführungsverordnungen.** Textausgabe mit Vorwort, Einführung und Sachverzeichnis von Willy Hoppe, Regierungsdirektor im Niedersächsischen Sozialministerium, 2. Auflage 1963, 152 S., kart. 4,80 DM. Verlag Otto Schwartz & Co., Göttingen.

Die bereits im StAnz. 1962 S. 446 besprochene Textausgabe von Hoppe ist nunmehr in 2. Auflage erschienen. Seit der 1. Auflage dieser Textausgabe sind die Durchführungsverordnungen zu den §§ 22, 76, 81 Abs. 1 Nr. 1 und 88 Abs. 2 Nr. 8 des Bundessozialhilfegesetzes ergangen. Sie sind in die vorliegende 2. Auflage übernommen worden. Das Sachverzeichnis wurde entsprechend erweitert.

Das Erscheinen einer 2. Auflage dieser sehr brauchbaren und handlichen Textausgabe wird in der Praxis zweifellos sehr begrüßt werden. Oberregierungsrat Dr. Jost

**Bundemanteltarifvertrag für Arbeiter gemeindlicher Verwaltungen und Betriebe.** Komm. von Reg.-Dir. Ottheinz Scheuring und OI Heinz Willers. 3. Ergänzungslieferung. 150 S., 12,80 DM. Verlag für Verwaltungspraxis Franz Rehm KG, München.

Nach der 2. Ergänzungslieferung vom 1. 4. 1963 ist alsbald die 3. Ergänzungslieferung zu dem obigen Standardwerk erschienen. Sie berücksichtigt den Stand bis zum 1. 7. 1963 und enthält u. a. auch den Bundeslohntarifvertrag Nr. 11 vom 17. 5. 1963 und den Bundeslohntarifvertrag für Haus- und Küchenpersonal vom gleichen Tage.

**Lastenausgleich.** Kommentar von Rudolf Harmening. 25. Lieferung. Verlag C. H. Beck, München und Berlin.

Durch die Weiterentwicklung auf dem Gebiet des Lastenausgleichs ergibt sich immer wieder die Notwendigkeit, die einschlägigen Bestimmungen zu ergänzen und zu ändern. Damit sie nicht zu unübersichtlich werden, sind in gewissen Abständen Neufassungen geboten. Die vorliegende Lieferung enthält in der Hauptsache die wichtigsten Neufassungen der letzten Zeit. Sie betreffen insbesondere die Weisung über die Erfüllung des Anspruchs auf Hauptentschädigung (HE-Weisung) nebst den Durchführungsbestimmungen dazu (HE-DB), beide vom 1. Februar 1963, die Durchführungsbestimmungen zur Weisung über Leistungen zur Milderung von Härten (DB-Härtefonds) vom 22. August 1962 sowie das Sammelrundschreiben zum Verfahren im Lastenausgleich vom 15. August 1962. Auf dem Gebiet der Schadensfeststellung ist in diesem Zusammenhang die 16. Verordnung zur Durchführung des Feststellungsgesetzes (16. FeststellungsDV) vom 14. Januar 1963 betreffend das Fischereivermögen erwähnenswert.

Die sonst übliche Vervollständigung der Rechtsprechung ist offenbar bis zur nächsten Lieferung zurückgestellt. Ministerialrat Loch

Die hier besprochenen Bücher können durch den Verlag Kultur und Wissen GmbH, Abt. Buchvertrieb, Wiesbaden, Herrnmühlgasse 11A, zu Originalpreisen bezogen werden.

# Öffentlicher Anzeiger

ZUM „STAATS-ANZEIGER  
FÜR DAS LAND HESSEN“

1963

Montag, den 23. September 1963

Nr. 38

## Veröffentlichungen

2618

Einziehung eines Gemeindeweges in der Ortslage Rothwesten, Gemarkung Rothwesten, Landkreis Kassel, Regierungsbezirk Kassel

Der in der Ortslage Rothwesten, Gemarkung Rothwesten, gelegene Weg, Flur 3, Flurstück 69/10, in Größe von 113 qm, ist für den Verkehr durch eine Neuparzellierung und Verkauf eines Grundstückes, entbehrlich geworden. Er verliert mit Ablauf des 15. 12. 1963 die Eigenschaft eines öffentlichen Weges und wird eingezogen (§ 6 des Hess. Straßengesetzes [HStrG] vom 9. 10. 1962, GVBl. Seite 437).

Rechtsbehelfsbelehrung: Gemäß § 6 des HStrG vom 9. 10. 1962 wird dieses Vorhaben veröffentlicht mit der Aufforderung, etwaige Einsprüche bei Vermeidung des Ausschlusses innerhalb dieser Zeit bei der unterzeichneten Behörde geltend zu machen.

Der Plan liegt im Bürgermeistersamt während der Dienststunden zu jedermanns Einsicht offen.

3501 Rothwesten, 10. 9. 1963

Der Gemeindevorstand

## Gerichtsangelegenheiten

2619 Aufgebote

6 F 9/63 — Aufgebot: Der Landwirt Karl Koppert in Jugenheim, Stettbacher Tal 2, hat das Aufgebot zur Ausschließung des Gläubigers der im Grundbuch von Jugenheim, Band 15, Blatt 714 in Abt. III Nr. 1 für den Kaufmann Abraham Simon in Frankfurt (Main) eingetragenen Hypothek von 3500,— Reichsmark, verzinslich zu 6 v. H. jährlich, gemäß § 1170 BGB beantragt.

Der Gläubiger wird aufgefordert, spätestens in dem auf Dienstag, den 3. Dezember 1963 um 9 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht auf Zimmer 203 anberaumten Aufgebotstermin seine Rechte anzumelden, widrigenfalls seine Ausschließung erfolgen wird.

614 Bensheim, 13. 9. 1963

Amtsgericht

2620

5 F 4/63 — Aufgebot: Die Braunschweig-Hannoversche Hypothekenbank in Hannover 1, Landschaftsstraße 8, hat gem. § 1162 BGB das Aufgebot zum Zwecke der Kraftloserklärung des angeblich in Verlust geratenen Hypothekenbriefes über die im Grundbuch von Haiger, Band 64, Blatt 2333 in Abt. III lfd. Nr. 1 zu ihren Gunsten eingetragene Darlehnshypothek in Höhe von 10 000,— DM (i. W.: zehntausend Deutsche Mark) nebst 7 $\frac{1}{2}$  v. H. Jahreszinsen seit dem 10. Oktober 1960, beantragt.

Der Inhaber der Urkunde wird aufgefordert, spätestens in dem auf den 30. April 1964 um 11 Uhr, vor dem Amtsgericht Dillenburg, Zimmer 109, anberaum-

ten Aufgebotstermin seine Rechte anzumelden und die Urkunde vorzulegen, widrigenfalls die Urkunde für kraftlos erklärt wird.

634 Dillenburg, 4. 9. 1963 Amtsgericht

2621

F 4/63 — Aufgebot: Die Eheleute Bundesbahnbetriebsaufseheranwärter Josef Leiacker und Anneliese, geb. Jakob, Rothenkirchen, Prozeßbevollmächtigter: RA Heinemann, Hünfeld, haben das Aufgebot zur Ausschließung der Miteigentümer, lfd. Nr. 47, der im Grundbuch von Rothenkirchen, Blatt 238, eingetragenen Grundstücke beantragt.

Die im Grundbuch eingetragenen Miteigentümer zu  $\frac{1}{4}$ -Anteilen, Eheleute Heinrich Jakob und Dorothea, geb. Schellhaas, in Rothenkirchen, werden aufgefordert, spätestens in dem auf den 4. Dezember 1963 um 9 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht, Zimmer 11, anberaumten Aufgebotstermin ihre Rechte anzumelden, widrigenfalls ihre Ausschließung erfolgen wird.

6418 Hünfeld, 23. 7. 1963

Amtsgericht

2622

F 14/63 — Aufgebot: Die in Gütergemeinschaft lebenden Eheleute Schienenschweißer Peter Eidam und Margarethe Elfriede, geb. Wenk, Mansbach, vertreten durch Rechtsanwalt Heinemann, Hünfeld, haben das Aufgebot zur Ausschließung der Miteigentümer,

lfd. Nr. 18, der im Grundbuch von Mansbach, Band 9, Artikel 238, eingetragenen Grundstücke, Gemarkung Mansbach, Flur Nr. 16, Flurstück 17, Wiese, An der Mühlgasse, 7,96 Ar; Flur 8, Flurstück 67/3, Garten, Am Baumgarten, 7,88 Ar; Flur Nr. 15, Flurstück 61, Acker, An der Mansbach, 18,30 Ar; Flur 2, Flurstück 44, Holzung, Der Hainrain, 6,15 Ar; Flur 2, Flurstück 43/1, Ackerland, Hutung, Der Hainrain, 211,82 Ar; Flur 6, Flurstück 4/1, Ackerland, Hutung, Vorm Dörberg, 271,43 Ar; Flur 1, Flurstück 70/3, Grünland, Vor den Beersträuchen, 39,09 Ar; und der Miteigentümer

lfd. Nr. 18, des im Grundbuch von Soisdorf, Band 5, Artikel 131, eingetragenen Grundstücks, Gemarkung Soisdorf, Flur 5, Flurstück 48, Hutung, Am Lohn, 302,39 Ar, beantragt.

Die im Grundbuch eingetragenen Miteigentümer zu einem Achtundsiebzigstel, Eheleute Schachtarbeiter Jakob Wenk und Margarete, geb. Orthin, Mansbach, zu je  $\frac{1}{2}$ , werden aufgefordert, spätestens in dem auf den 4. Dezember 1963 um 9 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht, Zimmer 11, anberaumten Aufgebotstermin ihr Recht anzumelden, widrigenfalls ihre Ausschließung erfolgen wird.

6418 Hünfeld, 7. 8. 1963

Amtsgericht

2623 Güterrechtsregister

Neueintragung

GR 179 — 30. 8. 1963: Die Eheleute Hilfsarbeiter Helmut Valentin und Otti-

lie, geb. Eckhard, in Albshausen, Kreis Wetzlar, haben durch notariellen Vertrag vom 6. Juli 1963 Gütertrennung vereinbart.

6333 Braunfels, 10. 9. 1963 Amtsgericht

2624

Neueintragung

GR 266 — 10. 9. 1963: Adam Rosenthal, Probenehmer in Ransbach, Breitenstr. 14, und Katharina geb. Göttlich.

Durch Vertrag vom 22. August 1963 ist Gütergemeinschaft vereinbart.

643 Bad Hersfeld, 10. 9. 1963 Amtsgericht

2625

GR 250 — 9. 9. 1963: Eheleute Metzgermeister Ludwig Wege und Rosemarie, geborene Sulzbach, in Lixfeld.

Durch Vertrag vom 1. August 1963 ist Gütertrennung vereinbart.

356 Biedenkopf, 9. 9. 1963 Amtsgericht

2626

Neueintragung

GR 267 — 10. 9. 1963: Herrmann Manfred Max, techn. Zeichner in Schenklingfeld, Hünfelder Straße 1, und Anne Elfriede geb. Henkel.

Durch Vertrag vom 23. August 1963 ist Gütergemeinschaft vereinbart.

643 Bad Hersfeld, 10. 9. 1963 Amtsgericht

2627

Neueintragung

GR 77: Eheleute Friseurmeister Otto Edmund Wenz und Silvia Regina, geb. Mazur, in Camberg.

Durch Vertrag vom 21. August 1963 ist Gütertrennung vereinbart.

6277 Camberg, 11. 9. 1963

Amtsgericht Limburg (Lahn)  
Zweigstelle Camberg (Taunus)

2628

GR 1000 — 13. August 1963: Die Eheleute Edmund Klimach, Koch, und Maria, geb. Wloschinski, beide in Darmstadt, haben durch Vertrag vom 12. Juni 1963 Gütergemeinschaft vereinbart.

GR 1001 — 16. August 1963: Die Eheleute Georg Schmidt, Kaufmann, und Wilma, geb. Rummel, beide in Darmstadt, haben durch Vertrag vom 29. Mai 1963 Gütertrennung vereinbart.

GR 1002 — 26. August 1963: Die Eheleute Heinrich Deutsch, Kaufmann, und Edith, geb. Schwind, beide in Darmstadt, haben durch Vertrag vom 9. August 1963 Gütertrennung vereinbart.

GR 1003 — 27. August 1963: Die Eheleute Karl Deutsch, Kaufmann, und Elisabeth, geb. Beißmann, beide in Darmstadt, haben durch Vertrag vom 9. August 1963 Gütertrennung vereinbart.

GR 1004 — 3. September 1963: Die Eheleute Werner Dittrich, Ingenieur, und Gerlinde, geb. Römer, in Hahn bei Pfungstadt, haben durch Vertrag vom 16. August 1963 Gütertrennung vereinbart.

GR 1005 — 6. September 1963: Die Eheleute Georg Messer, Kaufmann, und Margarete, geb. Haller, beide in Darmstadt-Eberstadt, haben durch Vertrag vom 19. August 1963 Gütergemeinschaft vereinbart.

GR 1006 — 6. September 1963: Die Eheleute Johannes Georg Merlau, Bankdirektor, und Anna Maria, geb. Henneemann, beide in Darmstadt-Arheilgen, haben durch Vertrag vom 30. Juli 1963 Gütertrennung vereinbart.

61 Darmstadt, 12. 9. 1963

Amtsgericht, Abt. 8

## 2629

73 GR 6298 a: Kaufmann Gerhart Rübeler und Marion, geb. Gaebelin, Frankfurt (Main), Sp. 1 : 2.

Durch Ehevertrag vom 2. Juli 1963 ist die Zugewinnngemeinschaft vereinbart.

73 GR 10 071: Dr. med. dent. Wolfgang Lypius und Karin Christa, geb. Tamm, Frankfurt (Main).

Durch Ehevertrag vom 10. Juli 1963 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 10 072: Straßenbahnfahrer Daniel Ley und Maria, geb. Schnepf, Frankfurt (Main).

Durch Ehevertrag vom 6. Juli 1963 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 10 073: Architekt Gottfried Franz Busse und kaufmännische Angestellte Renate, geb. Gluth, Frankfurt (Main).

Durch Ehevertrag vom 9. Juli 1963 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 10 074: Kaufmann Richard Schwanefeldt und Lotte Karoline, geb. Hambach, Frankfurt (Main).

Durch Ehevertrag vom 10. Juli 1963 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 10 075: Kaufmann Rolf Eberhard Hesse und Gisela Cäcilia Maria, geb. Arnold, Frankfurt (Main).

Durch Ehevertrag vom 15. Juli 1963 ist Gütertrennung vereinbart und die Schlüsselgewalt der Ehefrau ausgeschlossen.

73 GR 10 076: Kaufmann Ingo Kuehner und Karin, geb. Preihslar, Frankfurt am Main.

Durch Ehevertrag vom 29. April 1963 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 10 077: Kaufmann Heinz Kupfernagel und Erika, geb. Hofacker, Frankfurt am Main.

Durch Ehevertrag vom 3. Juli 1963 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 10 078: Technischer Angestellter Heinrich Werner Remsperger und Margot, geb. Ried, Frankfurt (Main).

Durch Ehevertrag vom 2. Juli 1963 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 10 079: Kaufmännischer Angestellter Werner Ernst Erich Sander und Margarete, geb. Seifert, Frankfurt am Main.

Durch Ehevertrag vom 11. Juli 1963 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 10 080: Metzgermeister Franz Omphalius und Hilde, geb. Scheja, Frankfurt (Main).

Durch Ehevertrag vom 15. Mai 1963 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 10 081: Maschinenschlosser Kurt Schelhas und Ruth, geb. Wagner, Birschofshelm, Kreis Hanau.

Durch Ehevertrag vom 21. Juli 1963 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 10 082: Pianist Robert William Schück-Kolben und Erika, geb. Menzer, Frankfurt (Main).

Durch Ehevertrag vom 28. Juni 1963 ist der gesetzliche Güterstand der Zugewinnngemeinschaft ausgeschlossen.

73 GR 10 083: Grafiker Horst Emil Ottomar Brandt und Erika Maria, geb. Kauer, Frankfurt (Main).

Durch Ehevertrag vom 18. Juli 1963 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 10 084: Kaufmann Georg Arthur Meyhöfer und Melanie Katharina, geb. Schum, Frankfurt (Main).

Durch Ehevertrag vom 20. Juli 1963 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 10 085: Diplomkaufmann Horst Setzer und Doris, geb. Kammel, Frankfurt (Main).

Durch Ehevertrag vom 12. Juli 1963 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 10 086: Kaufmann Werner Prinz und Christa, geb. Neidhardt, Frankfurt am Main.

Durch Ehevertrag vom 1. August 1963 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 10 087: Feuerwehrmann Werner Lückel und Inge, geb. Leiser, Hofheim (Taunus).

Durch Ehevertrag vom 26. Juli 1963 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 10 088: Dr. Ingenieur Karl Heinrich Maier und Emmi Auguste, geb. Sohn, Frankfurt (Main).

Durch Ehevertrag vom 1. Juli 1963 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 10 089: Kraftfahrzeugmechaniker Wolfgang Lassner und Ingrid, geb. Lehmann, Frankfurt (Main).

Durch Ehevertrag vom 23. Juli 1963 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 10 090: Handelsvertreter Erich Joseph Britzl und Elisabeth Anna, geb. Linse, Frankfurt (Main).

Durch Ehevertrag vom 2. November 1961 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 10 091: Kaufmann Romano Guarnaccia und Ursula, geb. Holzapfel, Frankfurt (Main).

Durch Ehevertrag vom 12. August 1963 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 10 092: Friseurmeister Paul Christmann und Katharina, geb. Will, Frankfurt (Main).

Durch Ehevertrag vom 15. August 1963 ist Gütertrennung vereinbart.

73 GR 10 093: Karosseriespengler Karl Wilhelm Manfred Blanke und Marianne, geb. Reutlinger, Frankfurt (Main).

Durch Ehevertrag vom 12. Juni 1963 ist Gütertrennung vereinbart.

6 Frankfurt (Main), 11. 9. 1963

Amtsgericht — Abt. 73

## 2630

GR 249 — 4. September 1963: Speditionskaufmann Alfons Hunecke und Margarete, geb. Lautz, in Groß-Umstadt.

Durch notariellen Ehevertrag vom 6. 7. 1963 ist Gütertrennung vereinbart.

6114 Groß-Umstadt, 4. 9. 1963 Amtsgericht

## 2631

GR 242: Eheleute Bäckermeister Heinrich Ross und Irmtraud Erna, geb. Herchenhan, in Burghaun, Kreis Hünfeld.

Durch Vertrag vom 13. August 1963 ist Gütertrennung vereinbart.

6418 Hünfeld, 2. 9. 1963

Amtsgericht

## 2632

GR 235: Eheleute Kaufmann Dieter Sandt und Lore, geb. Niemi, beide wohnhaft in Oberzeuzheim, Kreis Limburg an der Lahn, Friedensstraße 13.

Durch Vertrag vom 5. Juni 1963 ist Gütertrennung vereinbart.

6253 Hadamar, 4. 9. 1963

Amtsgericht

## 2633

GR 147: Kraftfahrzeugmeister Wilhelm Noll und dessen Ehefrau Anna Gertraude-Margarete, geb. Gombert, Kirchhain, Bez. Kassel, Danziger Straße.

Durch Vertrag vom 13. Juli 1963 ist Gütertrennung vereinbart.

357 Kirchhain (Bez. Kassel), 4. 9. 1963

Amtsgericht

## 2634

### Neueintragung

16 GR 704 — 5. 9. 1963: Adolf Friebertshäuser, Fuhrunternehmer, und Anna Margarete Friebertshäuser, geb. Jung, beide wohnhaft in Marburg, Weidenhäuser Str. Nr. 63a.

Durch Ehevertrag vom 14. August 1963 ist der gesetzliche Güterstand der Zugewinnngemeinschaft aufgehoben worden.

355 Marburg, 5. 9. 1963

Amtsgericht

## 2635

GR 130: Die Eheleute Heinrich Grandhomme, Schreinermeister, und Annemarie, geb. Rollmann, in Schotten haben durch Vertrag vom 4. September 1963 Gütertrennung vereinbart.

6479 Schotten, 9. 9. 1963

Amtsgericht

## 2636

### Neueintragung

GR 218 — 10. 9. 1963: Herbert Ohly, Bauunternehmer in Grävenwiesbach im Taunus, und Kitty Marianne, geb. Heindaselbst, haben durch Ehevertrag vom 26. 6. 1963 Gütertrennung vereinbart.

639 Usingen (Ts.), 10. 9. 1963

Amtsgericht

## 2637

### Neueintragung

GR 217 — 10. 9. 1963: Willfried Max Fischer, Schreiner in Usingen im Taunus, und Amanda Margarete, geb. Kisselbach, daselbst, haben durch Ehevertrag vom 9. 8. 1963 Gütertrennung vereinbart.

639 Usingen (Ts.), 10. 9. 1963

Amtsgericht

## 2638

5 GR 496 — Druckereikaufmann Karl Hans Scharfe und Gudrun, geb. Kniepert, Wetzlar.

Durch notariellen Vertrag vom 19. Juli 1963 ist Gütertrennung vereinbart.

5 GR 497 — Eheleute Postfacharbeiter Berthold Zimmermann und Else, geb. Keßler, Hohensolms, Kreis Wetzlar.

Durch notariellen Vertrag vom 1. August 1963 ist Gütergemeinschaft vereinbart. Die Verwaltung des Gesamtgutes steht dem Ehemann zu.



5 GR 498 -- Schuhmacher Johann Ponkrat und Anneliese, geb. Deiß, Wetzlar.

Durch notariellen Vertrag vom 18. Juni 1963 ist Gütergemeinschaft vereinbart. Der Ehemann verwaltet das Gesamtgut.

5 GR 499 -- Maurer Robert Veit und Maria, geb. Kraus, Hermannstein, Kreis Wetzlar.

Durch notariellen Vertrag vom 29. Juni 1963 ist Gütergemeinschaft vereinbart. Die Verwaltung des Gesamtgutes steht dem Ehemann zu.

633 Wetzlar, 13. 9. 1963 **Amtsgericht**

**2639 Nachlaßsachen**  
**Beschluß**

22 VI 104/63: Die **Nachlaßverwaltung** wird hinsichtlich des Nachlasses des am 22. Dezember 1962 verstorbenen Heinrich Valentin Koch unter gleichzeitiger Aufhebung der Nachlaßpflegschaft angeordnet und der Häusermakler Karl Hahn aus Gießen, Keplerstraße 9, zum Nachlaßverwalter bestimmt.

63 Gießen, 14. 8. 1963 **Amtsgericht**

**2640 Vereinsregister**

VR 136 -- 10. 9. 1963: Verein für Jugend- und Erwachsenenhilfe Biedenkopf im Diakonischen Werk in Hessen und Nassau.

Sitz: Biedenkopf (Lahn).  
356 Biedenkopf, 10. 9. 1963 **Amtsgericht**

**2641**

VR 549 -- 27. August 1963: Verein: Aktion Oder-Neiße. Sitz: Darmstadt.  
61 Darmstadt, 12. 9. 1963

**Amtsgericht, Abt. 8**

**2642**

**Neueintragung**

VR 13 -- 13. 9. 1963: KK-Schützenverein 1927 Altenbrunlar, Sitz: Altenbrunlar.

3582 Felsberg, 13. 9. 1963  
**Amtsgericht Melsungen**  
**Zweigstelle Felsberg**

**2643 Neueintragungen**

Mit dem Sitz in Frankfurt (Main)

73 VR 3548 -- 2. 8. 1963: Carneval-Club Blau-Rot.

73 VR 3549 -- 2. 8. 1963: Förderungsgesellschaft Afrika e. V.

73 VR 3550 -- 7. 8. 1963: Entscheidung.

73 VR 3551 -- 7. 8. 1963: Güteschutzgemeinschaft für oberirdische Heizöllagerbehälter.

73 VR 3552 -- 14. 8. 1963: Arbeitsgemeinschaft Grobgarnindustrie in der Bundesrepublik.

73 VR 3553 -- 23. 8. 1963: Verkaufsführerakademie.

73 VR 3554 -- 26. 8. 1963: Go-Kart-Club von Deutschland.

73 VR 3555 -- 27. 8. 1963: Verein für Jugend- und Erwachsenenhilfe Frankfurt am Main-Nied im Diakonischen Werk in Hessen und Nassau.

73 VR 3556 -- 28. 8. 1963: Bund der katholischen Katholiken in Deutschland Druva.

73 VR 3557 -- 30. 8. 1963: Sudendeutsche Turngemeinde in der SL (Sudendeutsche Landsmannschaft) zu Frankfurt am Main und Umgebung.

\*

73 VR 3435 -- 30. 8. 1963: Spanischer Kreis Centro Espanol, Frankfurt (Main). Der Verein ist aufgelöst.

73 VR 2878 -- 19. 8. 1963: Gesellschaft der Freunde des Fernsehens, Frankfurt am Main. Der Verein ist aufgelöst.

73 VR 3205 -- 12. 8. 1963: Bundeshauptverband landwirtschaftlicher Lohnunternehmerverbände, Frankfurt (Main). Der Verein hat auf die Rechtsfähigkeit verzichtet.

6 Frankfurt (Main), 11. 9. 1963  
**Amtsgericht -- Abt. 73**

**2644**

**Neueintragung**

VR 34: In das Vereinsregister ist heute folgendes eingetragen worden:

Tennisclub Gedern mit dem Sitz in Gedern.

6474 Ortenberg (Oberhessen), 5. 9. 1963  
**Amtsgericht**

**2645**

VR 62 -- 9. September 1963: Verein für Jugend- und Erwachsenenhilfe Lauterbach, e. V. im Diakonischen Werk in Hessen und Nassau -- Sitz: Lauterbach (Hessen).

Der Vorstand besteht aus 1 Person.  
642 Lauterbach (Hessen), 12. 9. 1963

**Amtsgericht**

**2646**

**Neueintragung**

VR 63 -- 12. Sept. 1963: Schlachthausbetriebsgesellschaft Lauterbach e. V. Sitz: Lauterbach (Hessen).

Der Vorstand besteht aus vier Personen.

642 Lauterbach (Hessen), 12. 9. 1963  
**Amtsgericht**

**2647**

**Neueintragung**

5 VR 94: In unser Vereinsregister wurde heute eingetragen: Kegelsportverein Viernheim, gegr. 1951, mit dem Sitz in Viernheim.

684 Lampertheim, 10. 9. 1963 **Amtsgericht**

**2648 Vergleiche -- Konkurse**

6 N 5/52: Das **Konkursverfahren** über das Vermögen des Kaufmanns Wilhelm Müller, Eschwege, ist mangels weiterer Masse gemäß § 204 KO eingestellt worden.

344 Eschwege, 12. 9. 1963 **Amtsgericht**

**2649**

6 N 15/52: Das **Konkursverfahren** über das Vermögen der Musikinstrumentengenossenschaft „Amati“ eGmbH, Eschwege, ist nach Abhaltung des Schlußtermins aufgehoben worden.

344 Eschwege, 12. 9. 1963 **Amtsgericht**

**2650**

**Beschluß**

81 N 225/61: Das **Konkursverfahren** über das Vermögen des Kaufmanns Ru-

dolf Macura, Frankfurt (Main), Hans-Sachs-Straße 9, wird nach abgehaltenem Schlußtermin hiermit aufgehoben.

6 Frankfurt (Main), 4. 9. 1963  
**Amtsgericht -- Abt. 81**

**2651**

**Beschluß**

81 N 208/56: In dem **Konkursverfahren** über das Vermögen des Kaufmanns Heinrich Wendel, Hofheim (Taunus), Lorsbacher Straße 66, wird an Stelle des verstorbenen Konkursverwalters, RA Alfred Glimm, der RA Wolfgang Glimm, Hofheim (Taunus), Lorsbacher Straße 1, Tel.: 06192/632, zum Konkursverwalter ernannt.

Zur Beschlußfassung über die Beibehaltung des ernannten oder Wahl eines anderen Verwalters sowie zur Abnahme der Schlußrechnung, wird Termin auf Freitag, den 11. Oktober 1963 um 10.20 Uhr, vor dem Amtsgericht Frankfurt (Main), Große Friedberger Straße 7-11, V. Stock, Zimmer 507, bestimmt.

6 Frankfurt (Main), 12. 9. 1963  
**Amtsgericht, Abt. 81**

**2652**

**Beschluß**

81 N 47/55: Das **Konkursverfahren** der Deutschen Bau-Union GmbH, Hoch-, Tief- und Ingenieurbau, Frankfurt am Main, Fahrgasse 89, und Frankenberg (Eder), wird nach Abhaltung des Schlußtermins hiermit aufgehoben.

Für die Gläubigerausschußmitglieder wurden a) Vergütung und b) Auslagen wie folgt festgesetzt:

1. RA v. Baer, Ffm., a) 280 DM, b) 12,70 Deutsche Mark;

2. Herr A. Prager, Kelsterbach, a) 285 Deutsche Mark, b) 26 DM,

3. RA Dr. Voigt, Wiesbaden, a) 310 DM, b) 81 DM, und

4. RA Dr. Kowalsky, Offenbach, a) 265 Deutsche Mark, b) 27,80 DM.

6 Frankfurt (Main), 5. 9. 1963  
**Amtsgericht -- Abt. 81**

**2653**

**Beschluß**

81 N 57/61: In dem **Konkursverfahren** über das Vermögen der Stella-Film GmbH & Co., Filmverleih KG, Frankfurt (Main), Kaiserstraße 73, wird der Konkursverwalter Rechtsanwalt Curt Crössmann, Frankfurt (Main), Goetheplatz 9, auf seinen Antrag aus seinem Amt entlassen.

Zum Konkursverwalter wird Rechtsanwalt E. Gerhardt, Frankfurt (Main), Bleichstraße 50a, Tel. 29 30 04, ernannt.

Zur neuen Hinterlegungsstelle wird die Commerzbank, Frankfurt (Main), Filiale Eschenheimer Turm, bestimmt.

Zur Beschlußfassung über die Beibehaltung des ernannten oder Wahl eines anderen Verwalters sowie zur Abnahme der Schlußrechnung des entlassenen Verwalters wird Termin auf Freitag, den 11. Oktober 1963 um 10 Uhr, vor dem Amtsgericht Frankfurt (Main), Große Friedberger Straße 7-11, V. Stock, Zimmer Nr. 507, bestimmt.

6 Frankfurt (Main), 11. 9. 1963  
**Amtsgericht -- Abt. 81**

**2654**

**Beschluß**

81 N 118/63: Das **Konkursverfahren** über den Nachlaß des am 8. 10. 1962 verstorbenen Hans-Joachim Wegener, zuletzt

wohnhaft gewesen Frankfurt/Main, Eppsteiner Straße 1, wird nach Abhaltung des Schlußtermins hiermit aufgehoben.

6 Frankfurt (Main), 6. 9. 1963  
Amtsgericht, Abt. 81

**2655****Beschluß**

81 N 195/62: Das Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Klaus Mahlau in Frankfurt (Main), Heinrich-Bleicher-Straße 42, Inhaber der Firma Klaus Mahlau, Großhandlung für bautechnische Kunststoffe, Frankfurt (Main), Mühlgasse 3, Ecke Leipziger Straße, wird mangels einer den Kosten des Verfahrens entsprechenden Masse eingestellt; § 204 KO.

Die Vergütung des Konkursverwalters wird auf 1000,— DM, seine Auslagen werden auf 134,20 DM festgesetzt.

6 Frankfurt (Main), 9. 9. 1963  
Amtsgericht, Abt. 81

**2656**

81 N 291/61: In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Verlags für Land- und Forstwirtschaft Gesellschaft mit beschränkter Haftung — in Liquidation — Liquidator: Stadtoberinspektor Werner Schröder, Frankfurt (Main), Kaiserstr. 75, ist zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen Termin auf den 4. Okt. 1963, um 8.50 Uhr, vor dem Amtsgericht in Frankfurt (Main), Gr. Friedberger Straße 7—11, V. Stock, Zimmer Nr. 507, anberaumt.

6 Frankfurt (Main), 11. 9. 1963  
Amtsgericht, Abt. 81

**2657****Beschluß**

81 N 109/63: In dem Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Joachim Barndt KG, Lichtspieltheater, Frankfurt/Main, Weißfrauenstraße 12—16, wird eine Gläubigerversammlung auf Freitag, den 11. Oktober 1963, um 9.30 Uhr, vor dem Amtsgericht Frankfurt/Main, Große Friedberger Straße 7—11, V. Stock, Zimmer 507, anberaumt.

Tagesordnung: Erörterung der weiteren Konkursabwicklung.

6 Frankfurt (Main), 11. 9. 1963  
Amtsgericht, Abt. 81

**2658**

5 VN 2/63 — Vergleichsverfahren: Die Inhaberin der handelsgerichtlich nicht eingetragenen Firma Margit Erna Leister, Textilmaschinen, Fulda, Horaserweg 4, hat am 11. September 1963 die Eröffnung des Vergleichsverfahrens zur Abwendung des Konkurses beantragt.

Vorläufiger Verwalter ist der Diplom-Kaufmann Kurt Asmus, Fulda, Friedrichstraße 8.

64 Fulda, 13. 9. 1963  
Amtsgericht, Abt. 5

**2659**

50 N 42/58: In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Fleischermeisters Ernst Greiner, Kassel, Friedrich-Ebert-Straße 85, Inhaber der eingetragenen Firma gleichen Namens, jetzt in Hamburg-Farmsen, Zamenhofweg 4a, ist zur Abnahme der Schlußrechnung, zur Anhörung der Gläubiger über die Erstattung

der Auslagen und die Gewährung einer Vergütung an die Mitglieder des Gläubigerausschusses sowie zur Verhandlung und Abstimmung über den Zwangsvergleichsvorschlag des Gemeinschuldners Termin auf den 16. Oktober 1963, um 8.00 Uhr, vor dem Amtsgericht Kassel, Eugen-Richter-Straße 4, Zimmer 96, anberaumt worden.

Der Vergleichsvorschlag und die Erklärung des Gläubigerausschusses sind auf der Geschäftsstelle der Abteilung 50 des Amtsgerichts Kassel zur Einsicht der Beteiligten niedergelegt.

35 Kassel, 12. 9. 1963  
Amtsgericht

**2660**

6 N 8/62: In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Bauingenieurs Alfred Michaelis, Limburg/Lahn, Alleininhaber der handelsgerichtlich eingetragenen Firma Alfred Michaelis, Bautischlerei, Innenausbau und Palettenbau, sowie Baugeschäft in Limburg/Lahn, Frankfurter Straße 49, wird Termin zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen auf Montag, den 7. Oktober 1963, um 15.30 Uhr, vor dem hiesigen Amtsgericht, Zimmer 14, anberaumt.

625 Limburg (Lahn), 9. 9. 1963  
Amtsgericht

**2661****Beschluß**

7 N 78/59: In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Otto Metzler, Offenbach/Main, Tulpenhofstr. 33, wird Termin zur Gläubigerversammlung bestimmt auf Freitag, den 11. Oktober 1963, um 9.30 Uhr, Zimmer 37, I. Stock.

Tagesordnung: a) Beschlußfassung gem. § 134 Ziff. 1 KO; b) nachträglicher Prüfungstermin.

605 Offenbach (Main), 12. 9. 1963  
Amtsgericht, Abt. 7

**2662**

7 N 44/63: In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Ewald Rollberg, Fuhr- und Baggerbetrieb in Offenbach (Main), Geleitsstraße 79, hat der Konkursverwalter angeregt, das Verfahren gemäß § 204 KO einzustellen.

In der Gläubigerversammlung vom 2. Oktober 1963 soll auch die Anhörung gemäß § 204 KO erfolgen.

605 Offenbach (Main), 6. 9. 1963  
Amtsgericht, Abt. 7

**2663**

7 N 62/63 — Anschlußkonkursverfahren: Der Antrag des Fleischkaufmanns Werner Esselborn, Frankfurt/Main, Friedrichstraße 13, Alleininhaber der Fa. Werner Esselhorn, Fleischimport, in Offenbach (Main), Schlachthof, Buchhügelallee 2, über sein Vermögen das Vergleichsverfahren zur Abwendung des Konkurses zu eröffnen, wird abgelehnt. Zugleich wird gem. §§ 19, 102 der Vergl.-O. heute, am 6. 9. 1963, um 14.30 Uhr, das Anschlußkonkursverfahren über das Vermögen des Antragstellers eröffnet.

Konkursverwalter: Gerichtstaxator Carl Polkin, Offenbach/Main, Frankfurter Str. Nr. 56—62, Tel.: 8 25 94.

Konkursforderungen sind bis zum 24. Oktober 1963 bei dem Gericht in dop-

peller Ausfertigung und mit den bis zum Tage der Konkurseröffnung ausgerechneten Zinsen anzumelden. Die in dem Vergleichsverfahren vorgenommenen Anmeldungen können im Konkursverfahren nicht berücksichtigt werden.

Erste Gläubigerversammlung mit der Tagesordnung des § 132 KO Freitag, den 25. Oktober 1963, um 10.30 Uhr und Prüfungstermin: Freitag, den 8. November 1963, um 9.30 Uhr, vor dem unterzeichneten Gericht, Kaiserstr. 16, I. Stock, Zimmer 37. Offener Arrest und Anzeigepflicht bis 24. Oktober 1963.

605 Offenbach (Main), 6. 9. 1963  
Amtsgericht, Abt. 7

**2664**

3 VN 1/63 — Vergleichsverfahren: Über das Vermögen des Bauingenieurs Wilhelm Hermann Friedrich, Heckholzhäuser Oberlahnkreis, Neue Siedlung, Inhaber der unter diesem Namen betriebenen Bauunternehmung, wird heute, am 12. September 1963, um 10 Uhr, das Vergleichsverfahren zur Abwendung des Konkurses eröffnet.

Der Rechtsanwalt Dr. Hofmann in Funkel/Lahn wird zum Vergleichsverwalter ernannt. Ein Gläubigerbeirat wird nicht bestellt.

Termin zur Verhandlung über den Vergleichsvorschlag wird auf den 10. Oktober 1963, um 10 Uhr, vor dem Amtsgericht Runkel/Lahn, Langgasse 4, Sitzungssaal, anberaumt.

Die Gläubiger werden aufgefordert, ihre Forderungen alsbald zweifach, Zinsen mit dem bis zur Eröffnung errechneten Betrag, anzumelden.

Der Antrag auf Eröffnung des Verfahrens nebst seinen Anlagen und das Ergebnis der Ermittlungen sind auf der Geschäftsstelle zur Einsicht der Beteiligten niedergelegt.

6251 Runkel (Lahn), 12. 9. 1963  
Amtsgericht

**2665****Beschluß**

62 N 25/63: Die auf Grund des Antrags auf Eröffnung des Konkurses über das Vermögen

1. der Firma Mihotrans, Hoztransit GmbH in Wiesbaden, Richard-Wagner-Straße 28.

2. des Kaufmanns Manfred Derflinger in Wiesbaden, An den Quellen 10, im Beschluß vom 10. Juni 1963 angeordneten Sicherungsmaßnahmen werden aufgehoben, da das Konkursverfahren nicht eröffnet worden ist.

62 Wiesbaden, 5. 9. 1963  
Amtsgericht

**2666****Beschluß**

62 N 51/56: Das Konkursverfahren über das Vermögen der Firma Schmitz OHG, Großeinrichtungen für Hotels und Theater, Polsterwaren, Möbel, Teppiche in Wiesbaden, Bismarckring 32, früher Biebricher Allee 109, wird nach Abhaltung des Schlußtermins aufgehoben.

62 Wiesbaden, 9. 9. 1963  
Amtsgericht

## Zwangsversteigerungen

**Sammelbekanntmachung.** Ist ein Recht im Grundbuch nicht oder erst nach dem Versteigerungsvermerk eingetragen, muß der Berechtigte es anmelden, bevor das Gericht im Versteigerungstermin zum Bieten auffordert, und auch glaubhaft machen, wenn der Gläubiger widerspricht. Sonst wird das Recht im geringsten Gebot nicht berücksichtigt, und erst nach dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten befriedigt.

Die Gläubiger werden aufgefordert, alsbald spätestens zwei Wochen vor dem Termin eine Berechnung der Ansprüche — getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten — einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann dies auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle erklären.

Wer berechtigt ist, die Versteigerung des Grundstücks oder seines Zubehörs (§ 55 ZVG) zu verhindern, kann das Verfahren aufheben oder einstweilen einstellen lassen, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Versäumt er dies, tritt für ihn der Versteigerungserlös an Stelle des Grundstücks oder seines Zubehörs.

### 2667

K 14/63: Das im Grundbuch von Leun, Band 55, Blatt 630, eingetragene Grundstück,

Nr. 2, Gemarkung Leun, Flur 21, Flurstück 25, Hof- und Gebäudefläche Untere Bachstr. 92, Größe 1,43 Ar,

soll am Mittwoch, den 11. 12. 1963, um 9 Uhr, im Gerichtsgebäude, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden. Eingetragene Eigentümer am 10. Juni 1963 (Tag des Versteigerungsvermerks): Invalide Karl Pfeifer und dessen Ehefrau Maria, geb. Lommel, in Leun, zu je 1/2.

Der Wert des Grundstücks wird nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 25 600,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

6333 Braunfels, 5. 9. 1963 **Amtsgericht**

### 2668

K 1/63: Das im Grundbuch von Braunfels, Bezirk Niederbiel, Band 37, Blatt Nr. 418, eingetragene Grundstück

Nr. 3, Gemarkung Niederbiel, Flur 8, Flurstück 233/1, Hof- und Gebäudefläche Kirchgrabenwiese, Größe 4,23 Ar,

soll am Mittwoch, den 4. Dez. 1963, um 9 Uhr, im Gerichtsgebäude, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 2. April 1963 (Tag des Versteigerungsvermerks):

Eheleute Finanzbeamter Eduard Reinl und Wilhelmine, geb. Mühlich, in Niederbiel zu je 1/2.

Der Wert des Grundstücks wird nach § 74a Abs. 5 ZVG auf 62 000 DM festgesetzt.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

6333 Braunfels, 5. 9. 1963 **Amtsgericht**

### 2669

K 6/63: Die im Grundbuch von Leun, a) Band 22, Blatt 76; b) Band 44, Blatt 290; c) Band 47, Blatt 391, eingetragenen Grundstücke zu a)

Nr. 16, Gemarkung Leun, Flur 22, Flurstück 16, Hof- u. Gebäudefläche, Hauptstraße 45, Größe 25,13 Ar;

Nr. 18, Gemarkung Leun, Flur 24, Flurstück 1, Ackerland, Im Seifelsand, 8,53 Ar;

Nr. 19, Gemarkung Leun, Flur 35, Flurstück 115, Grünland, Martinswies, 11,24 Ar; zu b)

Nr. 6, Gemarkung Leun, Flur 33, Flurstück 79, Ackerland, Grünland, Schäferburg, 59,67 Ar; zu c)

Nr. 2, Gemarkung Leun, Flur 21, Flurstück 45, Gartenland, Vorm Obertor, 2,90 Ar, sollen am Mittwoch, dem 15. Januar 1964 um 9 Uhr im Gerichtsgebäude durch Zwangsvollstreckung zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 29. März 1963 (Tag des Versteigerungsvermerks): zu a) Eheleute Lehrer Wilhelm Bender und Luise geb. Dietz in Leun, in Errenschaftsgemeinschaft, zu b) dto. zu je 1/2 Idealanteil, zu c) Lehrer Wilhelm Bender in Leun.

Der Wert der Grundstücke wird nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt für Flur 22, Flurstück 16 auf 29 000,— DM; Flur 24, Flurstück 1 auf 4200,— DM; Flur 35, Flurstück 115 auf 500,— DM; Flur 33, Flurstück 79 auf 600,— DM; Flur 21, Flurstück 45 auf 200,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

6333 Braunfels, 5. 9. 1963 **Amtsgericht**

### 2670

#### Beschluß

6 K 4 — 5/62: Die im Grundbuch von Waldkappel a) Band 51, Blatt 585, b) Band Nr. 53, Blatt 644, eingetragenen Grundstücke, Gemarkung Waldkappel,

a) lfd. Nr. 1, Flur 23, Flurstück 267/1, Grünland, die Stockwiesen, 3,82 Ar,

b) lfd. Nr. 1, Flur 23, Flurstück 6, Hof- und Gebäudefläche und Gartenland, unter dem Galgenrain, 17,07 Ar,

sollen am Mittwoch, 16. Oktober 1963, um 9.30 Uhr, im Gerichtsgebäude, Eschwege, Bahnhofstraße 30, Zimmer 109, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 1. August 1962 (Tag des Versteigerungsvermerks):

zu a) Lokomotivführer Konrad Ludovici, Kassel, Reuterstr. 17,

zu b) Lokomotivführer Konrad Ludovici und Ehefrau Katharine, geb. Möller, Kassel, Reuterstr. 17, je zu 1/2.

Der Wert der Grundstücke ist nach § 74a Abs. 5 ZVG zu a) auf 150,— DM, zu b) auf 13 570,— DM festgesetzt worden.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

344 Eschwege, 9. 9. 1963 **Amtsgericht**

### 2671

K 32/62: Die im Grundbuch von Ockstadt, Band 20, Blatt 1248, eingetragenen Grundstücke, sämtlich Gemarkung Ockstadt

lfd. Nr. 1, Flur II, Flurstück 409, Lieg.-B. Nr. 995, Ackerland (Obstbaumstück), Schornberg, Größe 7,51 Ar,

lfd. Nr. 2, Flur III, Flurstück 352/1, Lieg.-Buch Nr. 995, Ackerland (Obstbaumstück), die Pfarracker, Größe 5,15 Ar;

lfd. Nr. 3, Flur VIII, Flurstück 34, Lieg.-Buch Nr. 995, Ackerland, Krummgewann, Größe 22,72 Ar;

lfd. Nr. 4, Flur X, Flurstück 154, Lieg.-B. Nr. 995, Grünland, im fetten Grund, Größe 7,26 Ar;

lfd. Nr. 5, Flur X, Flurstück 302, Lieg.-B. 995, Ackerland, auf der Speck, Größe 17,08 Ar;

lfd. Nr. 6, Flur XIII, Flurstück 188, Lieg.-Buch Nr. 995, Ackerland (Obstbaumstück), am Hollerrain, Größe 7,67 Ar;

lfd. Nr. 7, Flur XIII, Flurstück 293, Lieg.-Buch 995, Ackerland, im Wingert, Größe 16,69 Ar;

lfd. Nr. 8, Flur I, Flurstück 643, Lieg.-Buch 995, Geb.-Buch 233, Hof- u. Gebäudefläche, Hintergasse 3, Größe 1,44 Ar;

lfd. Nr. 9, Flur I, Flurstück 646, Lieg.-Buch 995, Geb.-Buch 223, Hof- und Gebäudefläche, Hintergasse 3, Größe 0,85 Ar;

lfd. Nr. 10, Flur II, Flurstück 715, Lieg.-Buch 995, Ackerland (Obstbaumstück), auf der Haide, Größe 3,75 Ar;

lfd. Nr. 11, Flur VIII, Flurstück 133, Lieg.-Buch 995, Ackerland, auf dem Bock, Größe 16,32 Ar;

lfd. Nr. 12, Flur VI, Flurstück 143, Lieg.-Buch Nr. 995, Ackerland, am Ober-Wöllstädter Weg, Größe 14,01 Ar;

lfd. Nr. 13, Flur II, Flurstück 69, Lieg.-Buch Nr. 995, Ackerland, Hollerweisen, Größe 2,12 Ar;

sollen am Freitag, 8. Nov. 1963 um 9 Uhr im Gerichtsgebäude, Friedberg/Hessen, Kaiserstraße 96, Zimmer 27, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 10. Dez. 1962 (Tag des Versteigerungsvermerks): Regina Margarethe Dönges, geb. Griedelbach, Ehefrau des Büroangestellten Wilhelm Georg Dönges, Ockstadt.

Der Wert der Grundstücke wird nach § 74a Absatz 5 ZVG festgesetzt bzgl. a) lfd. Nr. 1 auf 751,— DM, b) lfd. Nr. 2 auf 412,— DM, c) lfd. Nr. 3 auf 3408,— Deutsche Mark, d) lfd. Nr. 4 auf 726,— Deutsche Mark, e) lfd. Nr. 5 auf 2562,— Deutsche Mark, f) lfd. Nr. 6 auf 767,— DM, g) lfd. Nr. 7 auf 2503,50 DM, h) lfd. Nr. 8 auf 5720,— DM, i) lfd. Nr. 9 auf 7425,— Deutsche Mark, k) lfd. Nr. 10 auf 187,50 Deutsche Mark, l) lfd. Nr. 11 auf 2448,— Deutsche Mark, m) lfd. Nr. 12 auf 2101,50

Deutsche Mark, n) lfd. Nr. 13 auf 212,— Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistreibungen“ wird hingewiesen.

636 Friedberg (Hessen), 14. 8. 1963

Amtsgericht

### 2672

K 7/62: Das im Grundbuch von Reichelsheim, Band 6, Blatt 452, eingetragene Grundstück,

Nr. 3, Gemarkung Reichelsheim, Flur Nr. 1, Flurstück 277, Lieg.-B. 49, Geb.-B. Nr. 110, Hof- und Gebäudefläche, Bingenheimer Str. 57, Größe 18,93 Ar,

soll am Freitag, dem 15. Nov. 1963, um 9 Uhr, im Gerichtsgebäude, Friedberg (Hessen), Kaiserstraße 96, Zimmer 27, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümer am 19. Febr. 1962 (Tag des Versteigerungsvermerks): a) Bopp, Friedrich, Müller, Reichelsheim, zu 1/2, b) Bopp, Hella, geb. Kranich, Friedberg, zu 1/2.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74 a Abs. 5 ZVG festgesetzt auf 24 000 Deutsche Mark.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistreibungen“ wird hingewiesen.

636 Friedberg (Hessen), 26. 8. 1963

Amtsgericht

### 2673

5 K 7/62: Das im Grundbuch von Eichenzell, Bezirk Fulda, Band 18, Blatt Nr. 646, eingetragene Grundstück,

lfd. Nr. 1, Gemarkung Eichenzell, Flur Nr. 9, Flurstück 47/18, Bauplatz, im Streich, 8,28 Ar,

soll am 6. November 1963, um 10 Uhr, im Gerichtsgebäude Fulda, Königstr. 38, Zimmer 34, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 15. Februar 1962 (Tag des Versteigerungsver-

merks): Kaufmann Horst Kram in Eichenzell.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistreibungen“ wird hingewiesen.

64 Fulda, 9. 9. 1963 Amtsgericht

### 2674

#### Beschluß

K 3/63 — Zwangsvolleistreibung: Die im Grundbuch von Höchst/Odw., Band 18, Blatt 940, eingetragenen Grundstücke lfd. Nr. 2, Gemarkung Höchst, Flur 1, Flurstück 641, Hof- und Gebäudefläche Bahnhofstraße 16, Größe 3,19 Ar;

lfd. Nr. 4, Gemarkung Höchst, Flur 1, Flurstück 642/1, Gartenland, Bahnhofstr., 9,73 Ar,

sollen am Dienstag, dem 18. 2. 1964, um 14 Uhr, im Gerichtsgebäude Höchst (Odenwald), Schulstraße 2, Sitzungssaal, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragene Eigentümerin am 15. 5. 1963 (Tag des Versteigerungsvermerks) Frau Emmi Göttmann, Höchst/Odw.

Der Wert der Grundstücke wird nach § 74a Absatz 5 ZVG unter Zugrundelegung der ortsgewöhnlichen Schätzung wie folgt festgesetzt: lfd. Nr. 2: 30 650 Deutsche Mark, lfd. Nr. 4: 2920,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistreibungen“ wird hingewiesen.

6128 Höchst (Odw.), 9. 9. 1963

Amtsgericht

### 2675

7 K 12/63: Zwangsvolleistreibung: Zum Zwecke der Aufhebung der Gemeinschaft soll das im Grundbuch von Offenbach am Main, Band 62, Blatt 1591, z. Z. der Eintragung des Versteigerungsvermerks (15. 3. 1963) auf die Namen Hansmann-Erben eingetragene Grundstück

lfd. Nr. 3, Gemarkung Offenbach/Main, Flur 22, Nr. 60/1, L.B. 559, Hof- und Gebäudefläche, Feldstraße 93, Größe 7,72 Ar, am Donnerstag, dem 10. Oktober 1963, um 9 Uhr, durch das unterzeichnete Gericht, Kaiserstr. 16, Zimmer 38, versteigert werden.

Der Wert des Grundstücks ist nach § 74a Abs. 5 ZVG durch rechtskräftigen Beschluß vom 20. 6. 1963 festgesetzt auf 200 000,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistreibungen“ wird hingewiesen.

605 Offenbach (Main), 6. 9. 1963

Amtsgericht, Abt. 7

### 2676

#### Beschluß

4 K 9/63: Die im Grundbuch von Wasenberg, Band 24, Blatt 637, eingetragenen Grundstücke

lfd. Nr. 6, Gemarkung Wasenberg, Flur Nr. 8, Flurstück 108 3, Lieg.-B. 343, Hof- und Gebäudefläche, aufm Trisch, Haus Nr. 121, Größe, 1,94 Ar.

lfd. Nr. 7, Gemarkung Wasenberg, Flur Nr. 8, Flurstück 108 6, Garten, aufm Trisch, Größe 1,81 Ar;

lfd. Nr. 8, Gemarkung Wasenberg, Flur Nr. 8, Flurstück 108 7, Hof- und Gebäudefläche, aufm Trisch, Haus Nr. 181, Größe 0,56 Ar.

sollen am 14. November 1963, um 9 Uhr im Gerichtsgebäude Treysa, Steinkautsweg 2, Sitzungssaal, durch Zwangsvollstreckung versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 8. Juli 1963 (Tag des Versteigerungsvermerks): Versicherungsinspektor Heinrich Geisel, geb. am 4. 9. 1921, wohnhaft in Wasenberg.

Der Wert der Grundstücke ist durch Beschluß des Amtsgerichts Treysa vom 27. 7. 1963 nach § 74a Abs. 5 ZVG festgesetzt.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsvolleistreibungen“ wird hingewiesen.

3578 Treysa, 9. 9. 1963

Amtsgericht

### 2677

#### Beschluß

2 K 28 62: Die im Grundbuch v. Breuna, Band 35, Blatt 1603, eingetragenen Grundstücke

lfd. Nr. 4, Gemarkung Breuna, Flur 34, Flurstück 1, Lieg.-B. 478, Ackerland, überm Klaushof, 64,10 Ar;

## Vordrucke

ZUR

**Gewerbeanmeldung A**

**Gewerbeummeldung B**

**Gewerbeabmeldung C**

Die vorgeschriebenen Vordrucke A, B und C gemäß Erlaß des Hessischen Ministers für Wirtschaft und Verkehr vom 19. Dezember 1961 R3-4 B25-1601/61 StAnz. 5/1962 S 122 halten wir vorrätig und liefern auf schriftliche Bestellung:

(1 Vordrucksatz A od. B od. C umfaßt 2 Blatt Normalpapier und 7 Blatt Dünndruckpapier)

Mindestabnahme:

5 Sätze = DM 7,50

10 Sätze = DM 13,50

25 Sätze = DM 29,50

50 Sätze = DM 48,—

100 Sätze = DM 80,—

250 Sätze = DM 180,—

zuzüglich Versandkosten.

Bei Bestellung bitten wir um genaue Angabe, wieviel Sätze vom Vordruck A, vom Vordruck B und vom Vordruck C gewünscht werden.

**Verlag Kultur und Wissen GmbH**

Formularabteilung

Wiesbaden, Herrnmühlgasse 11 A, Telefon 5 96 67

Postcheckkonto: Frankfurt (M.) 1173 37

Ild. Nr. 7, Gemarkung Breuna, Flur 37, Flurstück 47, Grünland, der Mönchspfuhl, 12,30 Ar;

Ild. Nr. 8, Gemarkung Breuna, Flur 37, Flurstück 109, Ackerland, am Hundesteert, 105,96 Ar;

Ild. Nr. 9, Gemarkung Breuna, Flur 36, Flurstück 32/1, Geb.-Buch 195, Hof- und Gebäudefläche, Dorf Rhöda, Haus Nr. 134,

Größe 7,70 Ar; Ackerland, daselbst, 11,30 Ar; Grünland, daselbst, 6,50 Ar; sollen am 26. November 1963, um 10 Uhr, im Gerichtsgebäude Wolfhagen, Gerichtsstr. 5, Zimmer 13, zur Aufhebung der Gemeinschaft versteigert werden.

Eingetragener Eigentümer am 13. Februar 1963 (Tag des Versteigerungsvermerks): Landwirt Wilhelm Ludwig Köster in Rhöda.

Der Wert der Grundstücke ist nach § 74a Abs. 5 ZVG wie folgt festgesetzt worden: Ild. Nr. 4, 7692,— DM, Ild. Nr. 7, 750,— DM, Ild. Nr. 8, 8480,— DM, Ild. Nr. 9, 27 060,— DM. Zusammen: 43 982,— DM.

Auf die Sammelbekanntmachung am Kopf der Spalte „Zwangsversteigerungen“ wird hingewiesen.

3547 Wolfhagen, 11. 9. 1963 Amtsgericht

**Andere Behörden und Körperschaften**

2678

**Erlaß der Unfallverhütungsvorschrift des Hessischen Gemeinde-Unfallversicherungsverbandes „Elektrische Anlagen und Betriebsmittel“**

**Erlaß der Unfallverhütungsvorschrift des Hessischen Gemeinde-Unfallversicherungsverbandes „Ortsentwässerung“ (Kanalisationsanlagen)**

Unter den vorbezeichneten zwei Veröffentlichungen St.Anz. Nr. 36/1963 S. 1953 muß die Unterschrift richtig lauten:  
**Der Vorsitzende des Vorstandes**  
gez. Dr. Köbel, Bürgermeister

2679

**Genehmigung für die Einrichtung einer Kraftfahrzeuglinie**

Den Verkehrsunternehmern **Josef Engelmann und Fritz Niel in Rüdeshheim** habe ich die Genehmigung für die Einrichtung und den Betrieb eines Linienverkehrs mit Kraftfahrzeugen nach § 42 PBefG von Rüdeshheim nach Marienthal für den Pilgerverkehr während der Wallfahrtszeit bis 31. 5. 1971 erteilt.

Wiesbaden, 26. 8. 1963

**Der Regierungspräsident**  
III 4 — 5 — Az.: 66 f 02

2680

**Genehmigung zur Einrichtung und zum Betrieb eines Linienverkehrs mit Kraftfahrzeugen**

Dem Unternehmen **Wilhelm Spahn, Schaafheim, Babenhäuser Straße 48**, wird auf Grund des Personenbeförderungsgesetzes (PBefG) vom 21. 3. 1961 (BGBl. I S. 241) die Genehmigung zur Einrichtung und zum Betrieb eines Linienverkehrs mit Kraftfahrzeugen nach § 42 PBefG von Schaafheim nach Babenhausen, mit Haltestellen in den Orten Schaafheim und Babenhausen, bis zum 30. September 1971 erteilt.

Das Unternehmen unterliegt der Aufsicht (§ 54 PBefG) des Landrats des Landkreises Dieburg.

61 Darmstadt, 6. 8. 1963

**Der Regierungspräsident**  
III/4 — 66 f 02/07 (2)

2681

**Kraftloserklärung:** Durch Beschluß vom 6. September 1963 sind die Sparkassenbücher Nr. 010-6200 Johann Morbitzer, Grünigen; Nummer 010-18 526 Anneliese Leva, geb. Köhler, Gießen; für kraftlos erklärt worden.

63 Gießen, 6. 9. 1963

Bezirkssparkasse Gießen — Der Vorstand

2682

**Aufforderung:** Herr Klaus Kellmann, Gießen, hat die Kraftloserklärung seines Sparkassenbuches Nr. 010-30 338 beantragt.

Der Inhaber des Sparkassenbuches wird aufgefordert, binnen drei Monaten unter Vorlage des Sparkassenbuches seine Rechte bei der unterzeichneten Sparkasse anzumelden, widrigenfalls das Sparkassenbuch für kraftlos erklärt wird.

63 Gießen, 6. 9. 1963

Bezirkssparkasse Gießen — Der Vorstand

2683

**Aufforderung:** Frau Elfriede Knaus, Hausen, Bachstraße 1, hat die Kraftloserklärung des Sparkassenbuches Nr. 112 732 ausgestellt auf den Namen Herbert Knaus, Hausen, beantragt.

Der Inhaber des Sparkassenbuches wird aufgefordert, binnen drei Monaten unter Vorlage des Sparkassenbuches seine Rechte bei der unterzeichneten Sparkasse anzumelden, widrigenfalls das Sparkassenbuch für kraftlos erklärt wird.

63 Gießen, 6. 9. 1963

Bezirkssparkasse Gießen — Der Vorstand

2684

**Kraftloserklärung:** Durch Beschluß vom 10. September 1963 ist das Sparkassenbuch Nr. 503 446 Emil Otto, Kassel, Am Würzburg 4, für kraftlos erklärt worden.

35 Kassel, 12. 9. 1963

Stadtsparkasse Kassel — Der Vorstand

2685

**Aufforderung:** Die Kraftloserklärung wurde für die nachstehenden Sparkassenbücher beantragt:

1. Sparkassenbuch Nr. 120 664 Georg Bernhard Vonderheidt II., Groß-Umstadt, Hintergasse,
2. Sparkassenbuch Nr. 300 692 Leonhard Amann I., Wersau,
3. Sparkassenbuch Nr. 400 500 Georg Friedrich Schmidt, Reinheim, Heinrichstraße 59.

Der oder die Inhaber der Sparkassenbücher werden aufgefordert, binnen drei Monaten unter Vorlage der Sparkassenbücher ihre Rechte bei der unterzeichneten Sparkasse anzumelden, widrigenfalls die Sparkassenbücher für kraftlos erklärt werden.

6114 Groß-Umstadt, 10. 9. 1963

Kreissparkasse für den Landkreis Dieburg — Der Vorstand

2686

**Aufforderung:** Herr Dr. med. dent. Walter Schumann, Hanau, Steinheimer Straße 24, hat die Kraftloserklärung des Sparkassenbuches Nr. 52 382 beantragt.

Der Inhaber des Sparkassenbuches wird aufgefordert, binnen drei Monaten unter Vorlage des Sparkassenbuches seine Rechte bei der unterzeichneten Sparkasse anzumelden, widrigenfalls das Sparkassenbuch für kraftlos erklärt wird.

645 Hanau, 12. 9. 1963

Stadtsparkasse und Landesleihbank Hanau — Der Vorstand

2687

**Kraftloserklärung:** Durch Beschluß vom 9. September 1963 sind die Sparkassenbücher Nr. 4040, lautend auf Katharina Günther, geb. Stock, Steinfurt, und Nr. 3421, lautend auf Gemeindekasse Banne-rod, ausgestellt von der Hauptzweigstelle Herbstein, für kraftlos erklärt worden.

6420 Lauterbach, 9. 9. 1963

Kreissparkasse Lauterbach in Hessen — Der Vorstand

2688

**Aufforderung:** Die Nachstehenden haben die Kraftloserklärung der auf ihren Namen ausgestellten Sparkassenbücher beantragt:

1. Gerd Täschner, Darmstadt, Nr. 153 280; 2. Werner Lohnes, Darmstadt, Nr. 206 953; Annemarie Seifert, Darmstadt-Eberstadt, Nummer 433 965; Agrippina Henseleit, Darmstadt, Nr. 500 791.

Ferner haben folgende Personen die Kraftloserklärung der nachstehend aufgeführten Sparkassenbücher beantragt:

1. Rosa Nold, Darmstadt, Nr. 127 642, Klaus Bien; 2. Peter Mailänder, Neu-Isenberg, Nr. 200 232, Ilse Mailänder; 3. Anna Regina Becker, Dieburg, Nr. 206 892, Erich Lohnes; 4. Eckhart Willige, Jugenheim, Nr. 1 400 314, Friedemann Willige.

Die Inhaber der Sparkassenbücher werden aufgefordert, binnen drei Monaten unter Vorlage der Sparkassenbücher ihre Rechte bei der unterzeichneten Sparkasse anzumelden, widrigenfalls die Sparkassenbücher für kraftlos erklärt werden.

61 Darmstadt, 9. 9. 1963

Stadt- und Kreissparkasse Darmstadt — Der Vorstand

2689

**Aufgebot von Sparkassenbüchern:**

Hauptstelle Friedberg — Adolf Luft, Friedberg (Hessen), Sp. 59 184;

Hauptzweigstelle Bad Nauheim — Margarete Cäcilia Burk, Bad Nauheim, Sp. 250.

Die Inhaber der vorgenannten Sparkassenbücher werden hiermit aufgefordert, dieselben innerhalb von drei Monaten bei der Sparkasse vorzulegen, widrigenfalls die Sparkassenbücher für kraftlos erklärt werden.

**Kraftloserklärung von Sparkassenbüchern:**

Hauptstelle Friedberg — Eheleute Otto Koch, Wölfersheim, Sp. 66 492;

Hauptzweigstelle Bad Nauheim — Pauline Wiczorrek, Bad Nauheim, Sp. 7722.

636 Friedberg (Hessen), 9. 9. 1963

Kreissparkasse Friedberg (Hessen)

**2690**

**Aufforderung:** Frau Hedwig Matucha, Kassel, Erzberger Str. 27, hat die Kraftloserklärung des Sparkassenbuches Nr. 2 145 684, ausgestellt auf den Namen Marie Matucha, Kassel, Erzberger Str. 27, beantragt.

Der Inhaber des Sparkassenbuches wird aufgefordert, binnen drei Monaten unter Vorlage des Sparkassenbuches seine Rechte bei der unterzeichneten Sparkasse anzumelden, widrigenfalls das Sparkassenbuch für kraftlos erklärt wird.

35 Kassel, 9. 9. 1963

Stadtparkasse Kassel — Der Vorstand

**2691**

**Kraftloserklärung von Sparkassenbüchern:** Durch Beschluß vom 5. September 1963 sind die Sparkassenbücher:

1. Sp. 23724 Willy Declair, Oberzeuzheim, Bahnhofstraße 4; 2. Sp. 2483 Schwimmverein „Poseidon“, Limburg; 3. Sp. 344 341 Johanna Hüfner, Limburg (Lahn), Stephanshügel 14; 4. Sp. 35 859 Turnverein 1848 e. V. Limburg; 5. Sp. 79 150 Gertrud Stähler, Offheim; 6. Sp. 12 819 Georg Löw, Eschhofen (Lahn), Kirchstraße 2; 7. Sp. 359 234 Paul Steineke, Runkel (Lahn), Linsenberg 8; 8. Sp. 337 394 Geflügelzuchtverein Limburg; für kraftlos erklärt worden.

625 Limburg, 5. 9. 1963

Kreissparkasse Limburg — Der Vorstand

**2692 Öffentliche Ausschreibung**

**DARMSTADT:** Stahl-, Holz- und Spundwandarbeiten zur Erstellung der Behelfsbrücke für die UF „Provisorische Rheinstraße über die BAB Fm—Mannheim im Autobahnknotenpunkt Darmstadt.“

Brückenfläche: ca. 1200 qm.

Fertigstellungstermin: 13. 12. 1963.

Die Bieter müssen mit der Angebotsabgabe nachweisen, daß sie gleiche oder ähnliche Arbeiten bereits ausgeführt haben und außerdem über geeignete Fachkräfte sowie entsprechende Maschinen und Geräte verfügen.

Bewerber, die die Ausschreibungsunterlagen zu erhalten wünschen, werden gebeten, diese bei dem Straßenneubauamt Hessen-Süd in Darmstadt, Rheinstraße 19/21, bis spätestens 24. 9. 1963 schriftlich anzufordern.

Hierbei ist der Beleg für die Einzahlung der Selbstkosten in Höhe von 30,— DM (Erst- und Zweitausfertigung des Angebotsvordrucks) beizufügen.

Die Einzahlung hat bei der Staatskasse Darmstadt, Neckarstr. 3a, Postscheckkonto Fm. Nr. 355 99, mit der Angabe: „Behelfsbrücke“ zu erfolgen.

Die Ausschreibungsunterlagen werden den Bestellern ab 30. 9. 1963 portofrei zugesandt.

Eröffnungstermin für die Ausschreibung: 14. 10. 1963 um 11 Uhr.

61 Darmstadt, 10. 9. 1963

Straßenneubauamt Hessen-Süd  
221 — 63b — 08.01**2693**

**BAD HERSFELD:** Die Arbeiten zur Herstellung einer Asphaltbetondecke im Zuge der Landesstraße Nr. 3340 zwischen Ottrau und Hof Huhnstadt (km 0,050 bis km 6,647) sollen vergeben werden.

Auszuführen sind:

6 000 qm Verbreiterung,  
9 000 qm Schotterunterbau,  
33 000 qm Decke,

sowie umfangreiche Nebenarbeiten.

Bauzeit: 120 Arbeitstage.

Die Bieter müssen nachweisbar für Bauleistungen gleicher oder ähnlicher Art qualifiziert sein und über die geeigneten Fachkräfte und die erforderlichen Maschinen und Geräte verfügen.

Die Ausschreibungsunterlagen sind ab sofort anzufordern. Die Quittung über die Einzahlung der Selbstkosten für zwei Ausfertigungen in Höhe von 5,— DM, die in keinem Fall zurückerstattet werden, ist beizufügen.

Einzahlung bei der Staatskasse Bad Hersfeld, Postscheckkonto Frankfurt (Main), Nr. 6753 mit Angabe: „Ausschreibungsunterlagen für Ausbau der Landesstraße Nr. 3340“.

Selbstabholer erhalten die bestellten Ausschreibungsunterlagen gegen Vorlage der Vollmacht ab 27. 9. 1963 in der Zeit von 9 bis 10 Uhr beim Registrator (Zimmer 15).

Eröffnung: Freitag, den 11. Oktober 1963 um 11 Uhr. Die Zuschlags- und Bindefrist beträgt 30 Kalendertage.

643 Bad Hersfeld, 13. 9. 1963

Hessisches Straßenbauamt  
42/Ma — 63a — 08 — 05**2694**

**DILLENBURG:** Für den Neubau einer Brücke über die DB im Zuge der Kreisstraße 43 zwischen Haiger und Haigerseebach bei km 0 + 330 sollen u. a. vergeben werden:

ca. 75 qm Stahlspundwände rammen, vorhalten und wieder ziehen,  
ca. 1000 cbm Bodenaushub,  
ca. 160 cbm Stahlbeton B 225,  
ca. 170 cbm Stahlbeton B 300,  
ca. 10 t Betonstahl Ia,  
ca. 37 t Betonstahl IIa,  
ca. 700 qm Isolierung,  
ca. 195 qm Fahrbahnbelag.

Bauzeit: 130 Arbeitstage.

Die Bieter müssen nachweisbar für Bauleistungen gleicher oder ähnlicher Art qualifiziert sein und über die geeigneten Fachkräfte und die erforderlichen Maschinen und Geräte verfügen.

Die Ausschreibungsunterlagen sind ab sofort anzufordern und werden durch die Post übersandt. Die Quittung über die Einzahlung der Selbstkosten für zwei Ausfertigungen in Höhe von zusammen 15 DM, die in keinem Fall zurückerstattet werden, ist beizufügen. Dieser Betrag ist an die Staatskasse in Dillenburg, Wilhelmstr. 5, Postscheckkonto Frankfurt am Main Nr. 68 20, mit der Angabe: „Brücke über die DB im Zuge der K 43“ zu überweisen oder dort einzuzahlen.

Selbstabholer erhalten die bestellten Ausschreibungsunterlagen gegen Vorlage einer Vollmacht und der Einzahlungsquittung ab 16. 9. 1963 in der Zeit von 8 bis 17 Uhr beim Hess. Straßenbauamt Dillenburg, Moritzstraße 16 (Zimmer 8).

Eröffnung: Dillenburg, den 27. 9. 1963 um 10 Uhr. Die Zuschlagsfrist beträgt 20 Kalendertage.

634 Dillenburg, 11. 9. 1963

Hessisches Straßenbauamt  
103 — 63a — 10 — 05**2695**

**DARMSTADT:** Die Arbeiten zur Herstellung von Unterbau- und Fahrbahnarbeiten

1. im Zuge der K 134, Asbach—L. 3106 (Rodau) (km 4,829—km 5,815)  
2. im Zuge der K 140, Ortsdurchfahrt Traisa (km 5,296—km 5,616)  
sollen vergeben werden.

Auszuführen sind u. a.:

- 3000 cbm Erdarbeiten,  
5000 qm Frostschuttschicht,  
2600 t Mineralbeton,  
600 t Asphaltgrobbleton,  
6000 qm Asphaltfeinbleton,  
1800 lfd. m Tiefbordsteine,  
Bauzeit: 80 Arbeitstage
- 1000 cbm Erdarbeiten,  
900 cbm Frostschuttschicht,  
600 t Mineralbeton,  
300 t Asphaltgrobbleton,  
2200 qm Asphaltfeinbleton,  
400 lfd. m Hochbordsteine und Rinnenplatten,  
500 qm Betonplattenbelag.

Bauzeit: 55 Arbeitstage

Die Bieter müssen nachweisbar für Bauleistungen gleicher und ähnlicher Art qualifiziert sein und über die geeigneten Fachkräfte und die erforderlichen Maschinen und Geräte verfügen.

Die Ausschreibungsunterlagen sind bis spätestens 30. 9. 1963 anzufordern mit Angabe, ob die Unterlagen durch die Post übersandt werden sollen. Die Quittung über die Einzahlung der Selbstkosten für zwei Ausfertigungen in Höhe von je 6 DM, die in keinem Fall zurückerstattet werden, ist beizufügen.

Einzahlung bei der Staatskasse Darmstadt, Postscheckkonto 355 99 beim Postscheckamt Frankfurt am Main, mit Angabe: 1. „Ausschreibungsunterlagen K 134, Asbach—L. 3106 (Rodau)“; 2. „Ausschreibungsunterlagen K 140, Ortsdurchfahrt Traisa“.

Selbstabholer erhalten die bestellten Ausschreibungsunterlagen gegen Vorlage der Vollmacht ab 2. 10. 1963 in der Zeit von 8 bis 12 Uhr beim Hessischen Straßenbauamt Darmstadt (Eingangsschalter).

Eröffnung: Mittwoch, den 16. 10. 1963, 1. um 10 Uhr, 2. um 10.10 Uhr. Die Zuschlags- und Bindefrist beträgt 12 Werkstage.

61 Darmstadt, 11. 9. 1963

Hessisches Straßenbauamt  
315 — 63a — 10 — 05**2696**

**FULDA:** Durch das Hessische Straßenbauamt Fulda sollen die nachstehend aufgeführten Brückenbauarbeiten im Zuge des Ausbaus und der Verlegung der Landesstraße 3176 zwischen Nüst und Hilders vergeben werden:

Los I — Überführungsbauwerk über die Bundesbahnstrecke Fulda/Hilders in Baustat. 2.3 + 67,50 (Brückenklasse 60) — RQ 10,5 —  
Los II — Brücke über die Ulster in Baustat. 2.6 + 7,60 (Brückenklasse 60) — RQ 10,5.

Es handelt sich dabei um folgende Lieferungen und Leistungen:  
1200 cbm Erdaushub nach DIN 18300 — 2,23 bis 2,27,  
110 cbm Beton B 225 der Fundamente, der Flügel und der Widerlager,  
700 lfd. m Betonpfähle für die Pfahlgründung,  
570 cbm Stahlbeton B 300 für die tragenden Teile,  
400 cbm Spannbeton B 300 für die Überbaukonstruktion,  
12 Stück Spannbetonfertighalbalken für die Überbaukonstruktion,  
70 t Beton- u. Vorspannstahl in verschiedenen Güteklassen sowie die Ausführung aller anfallender Nebenarb.

Die Bieter müssen nachweisbar Arbeiten gleicher oder ähnlicher Art bereits ausgeführt haben und über die geeigneten Maschinen und Geräte verfügen.

Die Ausschreibungsunterlagen können ab sofort abgeholt werden (Abgabe erfolgt, solange der Vorrat reicht).

Die Quittung über die Einzahlung der Selbstkosten in Höhe von 15 DM für die gesamten Ausschreibungsunterlagen, die in keinem Falle zurückerstattet werden, ist vorzulegen. Die Einzahlung hat bei der Staatskasse Fulda, Postscheckkonto Fm. Nr. 67 49, mit folgender Angabe zu erfolgen: „Brückenbauwerke im Zuge der L. 3176 zwischen Nüst und Hilders“.

Selbstabholer erhalten die Ausschreibungsunterlagen gegen Vorlage einer Vollmacht täglich in der Zeit von 8—12 Uhr beim Hess. Straßenbauamt Fulda, Langebrückenstraße 14.

Der Eröffnungstermin findet am Freitag, den 11. Oktober 1963 um 10 Uhr, bei o. a. Dienststelle statt. Die Zuschlags- und Bindefrist beträgt 24 Werkstage und endet am 8. 11. 1963.

Die Bauzeit wurde auf 26 Wochen festgesetzt; mit der Maßnahme soll im November 1963 begonnen werden.

64 Fulda, 13. 9. 1963

Hessisches Straßenbauamt  
313 — 63a — 08 — 05

2697

Bei der Stadt Schotten, Kreis Büdingen, Ortsklasse B, ist die Stelle des

### hauptamtlichen Bürgermeisters

alsbald neu zu besetzen.

Die Wahl erfolgt auf sechs Jahre. Die Besoldung richtet sich nach Gruppe W 4 des Gesetzes über die Bezüge der Wahlbeamten der Gemeinden und Landkreise vom 29. 10. 1953 (GVBl. S. 172) und den hierzu ergangenen Änderungsgesetzen.

Die Stadt Schotten, 3800 Einwohner, anerkannter Luftkurort, ist eine aufstrebende Stadt mit größeren Bauprojekten.

Geeignete Personen werden gebeten, ihre **Bewerbung** mit den üblichen Unterlagen **bis spätestens 1. Oktober 1963 bei dem Magistrat der Stadt Schotten** einzureichen.

Der Umschlag ist mit dem Kennwort „Bürgermeister-Bewerbung“ zu versehen.

Der Magistrat der Stadt Schotten

## BAULEITPLANUNG

nach §§ 5 und 9 des BBauG übernimmt  
Atelier für Stadtbau- und Wohnplanung

**FRITZ BAUERSACHS** BAURAT a. D.

6941 Laudenbach a. d. Bergstraße, Kirchstraße 15

2698

**DARMSTADT:** Die Erd-, Unterbau-, Profilierungs- und Fahrbahnarbeiten zum Ausbau der Umgehungsstraße Steinheim im Zuge der B 45 (Bau-km 1,5 + 0,00 bis Bau-km 3,8 + 11,11) zwischen Offenbacher Landstraße, B 45 und B 43 (Bau-km 0,0 + 0,00 bis Bau-km 0,3 + 98,98) sollen vergeben werden.

Auszuführen sind:

- ca. 10 000 cbm Humusboden,
- ca. 24 000 cbm Erdarbeiten,
- ca. 10 000 qm Betonfahrbahn zertrümmern,
- ca. 17 000 cbm Filterkies,
- ca. 13 500 qm Bodenverfertigung,
- ca. 7 600 t bituminöse Tragschicht,
- ca. 21 500 qm Asphaltbinder (4,5 cm stark),
- ca. 11 500 qm Asphaltbinder (4,0 cm stark),
- ca. 21 500 qm Asphaltfeinbeton (3,5 cm stark),
- ca. 2 800 qm Betonleitstreifen,
- ca. 6 900 qm Mehrzweckspuren in Beton,
- ca. 2 000 lfd. m Entwässerungsleitungen,
- ca. 3 000 lfd. m Sickerleitungen,
- ca. 350 cbm Beton für Stützmauern,
- ca. 3 600 qm Bürgersteigplatten,
- ca. 2 000 lfd. m Hochbordsteine,  
und umfangreiche Nebenarbeiten.

Bauzeit: 350 Arbeitstage.

Die Bieter müssen nachweisbar für Bauleistungen gleicher und ähnlicher Art qualifiziert sein und über die geeigneten Fachkräfte und die erforderlichen Maschinen und Geräte verfügen.

Die Ausschreibungsunterlagen sind bis spätestens 26. 9. 1963 anzufordern mit Angabe, ob die Unterlagen durch die Post übersandt werden sollen. Die Quittung über die Einzahlung der Selbstkosten für zwei Ausfertigungen in Höhe von 20 DM, die in keinem Fall zurückerstattet werden, ist beizufügen.

Einzahlung bei der Staatskasse Darmstadt, Postscheckkonto 355 99 beim Postscheckamt Frankfurt am Main, mit Angabe: „Ausschreibungsunterlagen Umgehungsstraße Steinheim“.

Selbstabholer erhalten die bestellten Ausschreibungsunterlagen gegen Vorlage der Vollmacht ab 4. Oktober 1963 in der Zeit von 8 bis 12 Uhr beim Hessischen Straßenbauamt Darmstadt (Eingangsschalter).

Eröffnung: Donnerstag, den 24. 10. 1963 um 10 Uhr. Die Zuschlags- und Bindefrist beträgt 24 Werktage.

61 Darmstadt, 10. 9. 1963

Hessisches Straßenbauamt  
310 — 63a — 06 — 05

### Beilagenhinweis

Einem Teil der heutigen Auflage des Staatsanzeigers ist eine Werbekarte der **Neuen Hessischen Beamtensterbekasse Darmstadt** beigelegt. Wir bitten um Beachtung.

## GUSTRO · GUSTAV ROHRBACH

Der Reifenfachmann für Sie

### Kundendienststellen:

Frankfurt (Main) Mainzer Landstraße 177 · Telefon 330966

Ffm.-Höchst, Bolongarstraße 119, Telefon 316213

Ffm.-Ost, Oskar von Miller-Straße 16 · Telefon 438580

Wiesbaden, Homburger Straße 15

## Für staatliche und kommunale Verwaltungen und Betriebe



**FERDINAND FLINSCH**

liefert alle Papiere und  
Kartons  
für den Behördenbedarf

*Karl Reizenzahn*

Papier- und Buchhandlung · Schulbedarf  
**Bürobedarf**

Wiesbaden · Wellritzstraße 46 · Ruf 23307

Lieferant für Verwaltungen, Behörden und Anstalten

**HERRY BRECHT**

Großhandelshaus für Heimtextilien

Frankfurt/Main, Große Friedberger Str. 33-35  
Fernruf: S-A Nr. 20151

Teppiche, Gardinen,  
Möbel- und  
Dekorationsstoffe,  
Dekoplastik,  
Matratzendrelle

**Wilhelm Rink K.G.**

Elektrogroßhandlung

**Weizlar**

Langgasse 51-55 · Fernruf 35 41/42

- Elektro-Haushaltgeräte
- Installationsmaterialien
- Beleuchtungskörper



**ADOLF RUDOLPH**

624 Königstein/Taunus

Postfach 88 · Tel. 2268 (06174)

**Tisch- und Stuhlfabrik**

Lieferer für Behörden und Anstalten

**2699**

**KASSEL:** Die Arbeiten für den Um- und Ausbau der Landesstraße Nr. 3219 mit planfreiem Anschluß an die Landesstraße Nr. 3311 von Eau-km 1,0+0 — 2,300 bei Altenbauna, Kreis Kassel-Land, sollen vergeben werden.

**Art und Umfang der Arbeiten:**

**Abschnitt A — Straßenbauarbeiten**  
 9 000 cbm Mutterbodenabtrag  
 50 000 qm Mutterboden andecken  
 150 000 cbm Bodenbewegung  
 3 300 lfd. m Längsdrainage  
 20 000 t Frostschuttschicht  
 25 000 qm bituminösen Unterbau  
 25 000 qm zwischenschichtige Mischmakadamdecke  
 6 000 lfd. m Betonleitstreifen  
 und Nebenarbeiten

**Abschnitt B — Stahlbetonbrücke für die Überführung der Naumburger Bahn**  
 620 cbm Stahlbeton  
 500 cbm Stampfbeton  
 20 t Betonstahl I  
 35 t Betonstahl II  
 20 t Vorspannstahl  
 und Nebenarbeiten

**Abschnitt C — Stahlbetonbrücke für die Überführung der Straße Siedlung Baunsberg**  
 430 cbm Stampfbeton  
 700 cbm Stahlbeton  
 24 t Betonstahl I  
 40 t Betonstahl II  
 20 t Vorspannstahl  
 und Nebenarbeiten

**Bauzeit:** Abschnitt A 250 Arbeitstage  
 Abschnitt B u. C je 160 Arbeitstage

Die Bieter müssen nachweisbar für Bauleistungen gleicher oder ähnlicher Art qualifiziert sein und über die geeigneten Fachkräfte und die erforderlichen Maschinen und Geräte verfügen.

Es werden nur Angebote über sämtliche 3 Abschnitte entgegen genommen.

Die Ausschreibungsunterlagen sind ab sofort anzufordern mit Angabe, ob die Unterlagen durch die Post übersandt werden sollen. Die Quittung über die Einzahlung der Selbstkosten für zwei Aus-

fertigungen in Höhe von 40.— DM. die in keinem Fall zurück-  
 erstattet werden, ist beizufügen.

Einzahlung bei der Staatskasse Kassel, Postscheckkonto Frankfurt (Main) Nr. 6745 mit Angabe: „Ausschreibungsunterlagen Ausbau der L 3219 bei Altenbauna“.

Selbstabhöler erhalten die bestellten Ausschreibungsunterlagen gegen Vorlage der Vollmacht am 27. September 1963, in der Zeit von 10 bis 12 Uhr beim Hess. Straßenbauamt (Zimmer 6).

Eröffnungstermin am 15. Oktober 1963 um 9.30 Uhr. Die Zuschlags- und Bindefrist beträgt 41 Werktage.

35 Kassel, 16. 9. 1963

Hessisches Straßenbauamt  
 P b 3 — 63a — 08 — 05

**2700****Deutsche Wählergesellschaft e. V., Frankfurt/M.****Einladung**

Wir laden alle Mitglieder zu einer Mitgliederversammlung der Deutschen Wählergesellschaft e. V. am 26. 10. 1963 um 15 Uhr, in den Räumen der Frankfurter Gesellschaft für Handel, Industrie und Wissenschaft, Frankfurt (Main), Siesmeyerstraße 12, ein.

**Tagesordnung:**

1. Politischer Bericht
2. Bericht der geschäftsführenden Vorstandsmitglieder über die Jahre 1959, 1960, 1961 u. 1962
3. Entlastung des Vorstandes
4. Änderung der §§ 2, 4, 5, 8, 9, 10, 11, 12, 13 und 14 der Satzung
5. Neuwahl von Vorstand und Rechnungsprüfern.

Der Vorstand

**Für staatliche und kommunale Verwaltungen und Betriebe**

**Schlesicky Ströcklein**  
 seit 1865

**Optik · Foto · Wissenschaftliche Instrumente**

Moderne Brillen

Frankfurt/Main, Kaiserstraße 27, Tel. 2 10 67 · Lieferant aller Krankenkassen

DRUCK- UND VERLAGSHAUS

**PHIL. L. FINK KG**

GROSS-GERAU · TELEFON-Sa.-Nr. 811

Drucksachen für  
 Behörden und  
 Industrie in Buch-  
 und Offsetdruck

Spezialität:  
 Broschüren  
 Massendrucksachen

**Dipl.-Ing. Rudolf Laqua**

Frankfurt (Main), Kantstraße 11, Telefon 42653

**Straßenbau · Erdarbeiten · Sportanlagen**

**Stempel · Buchstaben · Schilder**  
**Orientierungstafeln m. auswechselb. Buchstaben**  
**Ecco-Türrähmchen DRGM · Briefkastenanlagen**

**ECK** M. Eck Nachfg. K.G. - Telefon 2 49 47  
 Frankfurt am Main, Alte Rothofstrasse 8

**HEINRICH MAITH K.G.**

Kühlmöbelfabrik

Kühltheken u. Schränke für Gemeinschafts- u. Kantinen-Einrichtungen

**OFFENBACH/M.-BÜRGEL · Telefon 82435 u. 86197**

Der Staatsanzeiger für das Land Hessen erscheint wöchentlich montags. Fortlaufender Bezug nur durch die Postämter. Bezugspreis vierteljährlich DM 6,— und DM 0,27 Zustellgebühr. Herausgeber: Der Hessische Minister des Innern. Verantwortlich für den redaktionellen Inhalt des amtlichen Teils Ministerialrat Gemmer, für den übrigen Teil Paul Hartelt.

Verlag: Verlag Kultur u. Wissen GmbH, Wiesbaden, Postscheckkonto: Frankfurt/Main, Nr. 143 60. Druck: Druckerei Chmieleorz, Wiesbaden. Anzeigenannahme und Vertrieb: Staats-Anzeiger, Wiesbaden, Herrnmühlgasse 11 A, Ruf: Sa.-Nr. 5 96 67. Fernschreiber: 04-186 648.

Preis von Einzelstücken: bis 32 Seiten Umfang DM 1,20 und DM —,20 Versandkosten, bis 40 Seiten DM 1,70 und DM —,30, über 40 Seiten DM 2,— und DM —,30. Lieferung gegen Vorauszahlung (keine Briefmarken) auf das Postscheckkonto des Verlages (s. unten). Anzeigenschluß: montags 14 Uhr, Anzeigenpreis lt. Tarif Nr. 4 v. 1. 1. 1962, Umfang der Ausgabe 32 Seiten.

Zahlung für Einzelstücke nur an den Verlag Kultur und Wissen  
 GmbH., 62 Wiesbaden, auf Postscheckkonto Frankfurt/M., Nr.

**14360**